

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich. 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Interfions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- oder deren Raum 50 Bg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Lage in Finnland.

Helsingfors, 22. August.

Am 2. September wird in Helsingfors der neue Reichstag zur zweiten Sitzungsperiode zusammentreten. Sie wird im Gegensatz zur ersten, die der großen grundsätzlichen Auseinandersetzungen entbehrte, da zunächst eine Anzahl minder wichtiger Gesetzesvorlagen zu erledigen war, heftige Kämpfe und weittragende Entscheidungen bringen müssen.

Finnlands Verhältnisse haben etwas Zwiespältiges — auf der einen Seite das demokratische Wahlrecht, das selbst den Frauen volle Gleichberechtigung gewährt, die starke sozialdemokratische Vertretung im Parlament, auf der anderen der russische Generalgouverneur, die drohende russische Konterrevolution. Trotz seiner sonst so demokratischen Verfassung hat das Land keine parlamentarische Regierung. Der Senat, von der Regierung in St. Petersburg aus der Zahl finnischer Bürger ernannt, ist nur dem Kaiser verantwortlich.

Eng mit Rußland verbunden, empfindet Finnland das Auf und Ab der politischen Zustände in Rußland an seinen eigenen inneren Verhältnissen. Je mächtiger die Reaktion in St. Petersburg das Haupt erhebt, umso mehr ist auch die Freiheit Finnlands bedroht.

In dieser Situation muß die Sozialdemokratie Finnlands ihren Kampf führen. Sie hat dem Reichstag mehrere wichtige Anträge unterbreitet, die sicherlich erbitterte Debatten hervorgerufen werden. So z. B. die Vorlage über den Zwang zur Bodenbebauung.

In Finnland gibt es noch sehr viel unbesautes Land, aber auch viel landlose Landarbeiter. Die Sozialdemokratie will es durchsetzen, daß adersfähiger Boden in Kultur genommen werden soll. Zum die Privatbesitzer oder der Staat das nicht selber, so soll ein jeder, der willens ist, Ackerbau zu treiben, das gesetzliche Recht haben, ihn in Anbau zu nehmen, und zwar zu Pachtbedingungen, die von dazu durch allgemeine Wahlen eingesetzte kommunale Behörden festgesetzt werden sollen. Die Pachtverträge sollen für mindestens 50 Jahre geschlossen werden und nur solche sollen rechtskräftig sein, die vor den oben erwähnten Behörden vereinbart werden.

Die Landfrage ist in Finnland sehr brennend, da es Hunderttausende von Iwergpächtern gibt, die von den Bodenbesitzern schonungslos ausgebeutet werden. Außerdem befinden sich die auf 8—10 000 geschätzten Landarbeiter in einer trostlosen Lage.

Nicht wenig Kampf wird auch die Abschaffung der total veralteten Gefindeordnung erheischen, unter welcher alle obengenannten Arbeitermassen leiden. Die Sozialdemokratie verlangt die Aufhebung dieser Gesetze und die Unterstellung aller Arbeiter unter gleiche Gesetze.

Eine nationale Eigentümlichkeit des finnischen Volkes ist eine starke Abstinenzbewegung, die sehr breite Volksmassen ergriffen hat. Alle Parteien hatten in ihren Wahlprogrammen die Schaffung eines Alkoholverbotsgesetzes, d. h. es soll gesehlich verboten werden, im Lande Alkohol zu erzeugen, in Handel zu bringen oder einzuführen, es sei denn zu technischen oder medizinischen Zwecken. Etwa 170 Abgeordnete von 200 haben sich für das Alkoholverbotsgesetz ausgesprochen.

Der Senat hat den Entwurf eines solchen Verbots ausgearbeitet und zur Begutachtung nach St. Petersburg geschickt, was allgemein als ein Versuch angesehen wird, den Volkswillen zu durchkreuzen. Der Entwurf des Senats räumt den einzelnen Kommunen ein erweitertes Vetorecht in allen den Handel oder die Fabrikation des Alkohols betreffenden Fragen ein. Das scheint dem Volke nicht genug, es wünscht den Feind mit einem Schlag niederzutreten. — Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten sind insgesamt für das Verbotsgesetz.

Eine andere Frage, die das ganze Volk lebhaft interessiert, ist die Beisteuer zur Unterhaltung des russischen Militärs — 10 Millionen Mark jährlich.

Laut finnischer Grundgesetze ist die Regierung verpflichtet, in Finnland sogenannte Finnische Bataillone zu unterhalten, die finnisch kommandiert und von finnischen Offizieren befehligt werden sollen, sonst aber unter russischer Oberleitung stehen. Nur in diesen Bataillonen sind die Finnen verpflichtet, ihrer Militärpflicht nachzukommen. Als der damalige Generalgouverneur Bobrikow Ende der neunziger Jahre die Konstitution mit Füßen trat, verlangte er zugleich auch, daß die Finnen in Rußland und unter russischem Kommando ihren Militärdienst leisten sollten. Die finnischen Rekruten stellten sich jedoch nicht; Bobrikows Macht fand unübersteiglichen Widerstand. Als die Verfassung infolge der Oktoberrevolution 1905 wieder eingeführt wurde, trat die russische Regierung mit dem damaligen Senat die zeitweilige Abmachung, daß Finnland vorläufig seine Militärpflicht mit 10 Millionen Mark jährlich ablösen sollte. Die oppositionellen Parteien sind aber entschieden dagegen und auch die Suometarianer, die Alfenomanen, haben noch nicht erklärt, daß sie dafür seien. Stolypin braucht jedoch Geld und der Senat hat auch bereits einen Gesetzesentwurf nach Petersburg gefandt, nach dem die 10 Millionen gezahlt werden sollen. Der Entwurf ist in

St. Petersburg für gut befunden worden und soll alsbald der Volksvertretung vorgelegt werden.

Die Entscheidung dieser Frage wird mit Recht als der Probierstein der Volksvertretung angesehen.

Anderer wichtige Gesetze, die unsere Genossen zu vertreten und zu verteidigen haben, betreffen die Erweiterung der Konstitution und der Volksrechte. Diese Anträge enthalten die folgenden Forderungen: Die Rechte der Volksvertretung sollen erweitert werden, damit sie eine selbständige gesetzgebende Institution werde. Der Senat soll der Majorität der Volksvertretung angehören und ihr verantwortlich sein.

Das Wahlrecht soll allen 21 Jahre alten Einwohnern verliehen werden. (Jetzt ist das Wahlalter 24 Jahre.) Die Abstimmung in der Volksvertretung soll eine offene sein. (Sonst kann es passieren, daß die bürgerlichen Parteien sich öffentlich für irgend eine Forderung erklären, in der geheimen Abstimmung jedoch dagegen stimmen, wie es im alten Ständetage bereits bei Alkoholeinschränkungsgeetzen geschehen ist.)

Die Rede-, Presse- und Koalitionsfreiheiten sollen für unangestastet erklärt werden.

Für die Kommunalwahlen sollen alle 20 Jahre alten Einwohner beiderlei Geschlechts das allgemeine, gleiche und direkte aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Während das Volk sich nach der Bobrikowschen Herrschaft und der ihr folgenden Revolution einem natürlichen Ruhebedürfnis hingibt — in der vertrauensvollen Erwartung, daß die Volksvertretung jetzt das Ihrige tun wird, rüstet sich die Regierung zur Reaktion, und nicht allein die russische in Petersburg, sondern auch die finnische zu Helsingfors.

Um den russischen Emigranten den Aufenthalt in Finnland unmöglich zu machen, sind die Passverordnungen von Zeit zu Zeit immer engherziger gestaltet worden. Gegenwärtig revidiert die Helsingforser Polizei die Pässe mindestens so sorgfältig wie ihre Kollegin an der Rewa. Man verlangt von den Einwohnern die schriftliche Verantwortung von allerlei Fragen; unter anderen auch, zu welcher Kirchengemeinde man gehört. Soweit hat sich selbst die russische Polizei noch nicht verstiegen! Die aus Estland hierher emigrierten und ausgewiesenen estnischen Arbeiter haben unter dieser Passkontrolle besonders zu leiden. Einige hat die Polizei bereits Rußlands Gefängnissen ausgeliefert, einen sogar zum Selbstmord getrieben!

Die Polizei, die nach der Oktoberrevolution eine demokratische Ordnungsinstitution war, ist jetzt zu einem Unterdrückungsinstrument des Kapitalismus geworden.

Ueber die Koalitionsfreiheit befehlt die Landesregierung die Polizei und die Bevölkerung, daß dieses Recht in Finnland nur den finnischen Bürgern zukommt. Versammlungen und Vereinigungen, an denen sich Fremde beteiligen, sind als nicht erlaubt zu betrachten und auszulösen. Daraufhin wurde in Helsingfors auch ein Verein russischer Arbeiter verboten. Anscheinend versucht die Regierung auf diese Weise den Kapitalisten eine widerstandsfähige Arbeiterchaft zu schaffen, die — des Rechts der Organisation und der Koalition beraubt — sich wehrlos ausbeuten lassen muß.

Dem Geiste der Regierungen in St. Petersburg und in Helsingfors folgend, reichte die Verwaltung der finnischen Staatsbahnen beim Senat das Gesuch ein, die Regierung möchte die Gewerkschaft der Eisenbahner verbieten und auflösen, wie sie vor einem Jahre die Rote Garde aufgelöst hat. Die Entscheidung steht noch aus. Es werden gegenwärtig im ganzen Lande Protestversammlungen abgehalten. Man sieht in diesen Bestrebungen den Anfang planmäßiger Versuche, die Arbeiterbewegung zu erdroffeln.

Als der Generalgouverneur v. Gerard Anfang Juli auf zwei Monate Urlaub bekam und der General v. Böckmann, der als der erfolgreiche Pazifikator Kurlands blutbesudelt nach Finnland kam, sein Stellvertreter wurde, hieß es, daß Gerard nicht mehr zurückkäme und daß v. Böckmann als Bobrikow II. die Reaktion hier scharfer einleiten werde. Die mächtigen Organe der „wahrhaft russischen Leute“ verlangen das ja unablässig! Nun heißt es jedoch, daß Gerard doch zurückkehrt, aber mit bestimmten scharfen Anweisungen, namentlich gegen die Volksvertretung. Jedenfalls wird man sie gefügig zu machen suchen. Böckmann hat seine Macht nur dazu ausgenutzt, um aus Rußland für die finnischen Kapitalisten — Streikbrecher zu verschreiben! Außerdem beendete er soeben in der Nähe Helsingfors ein Truppenmanöver, das in Helsingfors selbst den Schlußakt fand, um den Finnen russische Gewehre, Kosaken und Kanonen zu zeigen und ihnen Furcht einzujagen. — Inbes verließ dies Kriegsspiel recht jammervoll und endete in der Nacht von Helsingfors mit der Kollision zweier aus dem ostasiatischen Kriege übriggebliebenen Kriegsschiffe.

Die Lage in Finnland ist also nicht sicherer als in Rußland. Die finnische Bourgeoisie will es jedoch nicht einsehen, daß nur die siegreiche Revolution in Rußland auch Finnlands Sicherheit garantieren kann; sie glaubt am Klügsten zu tun, wenn sie den Forderungen Stolypins nach Möglichkeit entgegenkommt und ihre Angelegenheiten nach den Wünschen von St. Petersburg zu ordnen sucht. Sie wird es bitter zu bereuen haben.

## Die preußische Wahlrechtsfrage.

Die evangelischen Arbeiter und die Wahlreform.

Die „Arbeit“, das Publikationsorgan des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine von Berlin und Umgegend, des Nationalen Arbeiter-Wahlrechtsausschusses (Sitz Essen), sieht sich genötigt, sich ebenfalls mit der Wahlrechtsfrage zu befassen. In einem Artikel „Der Stand der preußischen Wahlrechtsreform“ wird die Stellung der einzelnen Parteien zur Wahlrechtsfrage abgehandelt. Eine Stelle, die sich eigentlich gegen den Freisinn und seine Wodtuhhandelsgeleüste richtet, lautet wörtlich:

„Die Nationalliberalen und die Konservativen beider Richtungen denken in ihrem Interesse nicht an eine gründliche Reform des Wahlrechts und werden sich niemals dazu hergeben, das Reichstagswahlrecht für Preußen zu verteidigen.“

Man sollte also meinen, daß das Blatt der evangelisch-sozialen Arbeiter alles aufbieten müßte, um einen Wahlrechtssturm der Arbeiter entfachen zu helfen, inwiefern doch auch die Haltung des Freisinn und des Zentrums mehr als verdächtig ist!

Aber im Gegenteil: das Blatt begegnet dem sozialdemokratischen Appell an die Proletariatsmassen mit unbegreiflichem Optimismus:

„Die Sozialdemokratie mag sich beruhigen. Wir glauben, daß die Führer der Zentrums- wie die der christlich-sozialen Partei den Wünschen und dem Drängen der Arbeiter Rechnung tragen werden, wie sie ja das bisher in anderen Fragen auch getan haben.“

Dieser Glaube evangelischer Arbeiter an die guten Absichten der Zentrumsführer könnte zwar Verge versehen, aber er wird auf das Zentrum ohne den geringsten Eindruck bleiben, wenn sich eben nicht die Zentrumsarbeiter selbst mit aller Talraft ins Zeug legen. Von den Konservativen — die doch das Blatt selbst zu den geschworenen Wahlrechtsfeinden zählt! — freundlich gesellten „Christlichsozialen“ braucht nicht erst gesprochen zu werden. Diese Handvoll Leute könnte selbst beim besten Willen den Kohl nicht fett machen.

Zur Wahlrechtsfrage selbst betont das Blatt der evangelisch-sozialen Arbeiter:

„Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir durchaus auf dem Boden des Reichstagswahlrechtes für den preußischen Landtag stehen.“

Für ein Blatt, das Arbeiterinteressen zu vertreten vorgibt, sollte sich das ja von selbst verstehen!

Aber dieser pathetischen programmatischen Beteuerung folgt sofort der reaktionäre Pferdefuß! Heißt es doch unmittelbar darauf:

„Anderes ist ja die Sache, ob eine Mehrheit dafür im Landtage zu haben sein wird. Das scheint ausgeschlossen zu sein. Beispielsweise sind ja weite Kreise (die Sozialdemokraten eingeschlossen, wenigstens nach ihrem Programm) für die Verhältniswahl. In Sachsen ist dieselbe vorgezogen. Die Proportionalwahl wird der Gerechtigkeit mehr entsprechen. Vielleicht auch eine ständische Gliederung (!), denn dadurch sollen ja alle Stände praktisch zur Geltung kommen und politische Macht bekommen. Heute spielt der Arbeiter- und Mittelstand in den meisten Einzelparlamenten durchaus keine Rolle. Ueber ihn ist man bis heute zur Tagesordnung übergegangen. Ob diese Kreise nach dem gleichen Wahlrecht mehr zur Geltung kommen, kann man annehmen. Aber praktisch ist das bis heute noch überall unerwiesen!“

So sinnlos dies unglaubliche Verlegenheitsgestammel ist — der Verfasser scheint nicht einmal zu wissen, daß Proportionalwahl nur die fremdsprachliche Bezeichnung der Verhältniswahl ist! — die Absicht dieser Sätze ist doch offenbar die, das gleiche Wahlrecht hinterher zu verdächtigen! Denn wenn auch „anzunehmen“ sei, daß das gleiche Wahlrecht die bisher entrechteten Volksschichten mehr zur Geltung kommen lasse, so sei das „praktisch noch nicht überall bewiesen!“ Welch abgeschmackte Namagehrei, dieser Erguß, in dem ein Satz dem anderen widerspricht, ihn wieder aufhebt!

Nur das ist klar, daß das Blatt der evangelischen Arbeiter-(!) Vereine zugunsten des Mittelstandes (!!) ein ständisches Wahlrecht befürwortet! Der Mittelstand sei bisher nicht genügend zur Geltung gekommen! Nun gehören aber ihrem Berufe nach im jetzigen preußischen Landtag 12 Abgeordnete dem Kaufmannstande, 7 dem Stande der Kleingewerbetreibenden, 50 der mittleren und kleinen Landwirtschaft an, so daß der Mittelstand durch 69 Berufsangehörige vertreten ist, während die Arbeiterklasse keinen einzigen Vertreter im Landtag sitzen hat!

Und da schwärmt das Blatt der christlichsozialen evangelischen Arbeitervereine noch im Interesse des Mittelstandes für eine ständische Vertretung!

Die evangelischen Arbeiter ersehen daraus, wie schmachvoll ihr eigenes Organ ihre Interessen zu verraten sich anshickt!

Die „subalternen Geister“ wehren sich!

Das „Berl. Tagebl.“ hatte bekanntlich die mehr als lähne Behauptung aufgestellt, in der preußischen Wahlrechtsfrage ständen nur einige „subalterne Geister“ auf der Seite desjenigen Teils des Freisinn, der das Reichs-



tagswahrheit für Preußen verküpfeln wolle. Daraufhin antwortet mit kaltem Hohn die freisinnige „Weser-Zeitung“:

„Vor einigen Tagen schrieb die „Deutsche Tageszeitung“, die Freisinnigen hätten sich in der Frage der Wahlreform auf die Formel „alles oder nichts“ festgelegt. Dieser Behauptung hätten wir mit voller Berechtigung widersprochen. Heute befaßt sich nun das Blatt darauf, daß selbst das Organ der freisinnigen Volkspartei, die „Freisinnige Zeitung“, ein Duzendmal die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen aufgestellt habe. Als ob es sich darum handelte! Der springende Punkt war doch allein der, daß das Bündlerblatt den freisinnigen Parteien in der Unterschätzung der Parole „alles oder nichts“ eine Falle stellen zu können hoffte. Zu dieser Forderung hat sich innerhalb der gesamten freisinnigen Partei allein Herr Dr. Raumann — und selbst der mit Beschränkungen — bekannt. Unterstützung fand er lediglich in einem zum Teil pessimistisch, zum Teil satirisch gehaltenen Artikel des Abg. Traeger. Die ganze übrige freisinnige Presse unter Einschluß der „Freisinnigen Zeitung“ hatte sich aber lebhaft gegen eine derartige Taktik, die nur einreißt und nicht aufbaut, gewehrt. Außer Herrn Dr. Raumann und Herrn Geheimrat Traeger war und ist man einmütig der Ansicht, daß nichts verkehrter und politisch unkluger als die Auffstellung einer solchen Parole sei.“

Nun hat das „Berliner Tageblatt“ wieder das Wort! Aber es soll uns mit den „Forderungen“ der „Freis. Ztg.“ und ihrer Leute vom Halbe bleiben. Denn mit Recht sagt die „Weser-Ztg.“ wegwandernd: „als ob es sich darum handelte!“ Nein, das „Berl. Tagebl.“ soll diejenigen Freisinnspolitiker aufmarschieren lassen, die nicht nur „fordern“, sondern auch die Kampfpapale vertreten: „Alles oder nichts!“

## Die schwarze Ordnungsgarde in Würzburg.

Wohl noch nie ist auf einem Katholikentag so viel von Toleranz und freundlicher Gesinnung für die nichtkatholischen Frommen geredet worden, wie jetzt in Würzburg. Ein Professor Meyenberg aus Luzern hat sogar, um die dumme Gesinnung der Katholiken im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen, sich unterfangen, die Geschichte ein klein wenig zu fälschen, indem er die blutigen Verfolgungen früherer Jahrhunderte als „vereinzelte Fälle“ seinen gläubigen Zuhörern vorkühnte. Deshalb diese krampfhaften Anstrengungen gerade jetzt so eifrig unternommen werden, das zeigt ein Blick auf die Lage des Zentrums. Die ganze Politik dieser angeblichen „Volkspartei“ geht ja darauf hin, wieder regierungsfähig zu werden und deshalb wird immer und wieder mit besüßener Ausdrucksweise betont, daß man eine ganz friedliche und verträgliche Gesellschaft ist, mit der die Gläubigen anderer Konfessionen ganz unbesorgt zusammenarbeiten können zu Ruh und Frommen der Ordnung. Aus dieser tiefen Sehnsucht der Zentrumsführerschaft nach dem Platz an der Regierungsunne ist auch die eifrige Anpreisung des Zentrums als zuverlässigste Schutzgarde gegen den Unsturz in der Rede zu verstehen, mit der der Vorkämpfer Fehrenbach am Montagmittag die öffentliche Sitzung eröffnete. Er sagte zum Schluß:

„Indem wir uns so bemühen, das Interesse des Katholikentags zu vertreten, verstehen wir nicht gegen das Interesse der übrigen Mitbürger, vertreten wir zugleich das Interesse des Vaterlandes. Ein pflichterfüllter Christ wird immer ein treuer Bürger und im Falle der Not ein guter Soldat sein. (Stürmischer Beifall.) Was wie für unsere Glaubensgenossen tun, ist nicht berechnet, sondern gläubig zu schätzen. Wir betrachten uns alle als eine große Societas christiana. Wir achten jede Anschauung, auch wenn wir sie nicht teilen, wenn dieselbe nur mit uns zusammenarbeiten will zum Schutze der bedrohten menschlichen Gesellschaft und der bedrohten bürgerlichen Ordnung. (Stürmischer Beifall.) Auch in diesen Tagen wird hier kein böses Wort fallen gegenüber den von uns im Glauben getrennten Mitbürger. (Stürmischer Beifall.)“

Nach dieser Rede hielt der Professor Meyenberg-Luzern sein schon oben gestreiftes Referat über Religion und Konfession. Es ist eine lebhaftete Veteuerung, daß die Katholiken „die Parität achten“, daß sie nicht intolerant sind, daß sie auch im Protestantentum den Christen achten. Die Stelle, worin der Professor die oben berührte fähne Verbesserung der Geschichte unternimmt, lautet:

„Die Kirche nennt sich nicht Weltkirche, weil sie eine Zentralgewalt, ein Weltrecht beansprucht. Wenn auch einst kirchliche Organe den Staat gedrängt haben zu scharfer Anwendung der Gesetze gegen Andersgläubige, so sind das Einzelercheinungen. Die Kirche selbst hat nie ein Weltrecht beansprucht. Leo XIII. hat den Anspruch getan: Niemand soll gezwungen werden zum Glauben, und in demselben Sinne hat Pius X. ausgesprochen: In religiösen Dingen muß man die Menschen zwingen durch Liebe und Wahrheit.“

Die scharfen Gesetze, die die Kirche gegen die Häresie erlassen hat, gelten nur dem Abfall, nicht dem seit Jahrhunderten in alten Konfessionen lebenden Bevölkerungsteilen. Man hat behauptet, die Kirche habe gegen andersgläubige Christen die schärfsten Strafen, während sie gegen Juden und Heiden Milde walten lasse. Die Milde, die die Kirche gegen Juden und Heiden übte, gilt auch für die anderen Konfessionen, die in ihnen aufgewachsen sind.

Die Stellung der Wissenschaft im Katholizismus hat der Redner ganz treffend in folgenden Worten gezeichnet:

„In der Kraft der Konfession wagen wir auch an die großen Apologeten und großen Forscher mit der Kritik heranzutreten, wenn die Kirche sagt, daß sie einen Irrtum begangen habe. (Stürmischer Beifall.) Denn in dem Judentum haben wir die Hüterin der Wahrheit. (Beifall.) Gerade der kühnste Alpensteiger kann leichter einen Fehltritt tun, als wenn er auf der Landstraße geht; denn es ist leicht, nach Landesart zu marschieren. (Beifall.) Dann kommt die Kirche und sagt: Ja, die Kirche, bin im Hochlande geboren. Ich kenne meine Wege. Feuerher, du bist im Irrtum! Und die Christenheit steht dann zur Kirche. (Stürmischer Beifall.) Trotzdem freuen wir uns auch dann an dem Großen und Guten und Idealen, was uns dieser Mann geleistet hat. (Stürmischer Beifall.)“

Als zweiter Redner sprach Abt Robert-St. Ottilien über Katholizismus und Missionen. Die Quintessenz seiner Ausführungen ist die Empfehlung der Missionare als die besten Pioniere der Kolonialpolitik. So sagte der Redner u. a.:

„Die christliche Kultur ist eine bessere Garantie für Ruhe und Ordnung in unseren Kolonien als irgend eine Zwangsmäßnahme. (Stürmischer Beifall.) Unter dem Einfluß des Christentums werden sich die Naturvölker viel rascher in die neuen Verhältnisse hineinfinden als mit Brutalität und Gewalt.“

Am Dienstagmorgen begann die zweite geschlossene Versammlung, der eine Männerwallfahrt zu dem Mutter Gottes-Wallfahrtsort, dem „Käppel“ vorausgegangen war. Aus den Verhandlungen ist der Bericht des Reichstagsabgeordneten Westlein über eine Anzahl Anträge der Kraußgesellschaft zu München hervorzuheben, die vornehmlich bezwecken, die Befugnis des Zentralkomitees, ihm unbecommene Anträge zum Katholikentag einfach unter den Tisch fallen zu lassen, etwas einzuschränken. Der

Bericht läßt durchblicken, daß diese Anträge der Führerschaft sehr unbecommene gewesen sind und daß man schließlich ihre Zurückziehung erlangt hat durch die Zusicherung, das Zentralkomitee werde in diesem Winter selbst über eine Aenderung der Geschäftsordnung für die Generalversammlung beraten und werde danach an eine Neuordnung der Satzungen selbst gehen: Eine Debatte über diesen Bericht fand natürlich nicht statt.

Zu einem Antrage auf tatkräftige Unterstützung der Missionshäuser der in Deutschland zugelassenen Missionsgesellschaften sprach der Bischof Henninghaus aus der chinesischen Provinz Süd-Schantung. In seinen Ausführungen gab er die folgenden interessanten Mitteilungen über die neuere Entwicklung Chinas:

„Man redet so viel von der gelben Gefahr. An dem Worte ist etwas Wahres. Die Völker Ostasiens bereiten sich vor, mit auf den Weltmarkt zu treten und in die Weltpolitik einzurücken. Japan hat das jetzt schon, China ist auf dem besten Wege dazu. Was haben wir in China in den letzten Jahren für Reformen erleben müssen, an die vor 20 Jahren niemand gedacht hat. Post, Telegraphen, Eisenbahnen sind in letzter Zeit in ungeheurer Zahl entstanden. Wir haben eine große Presse, das Unterrichtsweesen ist reformiert worden, ebenso hat sich eine Neuordnung des Beamtenwesens auf allen Gebieten neuerdings vollzogen. Es ist gewiß etwas Ueberflüssiges, viel Nüchternes, viel Unnützes in dieser Bewegung. Aber es geht vorwärts und in dieser Vorwärtsbewegung werden alle Geister mitgerissen. Man wundert sich, über welche Thematika man heute schon mit den führenden Geistes China reden kann. Ich hatte kürzlich ein Gespräch mit einem der höchsten chinesischen Beamten, dem Leiter einer chinesischen Provinz. Eine solche Provinz zählt 40 Millionen Einwohner. (Hört! Hört!) Bei dieser Besprechung wurden die Fragen des politischen Parteiwesens, der Berechtigung der Parlamente, des Anarchismus, die Bedeutung einer religiös fundamentierten Moral für das Staatsweesen, die Bedeutung des Christentums, kurz, es wurden die wichtigsten religiösen, politischen und philosophischen Fragen erörtert. Wir haben heute in China in hohen Beamtenstellungen Leute, die sich viel in Deutschland aufgehalten und dort ihre Kenntnisse erworben haben.“

Nach der Auffassung dieses Priesters wird die räuberische Kolonialpolitik durch die mit ihr verbundene Missionstätigkeit gerechtfertigt. Er meint:

„Deutschland hat Kolonien, und ich will über die Berechtigung einer Kolonialpolitik nicht sprechen. Aber ich danke unseren Reichstagsabgeordneten, daß sie so oft ausgesprochen haben, daß eine koloniale Tätigkeit nur einen Wert hat, wenn sie die Ideale des Christentums hochhält. (Stürmischer Beifall.) Sonst ist sie nichts anderes als Krämerpolitik, als Konstitutionspolitik. Nur unter dem Zeichen des Christentums dürfen wir kolonialisatorische Tätigkeit treiben. (Stürmischer Beifall.)“

Zum Tagungsorte der nächsten Versammlung wurde Düsseldorf gewählt und darauf Berichte über Veranstaltungen christlicher Charitas entgegengenommen. Dazu wurde folgender Antrag angenommen:

„Die 54. Generalversammlung der katholischen Deutschlands weist erneut auf die Notlage hin, in der sich jene Landgemeinden befinden, in denen die vorhandenen Mittel eine berufsmäßige Krankenpflege nicht ermöglichen. Sie befragt es deshalb mit Freuden, daß dem Beispiele des Klosters Krendberg folgend nimmere auch Breslau und Strahburg die Ausbildung freiwilliger Krankenbeschäftigten in die Hand genommen haben, die in jenen Ortschaften zu wirken berufen sind, in denen barmherzige Schwestern ihre Tätigkeit nicht ausüben können. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die bisher erzielten guten Erfolge auch die Katholiken anderer Landesanteile anregen werden, Ausbildungsstationen für ländliche Krankenbeschäftigten zu gründen.“

Einem Zusatzantrag, der besagte:

„Die Versammlung lenkt die Aufmerksamkeit auf die von den Landesversicherungsanstalten geleibte Unterstützung dieser Bestrebungen“

fügte der Berichterstatter begründend hinzu:

Es sei bekannt, daß die Landesversicherungsanstalten öffentliche Mittel bereit stellen für Krankenpflegerinnenkurse, weil sie erkannt haben, daß in ihrem eigenen Interesse eine gute christliche Krankenpflege auf dem Lande liege. (Beifall.) — Reichstagsabgeordneter Arbeitersekretär Giesberts-Essen unterstüzte den Zusatzantrag. Eine große Anzahl von Invaliditäten auf dem Lande sei die Folge falscher ärztlicher Behandlung. Mittel seien zu haben, doch die Anstalten bedürften der Anregung. Für die Zeit der Ausbildung der Pflegerinnen müsse man alle religiösen Dinge beiseite lassen. Es komme bei diesen Kursen lediglich auf die medizinische Ausbildung an. Religiöse Dinge können den Teilnehmerinnen später noch in genügendem Maße beigebracht werden durch die Vincenzvereine und andere karitative Vereine. Es müsse alles vermieden werden, was Anstoß erregen könnte. Er bittet, dafür zu sorgen, daß die öffentlichen Mittel nach Möglichkeit in Anspruch genommen werden, damit für ihre sachgemäße Ausnutzung gesorgt werden kann. (Beifall.)

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen. Damit schloß die zweite geschlossene Versammlung.

## Marokko.

Die Autorität des Sultans Mulay Hafid ist nach den Berichten in schnellem Wachsen begriffen. Die Zurückhaltung der Marokkaner vor Casablanca wird auf seine Anweisung zurückgeführt, die Franzosen nicht vor seiner Ankunft anzugreifen. Inzwischen mehren sich, wie dem „Tag“ aus Paris gemeldet wird, täglich die Truppen des neuen Sultans. General Druce hat daher den Plan gefaßt, vor dem Eintreffen dieser Verstärkungen der Angreifer die Offensive zu nehmen.

Die Meldungen des Tages lauten:

Tanger, 27. August. Wie aus Casablanca gemeldet wird, hatte General Druce die Absicht, verfrühten Nacht das Lager der Marokkaner bei Taddert anzugreifen. Er mußte jedoch diesen Plan aufgeben, da die mit dem Transportschiff „Sing-Long“ eingetroffenen Truppen und Pferde dringend der Erholung bedürfen. Trozdem beabsichtigt der General, das feindliche Lager anzugreifen, bevor die Marokkaner Verstärkungen erhalten haben.

London, 27. August. Daily Telegraph meldet aus Casablanca von Sonntag Mitternacht: General Druce hat beschlossen, vorzurücken, und wird versuchen, mit den Verstärkungen, die gestern angekommen sind, das marokkanische Lager bei Taddert vor Tagesanbruch zu überumpeln. Der Feind würde sich dann von 3000 Franzosen mit 8 Feldgeschützen und mehreren Maschinen-gewehren umringt sehen. In Taddert sind 10 000 Marokkaner konzentriert.

Tanger, 26. August. (Meldung der Agence Havas.) In den hiesigen offiziellen marokkanischen Kreisen herrscht Besorgnis, obwohl die amtliche Mitteilung von der Proklamierung Mulay Hafids zum Sultans hier noch nicht eingegangen ist. Die christlichen Missionäre in Tanger haben heute, wie es heißt, einen Erlaß erhalten nach Jedd geschickt mit dem Ersuchen um Mitteilung, ob der Maghzen noch im Besitze der Macht sei.

In Nordorben hat der Reichskanzler einen Besuch des französischen Volschafters Cambon empfangen. Sicheres ist aus ihrer Unterhaltung nicht bekannt geworden. Doch behaupten die bürgerlichen Blätter Deutschlands und Frankreichs, daß Deutschland Frankreich keine Schwierigkeiten in Marokko bereiten werde.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich etwas nachträglich über jene Andeutung des „Vorwärts“ aufgeregt, daß die Absicht

des Sultans von Marokko, Protest gegen Frankreichs Vorgehen zu erheben, vielleicht auf deutschen Einfluß zurückzuführen sei. Das offiziöse Blatt beschuldigt den „Vorwärts“, er habe seine „schwindelhafte Kombination“ einfach als Tatsache behandelt, um im Auslande die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzubringen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fälscht. Erstens hat der „Vorwärts“ seine Vermutung als solche deutlich gekennzeichnet und zweitens bezweckt er mit der Veröffentlichung lediglich, die öffentliche Meinung Deutschlands zur aufmerksamen Verfolgung der Handlungen Deutschlands in der Marokkoaffäre anzuregen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August 1907.

### Das Fiasko der „Finanzreform“.

Wir haben schon vor ein paar Tagen, als die neuen Steuern festere Formen zeigten, darauf hingewiesen, wie nach den vorläufigen Zahlen die berühmte Stengelsche Finanzreform ein völliges Fiasko erleidet und nicht den materiellen Erfolg zeigt, den man sich auf Seiten der Regierung von ihr versprach.

Inzwischen sind nun die Steuerergebnisse für das erste Drittel des laufenden Etatsjahres publiziert worden, und sie bestätigen nur, was die bisherigen Zahlen schon voraussetzten.

Der Stempel von den Personenzulagen war in dem Etatsentwurfe, den die verbündeten Regierungen zuerst dem Reichstage vorgelegt hatten, in der ganzen Jahreseinnahme auf 45 Millionen Mark geschätzt worden und zwar entsprechend den Berechnungen, die man bei der Einführung der Steuer vorgenommen hatte. Schon bei den Reichstagsberatungen war es, namentlich auf Grund der bis dahin festgestellten tatsächlichen Einnahmeverhältnisse, klar, daß diese Stempelsteuer unmöglich den hohen Betrag abwerfen würde. Im Reichstage wurde deshalb der für 1907 zu erwartende Betrag auf 30,4 Mill. Mark herabgemindert. Aber auch diese Summe wird, wenn sich die Einnahmeverhältnisse nicht wesentlich ändern, schwerlich erreicht werden. Im ersten Jahresdrittel wurden vom Personenzulagenstempel 5,7 Mill. Mark eingenommen. Danach würde am Ende des Jahres nicht viel mehr als die Hälfte des Etatsansahes erreicht werden.

Die Erträge der Kraftfahrzeugsteuer sowie der Besteuerung von Vergütungen an Mitglieder von Ausschüssen sollen nicht sehr ins Gewicht, aber auch bei ihnen lassen die bisherigen Einnahmen nicht den Schluß zu, daß die Etatsansätze werden erreicht werden.

Bei der Erbschaftsteuer haben ja wegen der Uebergangsbestimmungen immer noch keine geregelten Verhältnisse Platz gegriffen. Man kann hier, wird offiziös versichert, hoffen, daß der Etatsansatz schließlich doch noch erreicht werden wird, groß ist die Hoffnung aber nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im ersten Jahresdrittel tatsächlich nahezu 7 Millionen Mark vereinnahmt wurden, im Etat aber für das ganze Jahr 37 Millionen Mark eingelegt sind. „Auf jeden Fall“, so muß selbst die offiziöse Stimme zugeben, „hat man sich von den neuen Steuern mehr versprochen, als sie gehalten haben.“

Troz dieser nackten tatsächlichen Ziffern will bei dieser Gelegenheit die „Magdeburger Ztg.“ an „zuständiger Stelle“ erfahren haben, daß im Reichschahamt die Einbringung neuer Steuervorlagen noch nicht in Erwägung gezogen sei. Herr v. Stengel hoffe, ohne weitere neue Steuern auszukommen.

Dieses Geschwätz wird selbst regierungsfremden Blättern zu toll, und die biederer „Tägl. Rundschau“ schreibt dem dazu auch ganz trocken:

„Das ist selbstverständlich Unsinn. Es kommt lediglich das in Frage, ob das neue Steuerbudget schon in diesem oder erst im nächsten Winter an den Reichstag gelangt.“

Die Wahrheit wird schließlich die sein, daß wir in diesem und im nächsten Winter neue Steuervorlagen bekommen!

Für diesen Winter ist die Vorlage, wie wir neulich etagehend bewiesen, eine etatmäßige Notwendigkeit, ob man will oder nicht; und da die ganze Regierung bei demselben System wie bisher bleibt, braucht man kein Prophet zu sein, um zu wissen, was uns weiter und in jedem neuen Jahre bevorsteht.

Nur ein völliger Wechsel im System der Ausgaben kann eine Sicherung der verwahten Finanzen des Deutschen Reiches anbahnen! —

### Freisinnige Unzufriedenheit.

Der „N.-Westf. Ztg.“ wird aus Dortmund vom 26. August gemeldet:

„Gestern fand hier eine Delegiertenversammlung der Freisinnigen Volkspartei des Bezirks Hagen statt. In dieser Versammlung wurde eine Entschlieung angenommen, in der die Meinung ausgesprochen wird, daß trotz aller Mitarbeit der Linkliberalen in der vom Reichskanzler geschlossenen Mehrheit eine „rein konservativ-reaktionäre Politik“ weitergetrieben worden sei. Es wird gefordert, daß angesichts dieser Laiahe die Freisinnige Volkspartei ihre abwartende Stellung aufgibt, wenn auch in den bevorstehenden Reichstags- und Landtagsessionen ihren prinzipiellen Forderungen nicht Rechnung getragen würde. Ferner werden ohne Einschränkung die Frankfurter Abmachungen und die im Reichstag und Landtag geschlossenen Fraktionsgemeinschaften gebilligt. Es wird ferner betont, daß für die weitergehenden Bestrebungen der rechte Augenblick noch nicht gekommen sei, und daß die Selbständigkeit der Freisinnigen Volkspartei unbedingt gefordert werden müsse.“

Schließlich wird von den parlamentarischen Vertretern der Partei verlangt, daß sie alles daran sehen, eine Reform des preussischen Wahlrechts im Sinne des Eisenacher Programms zu erzielen.“

Troz aller Schönfärbereien ringt sich also in freisinnigen Kreisen doch die Einsicht durch, daß die bisherigen Liebesdienste des Freisinn für die Reaktion nur die Konservierung einer „rein konservativ-reaktionären Politik“ gefördert haben. Der Freisinn soll deshalb endlich aus seiner Refertur heraustreten und Verlässlichkeit seiner prinzipiellen Forderungen verlangen!

Besonders wird eine Reform des preussischen Wahlrechts im Sinne des Eisenacher Programms verlangt: also das Reichstagswahlrecht für Preußen. Wir nehmen an, daß damit den ja bereits so unverleumbar zutage tretenden Kompromiß- und Kuhhandelsgefühlen der freisinnigen „Staatsmänner“ gesteuert werden soll!

Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß sich die Freisinnigen im Lande selbst überall rühren und ihren Forderungen unzweideutigsten Ausdruck geben, um ihren Kompromißlisterne Führern beizugeben ihr arglistiges Spiel zu verderben! —



## Die „Freisinnige Zeitung“ gegen das „Berl. Tageblatt“.

Das „Berliner Tageblatt“ hatte den freisinnigen Gegnern einer Volksbewegung für die Erlösung des Preußenwahlrechts nachgesagt, daß in ihr nur „subalterne Geister“ zum Worte kommen. Nunmehr aber macht das führende Organ der „Freisinnigen Volkspartei“ dem Tagesblatt klar, daß es von den wirklich ausschlaggebenden Kreisen des Freisinn nur als „Friedensstörer“ betrachtet werde.

Die „Freisinnige Zeitung“ schleudert gegen diesen „Friedensstörer“ in aller Form den offiziellen Vannstrahl:

„In Sachen der preussischen Wahlrechtsreform gefaßt sich das „Berliner Tageblatt“ trotz der Frankfurter Beschlüsse, die daraus abzuleiten, eine Polemik der freisinnigen Preßorgane gegen einander auszuschalten, in heftigen Angriffen gegen freisinnige Blätter, von denen einige auf dem Boden der Freisinnigen Volkspartei, andere, wie z. B. die „Deutsche Zeitung“, auf dem Boden der Freisinnigen Vereinigung stehen. Wir haben keinen Anlaß, diese Blätter zu verteidigen, dazu sind deren Redakteure selber Manns genug; aber angesichts des Umstandes, daß jene Angriffe vom „Vorwärts“ und von anderen sozialdemokratischen Organen wie auch von der Zentrumspresse mit Wohlbehagen gegen die Freisinnige Volkspartei als solche ausgenutzt werden, sind wir genötigt zu konstatieren, daß die Haltung des „Berliner Tageblatts“ mit den Frankfurter Beschlüssen unvereinbar ist und daß dieses Organ, das dem Abg. Raumann als Sprachrohr dient, sich als Friedensstörer erweist.“

So sehen die „subalternen Geister“ dem Tagesblatt samt Herrn Raumann (und Herrn Traeger?) den Stuhl vor die Tür! Wir sind neugierig, welche Hülfstruppen jetzt das „Berliner Tageblatt“ aufbieten wird? Oder sollte es sich der Zensur löblich unterwerfen? —

## Agrarischer Hohn.

Herr Gotthein hatte den aus der Biopolitik resultierenden freisinnigen Waffenstillstand dem Agrarierturnum damit zu beschönigen versucht, daß der Freisinn mit „nutzlosen Anträgen“ die Arbeiten des Reichstags nicht aufhalten wolle. Dazu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“ mit heftigem Spott:

„Hoffentlich bleibt der Freisinn bei dem Grundsatz, auf nutzlose Anträge, von denen er irgendwelchen Erfolg nicht erwarten kann, zu verzichten. Früher hat er freilich nach diesem Grundsatz nicht gehandelt; sonst würde er viele Anträge in seinem Schuttschloß gelassen haben. Bleibt er aber bei diesem Grundsatz, dann wird er in Zukunft auch Anträge, die sich gegen die jetzige Wirtschaftspolitik des Reiches wenden, unterlassen müssen; denn dafür dürfte im Reichstage keine Mehrheit zu haben sein!“

In der Tat, wenn Herr Gottheins Entschuldigung zuträfe, dürfte der Freisinn auch seinen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen im Landtage nicht einbringen! —

## Demokratisches Friedensgeschwätz.

Die „Frankf. Ztg.“ haben anscheinend die Vorbereitungen der „Vollst.“ nicht schlafen lassen. Sie gibt nämlich über die Militär- und Kriegsdebatte auf dem Stuttgarter Kongress folgende Plattheiten zum Besten:

„Von vornherein ist klar, daß eine wirkliche Ueberwindung der Kriegsgefahr nur dadurch möglich ist, daß die allgemeinen Ursachen beseitigt werden, die heute — trotz aller Bemühungen um den Frieden — den Krieg zur ultima ratio der Völker machen. Es ist, wenn es um ehelichen Willen geschieht, gewiß verwerflich, jetzt schon Institutionen zu schaffen, die eine schiefergerichtete Beilegung internationaler Konflikte ermöglichen, ihre volle Wirksamkeit können diese Institutionen aber erst erlangen, wenn einmal die nationalpolitischen Instinkte der Völker überwinden sein werden und die Ueberzeugung ins allgemeine Bewußtsein übergegangen ist, daß die Interessengegensätze der Völker so gut wie die der Privaten nicht auf dem Wege der Selbsthilfe, sondern in einem geordneten Verfahren zum Austrag zu kommen haben. Nur wenn es gelingt, diese Ueberzeugung so sehr zum Gemeingut der gesamten Kulturmenschenheit zu machen, daß jeder, der dagegen frevelt, des tatkräftigen Einspruchs der anderen sicher ist, nur dann wird es möglich sein, in den Beziehungen der Völker einen ähnlichen Zustand der Rechtsicherheit und des Rechtsvollzuges herbeizuführen, wie er innerhalb der Staatsgrenzen für die Beziehungen der Einzelnen zu einander bereits besteht. Darüber, ob diese Voraussetzung je erfüllbar sein wird, sind die Meinungen verschieden; sicherlich aber liegt hier die einzig denkbare Möglichkeit einer Lösung des Problems, und es ist nichtlagendes Gerede, wenn ein Kongress, wie es der Stuttgarter getan hat, statt dessen einfach den Sündenbock des Kapitalismus vorführt und sich über jedes Eingehen auf die Sache mit dem bekannten Schema hinwegsetzt, daß der Kapitalismus die Wurzel der Kriege sei. Und gleich oberflächlich ist es, zu behaupten, man brauche nur eine sozialistische Wirtschaftsordnung einzuführen und der Krieg werde einer überwindenen Epoche der Barbarei angehören.“

Das Gerede von den „nationalpolitischen Instinkten der Völker“ ist denn doch zu abgeschmackt. Wer pflanzt denn diese Instinkte in die Seele der Massen? Wer predigt denn den Hurrapatriotismus in der Armee, in den Kriegervereinen, in der Schule? Die „Massen“? Oder sind es nicht vielmehr die herrschenden Klassen, die Junker und die bürgerlichen Reuepolitiker und ihre Werkzeuge? Man bekämpft also die „nationalpolitischen Instinkte“ der Massen am besten, wenn man die herrschenden, ausbeutenden, an der kapitalistischen, imperialistischen Randpolitik interessierten Klassen bekämpft! Natürlich nicht als Personen, sondern als Träger der kapitalistischen Interessen! So ist also tatsächlich der Kapitalismus der „Sündenbock“, und nicht angebliche „Instinkte“ der Massen. Und da der Sozialismus mit der kapitalistischen Ausbeutung und Randpolitik innerhalb des eigenen Landes sowohl wie unter den verschiedenen Nationen aufräumen wird, so ist es nur die Oberflächlichkeit der „Frankf. Ztg.“, die nicht einzusehen vermag, daß die sozialistische Wirtschaftsordnung tatsächlich den Krieg ausschließt! —

## Geschütze, die sich selbst beschießen.

In der Seeschlacht bei der Insel Tsushima haben es kennzeichnend die Russen fertig gebracht, ihre eigenen Schiffe unter Feuer zu nehmen. Was aber dieser Tage unserer deutschen Kriegsmarine passiert ist, stellt jenes Mißgeschick unserer stillen Freunde noch tief in Schatten und beweist dazu, daß auch die Nordwerkzeuge des Reiches ihre eigene tödliche Dialektik besitzen, die mit dem Willen ihrer Herren und Meister zuweilen aufs fatalste kollidiert.

In der Kleier Augenscheibe hatte am Donnerstag „S. N. S.“ Sommer, das soeben in Dienst gestellte Linienerschiff allerneuesten Typs, „Anschütz“. Hierbei sollten u. a. die vierzehn 17 cm-Kanone mitgeschossen werden, von denen sieben auf jeder Seite des Panzerkolosses placiert sind, zum ersten Male abgefeuert werden. Gleich zu Beginn der großen Kanonerei ereignete sich nun der verblüffende Fall, daß nicht nur geschossen, sondern auch etwas getroffen wurde. Als nämlich das zweite Geschütz auf der Steuerbordseite

abgefeuert wurde, rief die Granate vom benachbarten ersten Geschütz ein 380 Millimeter langes Stück vom Rohre glatt weg. Die Geschütze sind bekanntlich drehbar und man hatte offenbar gänzlich vergessen, sich zu vergewissern, ob die Bahn des zweiten Geschützes frei war.

Weiteres Unheil ist ja nicht passiert, aber die Geschichte hat doch einen sehr unangenehmen Beigeschmack auch für das unbeteiligte deutsche Publikum, denn diese komplizierten Nordwerkzeuge sind verdammt kostspielig. Auf eine runde fünfstellige Ziffer wird die Reparatur des Schadens wohl zu stehen kommen und die gepfefferten Stoffen unserer Vettern jenseits des Kanals bekommen unsere Wasserpatioten noch gratis mit in den Kauf. —

## Frankreich.

Paris, 27. August. Dem „Figaro“ werden aus Ranch und Tourcoing Farmzonen unter den einberufenen Reservisten gemeldet. In Ranch wurden Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten drohten, sich an Jaurès wenden zu wollen, der ihnen Vermittlung verschaffen werde. —

## Italien.

### Deutsche Streikbrecher in Italien.

Rom, den 25. August. (Fig. Ver.) Dem „Avanti“ wird aus Celleno im Kreise Viterbo (Prov. Rom) geschrieben, daß der Großgrundbesitzer von Roccaluce, der Marchese Costaguti, deutsche Landarbeiter für die Drescharbeiten eingeführt hat. Es handelt sich hier nicht um einen Streik, sondern um einen Kampf, den die Arbeiter um die Gemeindegerechtfame führen, die ihnen der Großgrundbesitzer genommen hat. In der ganzen Provinz, ja, im ganzen Gebiet des ehemaligen Kirchenstaates, sind derartige Konflikte sehr häufig, da überall die Adligen die Ländereien der Gemeinden, sei es durch eine unrechtmäßige Ablösung, sei es einfach durch gewalttätige Besitzergreifung, an sich gerissen haben. Seit die Arbeiter sich organisiert haben, haben sie überall ihr Augenmerk auf die Wiedererlangung ihrer Rechte gerichtet und vielfach gerichtlich die Ablösungen angefochten, durch die die Fürsten Odescalchi, Colonna, Borghese, Altieri und wie sie sonst heißen, die Bevölkerung ganzer Ortsteile ins Elend gestürzt haben. Jeden Tag kommen Vergleiche zustande, in denen teilweise hundertjährige Unrecht — alle aus Gemeindegerechtfamen herrührende Rechte verjähren in Italien nicht — wieder gut gemacht wurde. In einigen Teilen des Kreises Viterbo ist aber der Konflikt ohne Vergleich, oft sogar in den Formen der Gewalt geführt worden. So haben z. B. im Oktober vorigen Jahres die Landarbeiter in Roccaluce ein Stück Boden, auf dem sie seit Jahrhunderten das Saatrecht haben, gewalttätig bestet und dort Weizen gesät. Der Weizen steht jetzt in Garben auf dem Felde, aber der Besitzer, Marchese Costaguti, hat durch eine juristische Fiktion, gegen die die Arbeiter machtlos sind, ihn mit Beschlag belegt. Er hat sich nämlich von seinem Schwiegerjohn, dem früheren Kriegsminister A. J. di Riviera, für eine Schuld von 34 000 Lire verpfänden lassen, und im Interesse dieses Gläubigers und Spiegelesellen ist die Ernte der Landarbeiter gerichtlich als Ernte des Marchese beschlagnahmt worden. Ehe die Landleute beweisen können, daß der Weizen von ihnen gesät wurde und die ganze Schuldgeschichte zwischen Schwiegerjohn und Schwiegerjohn nur abgeklart war, um sich widerrechtlich der Ernte zu bemächtigen, können die Landarbeiter alt und grau werden.

Natürlich haben sie sofort den Weizen boykottiert und der edle Marchese hat keine Arbeiter zum Dreschen gefunden. Diese hat er sich nun aus Deutschland verschrieben — aus welcher Gegend ist noch nicht bekannt. Es sind 70 Streikbrecher die im wahrhaften Wortsinne für einen Judosohn ihre Haut zu Markte tragen, denn die Bevölkerung jener Gegend ist notorisch feindselig und zur Gewalttat geneigt.

Es heißt nun, daß die italienischen Behörden, um ernste Zwischenfälle zu vermeiden, mit dem deutschen Konsulat unterhandeln, um die Rückbeförderung der Streikbrecher herbeizuführen.

In Deutschland mag es befremdend erscheinen, daß deutsche Arbeiter in Italien Streikbrecherdienste verrichten. Dierzulande weiß man aber seit langem, daß die Grundbesitzer der italienischen Gegenden, wo die Organisation weit vorgeschritten ist, sich wiederholt mit dem Plan getragen haben, Landarbeiter aus Ostelbien einzuführen. Der Marchese Costaguti ist der Pionier einer längst geplanten Unternehmung. Nur die Furcht vor Gewalttätigkeiten hat bisher von einer Einfuhr deutscher Feldarbeiter abgehalten. Wie berechtigt diese Besorgnis ist, wird man, fürchten wir, recht bald aus den Ereignissen im Kreise Viterbo erfahren. —

## Der neueste Marineffandal.

Rom, 25. August. (Fig. Ver.) In dem Kohlendepot der italienischen Kriegsmarine in Civitavecchia sind seit längerer Zeit Unterschleife an Kohlen bemerkt worden. Als im Juni d. J. die Fregatte „Oronte“ einen Kohlentransport von 800 Tonnen in das Depot brachte, meldete der Kommandant des Hafens, daß er 100 Tonnen zu wenig erhalten hätte. Es wurde eine Enquete eingeleitet, bei der herauskam, daß die „Oronte“ tatsächlich die 800 Doppelzentner ausgeführt hatte, daß aber vorher ein Ammanco von 77 Tonnen im Depot bestand. Diese Kohlen hatte der Hafenskommandant Fregattenkapitän Magliulo und der Wachmeister Petrucci auf eigene Rechnung verkauft. In dem Depot fehlen auch 2000 Liter Del. Der Kapitän Magliulo ist sofort in Haft genommen worden.

Interessant ist, daß eine Veröffentlichung des „Avanti“ den Anlaß zur Enquete und somit zur Feststellung der Diebereien gegeben hat. —

## England.

### Das frondierende Oberhaus.

London, 26. August. Das Oberhaus hat mit 118 gegen 81 Stimmen den von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwurf abgelehnt, welcher ein neues System der Abschätzung von Grundbesitz in Schottland vorschlägt. Die Vertagung wird voraussichtlich am 28. August erfolgen. —

### Landunruhen in Irland.

Longford, 27. August. Das Parlamentsmitglied Farrel sowie vierzig andere Personen sind verhaftet worden; die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit irischen Landunruhen.

Dublin, 27. August. In der heutigen Abendnummer des Amtsblattes werden Proklamationen veröffentlicht, die den Vigorant ernächtigen, eine Grassackst oder einen Distrikt für im Aufruhr befindlich zu erklären und Verstärkungen von Polizeimannschaften dorthin zu senden. —

## Der Dockertreik in Antwerpen.

Antwerpen, 25. August. (Fig. Ver.) Wieder einmal messen im Antwerpener Hafen wie im Jahre 1900 Kapital und Arbeit ihre Kraft und Macht. Aber ebenso wie dieser Kampf wieder in die innersten Eingeweide des modernen kosmopolitischen Kapitalismus hindeutet, zeigt er auch wie an einem Schulbeispiel, was die Gesellschaft ohne diese harten, plumpen, von Frost und Iron zerfurchten Arbeiterhäufe ist. Welch ein mächtvolles, fesselndes Bild der Arbeit, wie ein Wunder anzuschauen, bietet das Antwerpener Hafengebiet in glatten, friedlichen Zellen dem Auge: der weithin gestreckte Scheldoquai wimmelnd von schwerbeladenen Riefendampfern; die gewaltigen Dampfschiffe, die von ragen den Schiffen, daß der Luftstrom über ihnen weithin nur einem Reh von Tauen gleicht; und weiterhin die Magazine und Werften,

die ungeheuren Stapelplätze, die ewig bewegten Kräne, die mit ihren eisernen, kettensicheren Armen die Riefenungeheime wie zierliche Spielzeuge in den Schiffsraum schieben lassen. Und wohnen der Blick fällt: ein geriges, sicheres Leben der Arbeit, von jenem gewaltigen, gesteigerten, faszinierenden Rhythmus, wie er nur das Hafenleben durchbraut. . . . Stundenlang möchte man so auf der Anbrüstung stehen, auf den Drehbrücken der Wassins stehen, oder zwischen den Stapelplätzen, mit ihren mannshoch aufragenden Waren aus aller Welt, herumwandeln und diesem bedrückenden Atem lauschen, der hier die Arbeit durchflutet. . . . Nun stößt dieser Atem und statt eines in seiner buntbewegten Flut so sicher, so zielbewußt, so ergot funktionierenden Riefenbetriebes wüthet ein Chaos ohne Seele und Vernunft. . . .

Aber beleuchten wir die Situation noch einmal mit den zusammenfassenden Tatsachen. Vor 14 Tagen haben die Getreide- und Holzverlader die Arbeit eingestellt. Ursache: Herabsetzung des eroberten Tagelohns von 6 Franken auf den ursprünglichen von 5 Franken. Darauf Ausstand der Arbeiter. Die Unternehmer verhandeln nicht, weil die von den Streikenden als Delegierte nominierten Vertrauensmänner Wieme und Chapelle „keine Doder seien“. Der Bürgermeister interveniert. Neuerliche Verhandlungen. Die Unternehmer verwerfen die Bedingungen der Arbeiter. Der Stein ist im Rollen; die unzufriedenen Hafensarbeiter treten insgesamt in den Ausstand. Bemerkenswert ist: von den circa 15 000 Streikenden erhebt eigentlich nur der geringere Teil Anspruch auf Lohnerhöhung. Aber die Hafensarbeiter wollen sich nicht, wie die Unternehmervereinigung in ihren später vorgelegten Bedingungen verlangen, festlegen, in der nächsten Zukunft nichts weiter zu fordern. Aber auch sonst gibt es Klagen, die nun, da einmal der Kampf entbrannt ist, berücksichtigt werden sollen. Die für eine Schiffsabteilung arbeitende Schicht von 9—10 Verladern soll, wie es normalerweise bestimmt ist und den Reedern verrechnet wird, mit 12 oder 13 Mann besetzt werden. Die Arbeiter verlangen überdies Sonntagruhe, eventuell doppelte Bezahlung der Sonntagsarbeit. Entgegen der Behauptung des Obmannes der Unternehmervereinigung, daß die Antwerpener Hafensarbeiter besser bezahlt seien als anderwärts, ergibt sich aus einer Vergleichung der Minimallöhne der hiesigen Arbeiter mit denen Rotterdams, Englands und Deutschlands, daß die Antwerpener Hafensarbeiter die schlechtest besoldeten sind. In den holländischen Häfen von Rotterdam, Terneuzen und Dordrecht, wo mit normalen Schichten gearbeitet wird, ist die Zahl der Unfälle eine bei weitem geringere. Im Jahre 1906 zählte man in Antwerpen an 6000 Unfälle gegen 2800 in den genannten Häfen. Daß die Unternehmer sich gegen den Vorschlag der Arbeiter wendeten, auf Grund der Lohnausnahmen in Rotterdam die Lohnsätze in Antwerpen zu regeln, ist begründet, da dort die Durchschnittslöhne um 5 Proz. höher sind als in Antwerpen. (Allerdings besitzt Rotterdam auch eine musterhafte Organisation der Doder.)

Fahren wir weiter in der Schilderung des Kampfes bis zur augenblicklichen Situation fort: Die zu Hilfe gerufenen englischen Streikbrecher verstärkt durch eine Schicht Deutscher, genügt in keiner Weise, weder in der Zahl noch in der Arbeitsqualität. Der Hafen ist mit Schiffen überfüllt; die Verladungen können zum geringsten Teil bewältigt werden und um nur den Termin einzuhalten, fahren die Schiffe, ohne die für sie bestimmte Ladung mitzunehmen, ab. So 60 Mann auf einem Schiffe benötigt werden, arbeiten 10. Im Hafen wartet Arbeit für 15 000 Menschen — man hat zur Not 2700 aus allen Winkeln und zweifelhaften Schichten zusammengelassen, dazu Leute, die nur die Aussicht, aus einer Situation Ruhen zu ziehen, nach Antwerpen gelockt hat. . . . Die Krise wird immer gefahrdrohender und aus Handels- und Börsenkreisen sieht man mit der größten Besorgnis auf die weitere Entwicklung.

Nachdem nun auch ihrerseits die Unternehmer die Bedingungen des Streikkomitees — 5 Fr. 50 Cts. für die Getreide- und Holzverlader, bis eine Enquete in Rotterdam eine Regelung der Löhne ergibt — verwarfen, hat, wie wir bereits kurz meldeten, der Bürgermeister den Unternehmern einen neuerlichen Vorschlag auf Bildung eines Schiedsgerichts unterbreitet. Nachdem die Unternehmer bereits am Freitag amonciert hatten, daß sie ihre Zulage für ein Schiedsgericht davon abhängig machen, daß die Streikenden nicht, Chapelle und Wieme, ihre Führer, delegieren, hat Samstagvormittag die Unternehmervereinigung einstimmig beschlossen, in keine Unterhandlungen mit den genannten Führern und Vertrauensmännern der Streikenden zu willigen. Diese Entschlieung, die die ganze hochmütige Diktatur der Vereinigung gegenüber den Hafensarbeitern offenbart, schloß sich nicht zuletzt auf die am vorigen Tage vom Unternehmervorstande bewilligte Million, die die Fortsetzung des Kampfes ermöglichen soll. Wie einleuchtend, billig und selbstverständlich die Forderung der Streikenden ist, nach eigenem Ermessen ihre Delegierten zu wählen und auf ihrer Wahl zu bestehen, zeigt nicht zum geringsten der Umstand, daß der Präsident der Handelskammer, der gewiß nicht die Interessen der Unternehmer zu verraten beabsichtigt, einem nachgeben der letzteren sehr das Wort geredet hat. Auch in der an der Krise beteiligten Bürgerschaft, insbesondere in Börsenkreisen drängte man auf ein Nachgeben der Unternehmer. Allen Vorstellungen von Logik und Vernunft sehen die Herren aber ein faeces Nein entgegen. Einem Vertreter der Presse erklärte ein Mitglied der Unternehmervereinigung, daß sie den Kampf aufs äußerste fortsetzen wollen und nun kein Schiedsgericht mehr wollen. Unter keiner Bedingung würden sie mit den beiden „Führern“, die sie größtenteils angegriffen hätten, verhandeln. Die empfindsamen Herren Unternehmer, die sich normalerweise dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit wohl mit Hochhändschüssen vorstellen — die natürlich nur die um ihr Stück Brot und anständige Arbeitsbedingungen kämpfenden Doder anzusehen hätten — haben aber bei ihrer Weigerung nicht etwa bloß aus einem momentanen hochmütigen Eigensinn die Delegierten verworfen, sondern ihre Haltung hat einfach den Grund, die beiden im Arbeiterkampfe wohlerprobten Vertrauensmänner aus den Verhandlungen auszuschalten, um irgendwelche mit den kapitalistischen Anissen und Pfaffen weniger vertraute, überhaupt in der sachlichen Durchführung ihrer Interessen weniger festsitzende und mutige Arbeiter ins Schiedsgericht zu bekommen. Nebenbei freilich und nicht zuletzt soll damit ein Schlag gegen die „sozialistische“ Dodervereinigung „Willen ist können“ gefügt und gezeigt werden, daß die Unternehmer sie nicht anerkennen und ihr jeden einflussnehmenden Charakter abschneiden. Es begreift sich, daß die Streikenden nun ihrerseits den Kampf in seiner ganzen Schwere aufnehmen. Trotzdem es in erster Linie dem Streikkomitee um die Fortsetzung des Streiks der Holz- und Getreideverlader zu tun war, haben trotz der Verhandlungen und der auf einzelnen Schiffen gewährten Lohnerhöhungen bis zu 10 Fr. pro Tag die Streikenden bis jetzt keine Arbeit aufgenommen.

Der Patriotismus der Unternehmer, die wie nichts 15 000 einheimische Arbeiter aus Nothum beiseite schieben und sich Arbeiter aus aller Welt kommen lassen, um für schlechte Arbeit doch noch weit mehr zu zahlen, ist wieder einmal glänzend illustriert. Wie es um ihr soziales Gewissen bestellt ist, zeigt nun ihr Verhalten, durch



das sie kalten Blutes, in Kenntnis aller Folgen, eine Katastrophe heraufbeschwören, die weit schmerzvoller werden wird als die im Jahre 1900. Schon sind die mannigfachen wirtschaftlichen Folgen unabsehbar.

Drei große Firmen in Antwerpen haben nach dem Inlande und nach Norddeutschland ein Zirkular gerichtet, in welchem sie den Firmen raten, die Waren zur Verschiffung nicht nach Antwerpen zu schicken, da für Einhaltung der Termine usw. nicht garantiert werden kann. Einem Journalisten des „Coir“ erklärte ein Unternehmer selbst, daß sich der Antwerpener Hafen vielleicht nie wieder von dem Schlag holen werde. Das sagen die Herren, das wissen sie und lassen lieber die Krise hereinbrechen, statt einer billigen Forderung Gehör zu geben! —

Die Häfen von Bremen und Hamburg teilen mit, daß vor der Hand die Schiffe ihrer großen Linien Antwerpen meiden und man sie nach Rotterdam und Amsterdam schicken muß, die den Vorteil aus dem Streit haben. „Wer weiß“, sagte der oben zitierte Unternehmer, „ob die Linien, die ihre Schiffe nun nach anderen Häfen schicken, wieder den Antwerpener Weg wählen werden?“ — Der diesige Handel ist über diese und andere Nachrichten natürlich in Aufregung und alle Einsichtigen verdammen die gewissenlose Haltung der Unternehmervereinigung. Und zu alledem wächst der Unmut und die Not der Streikenden! Die immerhin tröstende Nachricht, daß der Bürgermeister in seinen Bemühungen nicht erlahmt, soll verzeichnet sein: aber „Widerstand bis zum äußersten“ — wer kennt nicht die Bedeutung dieses haggeltränkenden Kapitalistenwortes? Nun haben die Streikenden sich mit den neuerlichen Propositionen des Bürgermeisters allerdings einverstanden erklärt, jedoch auf der Basis, daß zwei Unternehmer, Steinmann und Straffer, nicht der Kommission angehören dürfen. Steinmann jedoch ist Präsident der Unternehmervereinigung und wohl der Hartgesottteste der Unternehmerrührer. So bleibt keine große Hoffnung auf eine unmittelbare Lösung. — Nach der neuerlichen Proposition des Bürgermeisters sollen die fünf Arbeiter, die an den ersten Verhandlungen teilgenommen haben, mit fünf Unternehmern die Basis einer gemeinsamen Verständigung beraten.

**Antwerpen, 26. August.** (Fig. Ver.) Die Situation hat insofern eine günstige Wenderung erfahren, als der Bürgermeister Hedogs nun daran geht — nachdem jede direkte Vereinbarung mit der Unternehmervereinigung an deren Starrsinn scheitern würde — jene Kommission mit zu bilden, die bereits das erste Mal in den Verhandlungen interveniert hat. Dieser Kommission werden weder Straffer noch Steinmann von der Unternehmervereinigung, noch Chapelle und Bieme angehören. Es sind also gleichsam für die Bildung dieser Kommission die Wünsche beider Streitparteien erfüllt, die persönlichen gegenwärtigen Elemente aufgeschlüsselt.

Sehr seltsam mutet es an, daß gerade im jetzigen Augenblick eine gegen Chapelle wie Bieme schwebende Auflage aktuell wird (wegen des verhängten § 310 — Einschränkung der Freiheit der Arbeit). Selbst ein bürgerliches Blatt läßt durchblicken, daß gewisse Herren daran nicht unschuldig sind.

## Gewerkchaftliches.

### Arbeiterfreundlichkeit.

Die Unternehmer sind bekanntlich ausnahmslos große Arbeiterfreunde. Bei allen Maßnahmen, die sie treffen, haben sie das Wohl „ihrer“ Arbeiter und Arbeiterinnen im Auge; ja selbst Lohnabzüge und Ueberstunden dienen dazu, dieses Wohl zu fördern.

Leider wissen die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht immer den Wohlwollenssinn der Unternehmer richtig einzuschätzen, sie verzeihen sich oft sogar dazu, die Wohlthaten, die ihnen erwiesen werden sollen, direkt abzulehnen. Das mußte auch die Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft (Auer-Gesellschaft) in letzter Zeit erfahren. Schon manche von den Arbeitern gewählte Kommission, die Wünsche und Beschwerden der bei Auer Beschäftigten bei der Direktion vorzubringen hatte, hat hören müssen, wie sich die Direktion bemüht, für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Vor einiger Zeit tagte wieder eine Betriebsversammlung, welche den Bericht einer Kommission, die mit der Direktion verhandelt hatte, entgegennahm. — Ein Arbeiterausschuß besteht in diesem Betriebe, in dem beinahe 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, nicht. Der Bericht, den die letztgewählte Kommission der Versammlung gab, zeigte die Arbeiterfreundlichkeit der Firma in ganz besonders hellem Lichte. Die Deutsche Gasglühlichtgesellschaft, die im vergangenen Jahre ihren Aktionären 22 Proz. Dividende zuwenden konnte, scheint in diesem Jahre mit der Gewinnberechnung nicht recht fertig zu werden. Wir meinen nicht die Berechnung der Gewinne, die den Aktionären zustehen sollen, sondern die Gewinne, die die Arbeiter am Wochenlohn als Entgelt für die geleistete Arbeit einstreichen dürfen. Vor kurzer Zeit wurde den Arbeitern der Abteilung B (Glühlampenwerk) folgendes durch Anschlag bekannt gegeben:

Infolge Arbeitsüberhäufung ist es dem Lohnbureau nicht mehr möglich, die Lohnabrechnung in derselben Zeit wie bisher durchzuführen.

Wir bringen daher zur allgemeinen Kenntnis, daß die 31. Lohnwoche nicht am 1. August beginnt und am 7. August endet, sondern bereits am 31. Juli beginnt und am 6. August endet.

Es findet demnach vom obigen Datum an die Lohn- und Affordabrechnung Dienstag statt und es rechnet die Lohnwoche vom Mittwochmorgen bis einschließlich Dienstag der nächsten Kalenderwoche. Die Lohnauszahlung erfolgt wie bisher am Sonnabend. Ein entsprechender Nachtrag in der Arbeitsordnung wird nach polizeilicher Genehmigung gemacht werden. — Es wird der Majorität der Arbeiter und Arbeiterinnen anheimgestellt, sich zu obiger Bekanntmachung innerhalb acht Tagen, vom heutigen Tage an gerechnet, der Betriebsleitung gegenüber durch einen von der Majorität gewählten Vertreter zu äußern.

Berlin, Juli 1907.

Deutsche Gasglühlichtgesellschaft (Auer-Gesellschaft).  
(gez.) Kallmann. (gez.) Dr. Wan.

Dem Wunsch der Direktion, sich zu äußern, kamen die Arbeiter und Arbeiterinnen schleunigt nach. In einer Betriebsversammlung wurde Stellung zu der geplanten Renuerung genommen, die sich als Lohnverschlechterung erwies. Für die 30. Lohnwoche sollten nur fünf statt sechs Arbeitstage in Anrechnung gebracht werden. Das ergab für manchen und manche einen ganz erheblichen Verlust. Die Versammlung erklärte sich nun mit der Einführung der geplanten Renuerung nicht einverstanden und wählte eine Kommission, welche der Direktion davon Mitteilung machen sollte. Die Kommission wurde wie immer sehr lebhaft empfangen, von ihrem Vorhaben wollte die Direktion jedoch nicht absteigen. Jedoch erklärten die Herren sich bereit, den Arbeitern und Arbeiterinnen für den einträglichen Lohnausfall einen Vorschuß von 4 M. zu gewähren. Auch ließen die Herren die Vermutung durchblicken, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Maßnahme der Direktion unzufrieden sei. Eine zweite Betriebsversammlung nahm von der Haltung der Direktion Kenntnis. Es wurde beschlossen, einen Antrag auf Urabstimmung bei der Direktion zu stellen. In der letzten Versammlung führte der Berichterstatter nun aus, daß die Direktion bereitwillig die Vornahme einer Urabstimmung zugesichert hatte, von deren Resultat dann die Einführung oder Nicht-Einführung der Renuerung abhängen sollte. Die Urabstimmung

wurde etwas „plötzlich“ vorgenommen und ergab folgendes Resultat: Es stimmten für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes 1001, für die Renuerung nur 242 Personen. Die Schär der Getreuen, auf die sich die Direktion wohl stützen mochte, bildete nicht die Majorität. Die Abstimmung hätte somit nach dem Willen der Direktion das Schicksal der Renuerung besiegeln müssen. Doch die Herren dachten gar nicht daran, ihr Versprechen zu halten. Das Resultat der Abstimmung kam nicht aus schwarze Brett. Nach mehreren vergeblichen Versuchen gelang es der Kommission noch einmal vorgelassen zu werden. Auf die Frage, was die Direktion nun zu tun gedente, folgte die Antwort: In die Abstimmung lehren wir uns gar nicht. Die Renuerung bleibt bestehen. Wir warten nur noch den Bescheid der Gewerkepolizei ab, dann wird auch der Vorschuß wieder eingezogen. Diefelbe Antwort ist den Kommissionmitgliedern wiederholt zu teil geworden. — Die Versammlung nahm den Bericht der Kommission zur Kenntnis. In der Diskussion wurde das Verhalten der Direktion entschieden verurteilt. Auch wurden Beweise dafür erbracht, daß bei der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft nicht der Direktion auch die Meister sehr arbeiterfreundlich seien. Da scheint besonders ein Herr Schneidewind sehr schneidig zu sein. Der Herr scheint einen Befähigungsnachweis im Schimpfen erbringen zu wollen. Eine Arbeiterin belam dafür, daß sie einen Kasten staubiger Lampen abliefern, das Wort „Sie Schwein“ an den Kopf geworfen. Als sie deshalb aufhörte, fragte der Herr noch, ob sie sich durch den Ausdruck beleidigt gefühlt habe! Kommt jemand zwei Minuten später, so muß er einen ganzen Tag aussetzen, daselbst trifft den, der einmal krankheitshalber einen Tag zu fehlen gezwungen ist. Auch mit der Entlassung steht es in dem Betriebe etwas seltsam aus. Jeder, der aufhört oder entlassen wird, erhält vom Meister einen verschlossenen Briefumschlag mit der Bezeichnung, denselben bei der Betriebskrankenkasse abzugeben. Eine neugierige Arbeiterin öffnete den Briefumschlag und fand einen Zettel mit folgender Mitteilung:

Die Arbeiterin A. B.

ist heute abgegangen oder entlassen.

Genauer Grund der Entlassung: Ungehörliches Verhalten.

Ist eine Wiedereinstellung ratsam? Nein.

Datum.

Unterschrift.

Abteilung.

Die gesperrten Säge waren mit der Schreibmaschine geschrieben, die anderen Bemerkungen von der Hand des Meisters. Was können nun solche Mitteilungen, welche die Wiedereinstellung eines Arbeiters oder einer Arbeiterin betreffen, der Krankenkasse nützen. Beim Karlsruher in Wühlheim a. Rhein sollte die Krankenkasse auch zugleich die Kontrolle gesperrter Arbeiter ausüben. Sollte man glauben, daß die arbeiterfreundliche Auer-Gesellschaft etwas Ähnliches beabsichtigt? — Etwas sehr Bemerkenswertes bot auch die Mitteilung eines Kommission Mitgliedes, wonach Herr Direktor Remans etwas über das Sparen erzählt haben sollte. Danach soll der Vormund eines nicht parajamen Mädchens den Herrn Direktor gebeten haben, dem Mädchen nicht den ganzen Lohn auszuhandigen, sondern einen kleinen Teil davon als Spargeld zurückzubehalten, was denn auch mit Erfolg geschehen sei. Warum erzählte der Herr Direktor den Kommissionmitgliedern die rührsame Geschichte? Hoffentlich trägt er sich nicht mit der Absicht, eine sogenannte Fabrikportasse einzurichten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Auer verzichten darauf, sie können ihr Geld selbst verwalten.

### Berlin und Umgegend.

Die Buchbinder in Potsdam wollen zum Herbst in eine Lohnbewegung eintreten. Der niedrigste Lohn beträgt augenblicklich dort 18 M., während in zwei Fällen 28 M. als höchster Lohn gezahlt werden. Besonders schlechte Löhne werden in der Buchdruckerei von A. B. Haysn Erben und bei dem Postbuchbindermeister W. m. gezahlt. Bei letzterem ist ein Kollege 42 Jahre beschäftigt und erhält das königliche Gehalt von 22 M. Die Firma Röwes unterhält ihre Buchbinder mit drei Lehrlingen, welche aber als Arbeitsburschen angemeldet sind. Zurzeit sind von 36 Buchbindern 19 und von 40 Arbeiterinnen 26 organisiert. Die Meister versuchen jetzt durch freiwillige Lohnaufbesserungen ihre Gesellen aus dem Verbanne zu ziehen.

### Deutsches Reich.

#### Das „große Mißverständnis“!

Zur Konfektions- und Schneider-Ausperrung in Stettin schreibt man uns: Gelegentlich einer Besprechung mit Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes konnte die Lohnkommission feststellen, daß dieselben über die Forderungen der Schneider nicht richtig informiert waren. Da sie erklärten, nicht für die Ausperrung gestimmt zu haben, wenn sie richtig instruiert gewesen wären, so beschloß die Lohnkommission, allen Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes mit einem aufläuternden Schreiben den Tarifantrag zuzugewenden. — Der Boykott macht sich für die betroffenen Geschäfte bereits recht fühlbar.

#### Ausperrung in Kiel.

Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes erklärte sich mit der Schließung der Holzgeschäfte aus Anlaß des Ausstandes der Lagerarbeiter einverstanden. Sie beschloß ferner, daß von morgen an in keiner Branche mehr Arbeiter eingestellt und daß bei dem demnächst eintretenden Materialmangel sofort entsprechend viel Arbeiter entlassen werden sollen.

#### Lohnbewegung im Leipziger Braunkohlenbetriebe.

Wie vorausgesehen, haben auch die Belegschaften der um Leipzig, Worna, Lobitz, Froburg usw. gelegenen Braunkohlenbetriebe eine Bewegung entfaltet, die als Kernforderung die im Nachbargebiete Frey-Weigens-Neuselwitz als Folge des vorjährigen Streiks eingeführte Reinstundensicht enthält. Am 4. August tagte in Worna eine öffentliche Revierkonferenz, die folgende Forderungen aufstellte:

1. Die Schichtzeit beträgt vom 1. Oktober d. J. ab neun Stunden und zwar von morgens 6 bis nachmittags 3 Uhr, incl. einer einhalbstündigen Pause. Vom 1. April 1908 ab beträgt die Schichtzeit acht Stunden. Auf Gruben, wo diese Schichtzeiten bereits bestehen, sind sie beizubehalten.

2. Die Schichtlöhne sollen in den Arbeitsordnungen wie folgt festgesetzt werden:

- |  |         |
|--|---------|
| a) Häuer   | 4,50 M. |
| b) Schleppler und Stationsarbeiter                           | 4,00 „  |
| c) Bei der Förderung über Tage Beschäftigte und Freipersonal | 3,50 „  |
| d) Planarbeiter und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren     | 3,20 „  |

Auf Gruben, wo die obigen oder höhere Lohnsätze bereits gezahlt werden, sind dieselben weiter zu zahlen. Bei Bedingearbeit sind die Bedinge mit den Häueru vor Ort zu vereinbaren. Die Bedinge sind so festzusetzen, daß bei normalen Verhältnissen nicht unter den obigen Schichtlohnsätzen verdient wird.

3. Vereinfachung der getrennten Bedinge und Prämien.

4. Verbot aller Ueber-, Neben- und Sonntagsschichten, soweit dieselben nicht notwendig sind zur Rettung von Menschenleben und zur Sicherung des Betriebes.

5. Holz ist in genügender Menge zubereitet an die Endstationen der Gruben zu liefern.

6. Schaffung ausreichender Badeanstalten, sowie deren ständiger in Ordnung halten.

7. Aufstellung einer hinreichenden Anzahl von Abortstätten in der Grube und deren öftere Reinigung und Desinfizierung.

8. Trinkwasser muß stets in gutem frischem Zustande in der Grube vorhanden sein.

9. Mißregelungen dürfen wegen dieser Bewegung nicht vorgenommen werden.

Eine zu gleicher Zeit gewählte Revierkommission von sieben Mann, aus aktiven Vergleuten bestehend, reichte die Forderungen am 10. den 34 in Frage kommenden Werken ein und erbat Antwort bis zum 18. Inzwischen trat der Verband der Braunkohleninteressenten (Syndikat) zweimal zusammen. Der Lohnkommission der Vergleute wurde mitgeteilt, daß das Syndikat sie nicht anerkenne und im übrigen würden die Werkvertreterungen selbst antworten und auf die Arbeiterausschüsse verweisen. Von den 34 Werken antworteten 15 — sämtlich ablehnend! 19 zogen es vor, überhaupt nicht zu antworten.

Die bürgerliche Presse suchte gegen die Vergarbeiter scharf zu machen und den Unternehmern das Rückgrat zu steifen. Die „Arbeiterzeitung“ lieferte wieder eine Probe ihrer erbärmlichen Kampfesweise, indem sie sich (Nummer vom 25. August) also vernehmen läßt:

Die Vergarbeiter des Leipziger Braunkohlenreviers sind bereits in eine Lohnbewegung eingetreten, aber auch hier dürften die sozialdemokratischen Hezer, die es wieder einmal auf eine Nachtprobe abgesehen haben, auf Granit heißen, denn die Grubenverwaltungen dürften unter keinen Umständen mit den gewerksmäßigen Hezern (!) patieren.“

In acht großen Vergarbeiterversammlungen nahmen die Belegschaften am Sonntag zur Haltung der Unternehmer Stellung. Nachdem deren Progenstandpunkt die gebührende Beleuchtung erfahren hatte, wurde überall fast einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die am 25. August . . . tagende Vergarbeiterversammlung erklärt die Ablehnung der Revierkommission seitens der Werkbesitzer als einen Vorwand, die Verhandlungen zu verschleppen. Im Interesse des Friedens beauftragt die Versammlung die von den Werkvertretern als legitime Vertreter der Belegschaften benannten Arbeiterausschüsse nochmals in Verhandlung zu treten. Dort wo keine Ausschüsse bestehen, oder sich dieselben weigern die Forderungen zu vertreten, sind die Kameraden verpflichtet Kommissionen zu wählen, welche an Stelle der Ausschüsse zu treten haben. Die Forderungen sind bis spätestens am 5. September dieses Jahres von neuem an die Grubenverwaltungen einzureichen, und die Antworten bis spätestens am 12. September von den Grubenverwaltungen zu erbitten.“

Die Arbeiter werden also nochmals versuchen, ihrem berechtigten Verlangen nach Verkürzung der Schichtzeit und Regelung des Lohnwesens (eine Lohnforderung kann man das bescheidene Verlangen nach 4,50, 4,00, 3,50 und 3,20 M. Lohn gar nicht nennen) durch Verhandlungen Gehör zu verschaffen. Anscheinend versuchen die Unternehmer teilweise den Zustand geradezu zu provozieren. Maßregelungen und Lohnabzüge sind in vergangener Woche erfolgt! Die Haltung der Vergleute in den Versammlungen ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie um ihre Rechte auch zu kämpfen wissen werden!

Die Banarbeitersperrung in Nürnberg ist jetzt endgültig abgemeldet, nachdem die 130 Streikenden die Sperre über den fraglichen Bau aufgehoben haben.

### Ausland.

#### Der Tischlerstreik in Kopenhagen.

In der Generalversammlung des Fachvereins der Bautischler wurde der von Bürgermeister Jensen, Bankdirektor Seide und Direktor Hauberg gemachte Vermittlungsvorschlag zur Beendigung des seit drei Monaten dauernden Streiks der Bautischler mit 583 gegen 604 Stimmen abgelehnt.

Die Lokomotivführer und Heizer der Bahn des Departements Corrèze sind, wie aus Paris gemeldet wird, in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnaufbesserungen, Altersklassen und sonstige Vorzüge. Während des ganzen gestrigen Tages konnten keine Züge verkehren.

### Eingegangene Druckschriften.

Süddeutsche Monatshefte. Heft 9. Herausgegeben von P. R. Cohnmann. Bro Jahr 12 M. Selbstverlag in München.

L'Ecole Prussienne en Pologne, 1906—1907 (Documents). Sociétés Pédagogiques de Varsovie et de Léopol. Paris, Au Bureau de l'Agence Polonoise de Presse. 23 Boulevard Saint Germain 1907. 55 pages.

Geschichte der Friedensbewegung von Ed. Lorwenzel. 104 Seiten. Verlag: E. Sbering, Berlin.

Kraterienverfaltung des Herzens und des Gehirns. Ursachen, Verhaltung und Behandlung mit besonderer Berücksichtigung der Röhrenungen und des Schlaganfalls. Von Dr. Dancomp u. Dr. Wäker. Preis 50 Pf. — Chronische kalte Fäule. Wesen, Wirkung, Verhaltung und Heilung. Von Dr. Oelob. 20 Pf. Verlag: Edmund Demme, Leipzig.

Kulturkampf oder nicht? Von R. Freilich u. Ramdorff. 80 Pf. Verlag: St. Josephs-Buchhandlung, Magensack.

Jahresbericht der Agitationskommission der sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein und Jütland. Verlag: Bartels, Altona.

Verwaltungsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft. 74 Seiten. Buchdruckerei Brückner in Ratingen.

Operationlose Entfernung der Gallenleiste nebst Anleitung: Behandlung der Nieren- und Blasenleiste von Direktor Max Fleming. Verlag Reform (P. Müller) Stuttgart. 3 M.

Bericht über die Jubiläumsfeier des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1906. 171 Seiten. Selbstverlag: Berlin, Engel-Ufer 15.

Verwaltungsbericht der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 1906. 46 Seiten. Druck: W. Baumann, Hamburg, Hohe Bleichen 16.

Verwaltungsbericht der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 1906. 28 Seiten. Druck: W. Ulrich, Dresden, N. Glacisstr. 20.

21. Bericht der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 1906. 53 Seiten. Druck: A. Jostenradt, Eberfeld, Rauerhen 33.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Streit auf den Schlepddampfern.

Hamburg, 27. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Hafenbetriebsverein lehnte in einer Sitzung, die heute stattfand, Verhandlungen mit den Maschinisten und Schiffern der Schlepddampferbetriebe ab, weil diese durch Arbeitseinstellung die Verhandlungen unterbrochen hätten. Es soll nun versucht werden, Arbeitswillige heranzuziehen.

### Gesichte vor Casablanca.

Casablanca, 27. August. (B. F. W.) Am 25. August nachmittags fand ein Zusammenstoß statt zwischen einer Aufklärungsabteilung der Spahis und dem Feind, der ein Gehöft, 5 Kilometer vom Lager entfernt, innehatte. Die Spahis stiegen von ihren Pferden und eröffneten das Feuer, wurden aber bald von einer Truppe von etwa 500 Marokkanern angegriffen, die sich in der Nähe verborgen hatten. Die Spahis zogen sich nun langsam nach ihrem Lager zurück. Eine Kompanie der Fremdenlegion und eine Kompanie arabischer Schützen mit zwei Kanonen kamen ihnen schleunigt zu Hilfe. Sie empfingen die Marokkaner, die die Spahis verfolgten, mit Salbenfeuer. Die Marokkaner ergriffen die Flucht und sammelten sich abermals 4000 Meter rückwärts. Sie schickten sich zu einem neuen Angriff an, als die 75 Kilometer-Kanonen sie mit empfindlichen Verlusten auseinandertrieben. Die Marokkaner flüchteten darauf in der Richtung auf Tadert zu. Plünderer, welche nachts in die Stadt einzudringen versuchten, wurden mit Gewehrschüssen empfangen. — Am 25. d. M. wurde ein Eingeborener, welcher den asiatischen Freiwilligen den heiligen Krieg predigte, verhaftet. — Eine Telephonleitung verbindet das französische Konsulat mit dem Lager.



Neue Formfragen zum Prozeß Nafi.

Rom, 24. August. (Fig. Ver.)

Der Prozeß Nafi mit allem, was drum und dran ist, ist so recht ein gefundenes Fressen für die Advokaten und juristischen Haar-

Kammer und Senat bilden zusammen das Parlament. Nach Artikel 48 der Verfassung beginnen die Sesssionen beider Häuser gleichzeitig und alle Beschlüsse sind richtig, die eine Körperschaft außerhalb der Sesssionszeit der anderen faßt. Andererseits sagt aber der Artikel 36 der Verfassung, daß der Senat, sobald er als oberster Gerichtshof fungiert, sich nur mit den juristischen Fragen beschäftigen kann, um derenwillen er zusammengetreten ist. Bedeutet das nicht etwa, daß er als gesetzgebende Körperschaft außer Funktion ist, solange er richterliche Aufgaben erfüllt, so daß dem Außerfunktionsstehen des Senats als gesetzgebender Versammlung auch die Einstellung der Arbeiten des anderen Zweiges des Parlaments, der Deputiertenkammer, entsprechen muß?

Zur Beantwortung dieser Frage muß man zunächst zwischen Sesssion und Sitzung unterscheiden. Die Sesssion, die jedesmal durch eine Thronrede eröffnet wird und durch deren Schluß alle den beiden Häusern in den verschiedenen Beratungsstadien vorliegenden Gesetzesentwürfe zurückgezogen werden, bleibt offen, auch wenn die Kammer ihre Sitzungen einstellt. Solange aber die Sesssion offen ist, können Kammer und Senat jederzeit auf Aufforderung ihrer Präsidenten zusammentreten. Es ist also durchaus nicht einzusehen, warum der Senat in der Periode, in der er über Nafi zu Gericht sitzt, nicht gelegentlich zu einer ordentlichen Sitzung als gesetzgebende Körperschaft zusammenberufen werden kann. Die heutige Sesssion — die erste der seit 1904 begonnenen Legislaturperiode — erleidet durch die Konstituierung des Senats als oberster Gerichtshof keine Unterbrechung. Warum sollte diese Unterbrechung für die Deputiertenkammer eintreten?

Diesem Gedankenfängeln stellen die Juristen, die das Einstellen der Kammerarbeiten während des Prozesses fordern, den folgenden entgegen. Während der Senat als oberster Gerichtshof tagt, fungiert die Deputiertenkammer, sobald es sich um einen angeklagten Minister handelt, als Anklagebehörde. Die drei Kommissare der Kammer vertreten diese Körperschaft. Es wäre also absurd, daß die Kammer bei dem Prozeß als Vertreterin der Anklage virtuell zugegen ist und gleichzeitig tatsächlich als gesetzgebende Körperschaft Sitzungen abhält! Man stellt ferner von dieser Seite in Abrede, daß der Senat in der Periode seiner richterlichen Tätigkeit zu ordnungsmäßigen Sitzungen zusammenzutreten könne.

Es ist wohl unschwer einzusehen, daß die Forderung der Einstellung der Kammerarbeiten auf schwachen Füßen steht. Wenn auch die Präzedenzfälle — die Prozesse gegen die Senatoren D'Antona und Serroneta — nichts beweisen, weil es sich hier nicht um angeklagte Minister handelte, so ist doch aus dem Wortlaut der Verfassung ziemlich klar zu ersehen, daß nur dem Senat, soweit er als oberster Gerichtshof fungiert, die Befähigung mit anderen Angelegenheiten bevochert ist. Außerhalb und unbeschadet seiner richterlichen Funktion kann er aber als gesetzgebende Körperschaft zusammentreten. Warum sollten seine ohnehin so spärlichen Sitzungen nicht zwischen die des obersten Gerichtshofes eingeschoben werden können, so gut, wie sie sich heute in lange Ferienperioden einschließen? Was gar den Einwand betrifft, daß die Kammer, die als Anklagebehörde virtuell im Senat zugegen wäre, nicht gleichzeitig praktisch als gesetzgebende Körperschaft wirken könne, so handelt es sich dabei um ein scholastisches Begriffsgespinnst. Wenn die Kammer eine Kommission mit der Prüfung eines Antrages, mit der Beratung eines Gegenentwurfs betraut, so ist sie auch in dieser Kommission virtuell zugegen, ohne dadurch in ihrer wirklichen Wirksamkeit irgendwie beeinträchtigt zu werden. Das macht ja gerade den Begriff der Vertretung aus, daß die Vertreter in ihren Vertretungen virtuell gegenwärtig sind, während ihnen effektiv die Betätigungsfreiheit bleibt. Da hätte ja sonst die gesamte Kammer im Senat die Anklage vertreten können!

Daß man auf solche unsinnige Argumente verfällt, mag sich aus der Vorliebe italienischen Geistes für formelle Fragen und dialektische Verrenkungen erklären. Daß aber diese Argumente in der Presse einen kräftigen Rückhalt finden, beweist, daß viele Interessen gegen die Verhandlung des Prozesses Nafi bei offener Kammer ins Gewicht fallen. Nicht vom juristischen, sondern vom opportunistischen Standpunkt wird die Frage gelöst. Bei geschlossener Kammer ist gut regieren. Vielleicht schließt Giolitti die Sesssion, wenn die ins Feld geführten Epithetigkeiten des gesunden Menschenverstandes nicht Meister werden können.

Internationale Konferenz der Friseurgehülfen.

Stuttgart, 28. August 1907.

Als einer der letzten von den zahlreichen Sonderkongressen und Konferenzen, die den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart begleiteten, trat am Montag im Stuttgarter Gewerkschaftshaus die erste internationale Konferenz organisierter Friseurgehülfen zusammen. Der Vorsitzende des deutschen Verbandes, Elyorn-Hamburg, betonte in seiner Begrüßungsrede, daß die Zusammenkunft zwar kein großer Kongress sei, wie sie andere Gewerkschaften schon abhalten könnten, daß aber die Möglichkeit des Stattfindens der Konferenz, die der Anfang einer internationalen Verständigung sein solle, ein erfreuliches Zeichen sei, wenn man die Rücksichtslosigkeit in Betracht ziehe, die in dem Friseurgewerbe noch herrsche. Vertreten sind auf der Konferenz Deutschland durch drei Delegierte und Frankreich, die Schweiz, Desterreich und Ungarn durch je einen Delegierten. England und Schweden, mit denen der deutsche Verband ebenfalls schon seit längerem Beziehungen unterhält, haben keinen Vertreter entsandt. Die Organisation in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat keinen Delegierten geschickt, weil sie fürchtet, daß dadurch die Einwanderung ausländischer Friseurgehülfen in Nordamerika begünstigt werden könnte.

Der erste Verhandlungstag wurde in der Hauptsache ausgefüllt durch die Berichterstattung der Delegierten über die wirtschaftliche Lage der Friseurgehülfen und den Stand der Organisationen. Es war wenig Erfreuliches, was da gefagt werden mußte über die Verhältnisse, in denen die Friseurgehülfen leben und unter denen sie leiden müssen. Überall lange Arbeitszeit und niedrige Löhne; überall herrsche noch das Stof- und Logiswesen, das für den Gehülfen eine ehrene Hölle ist, und das demoralisierende Trinkgeldwesen. Überall, vor allem aber in Deutschland und Ungarn ist die Lehrlingszucherei im Schwange, und die dadurch hervorgerufene Ueberfüllung des Berufes, die ihrerseits wieder zahlreiche Gehülfen zur Arbeitslosigkeit verdammt, trägt dazu bei, daß die Gehülfen sich unter den elendesten Bedingungen den Meistern zur Verfügung stellen und für die Organisation nicht zu haben sind. So sind in Deutschland von etwa 30 000 Gehülfen zirk. 2000, in Frankreich von 20 000 ebenfalls zirk. 2000 organisiert. Der Schweizerische Verband zählte 1906/07 ganze 153 vollzählende Mitglieder. In allen Verbänden ist aber die Fluktuation außerordentlich groß; so hat der Schweizerische Verband in einem Jahre etwa doppelt soviel Neuaufnahmen gemacht, als er Mit-

glieder zählte. Dieser ewige Wechsel im Mitgliederbestand ist darauf zurückzuführen, daß die Gehülfen sich schon in jungen Jahren selbständig machen, oder richtiger, selbständig machen müssen, da sie keine Stellung mehr finden, wenn sie älter werden; den Meistern stehen billigere und willigere jugendliche Arbeitskräfte in Halle und Fülle zur Verfügung. So scheint es, wie Elyorn-Hamburg meinte, als ob die Organisation nur Sisyphusarbeit verrichte. Aber es scheint nur so, denn in Wirklichkeit trage der Same der Aufrklärung auch dann noch Früchte, wenn der Gehülfe, der organisiert war, selbständig werde; die Erziehung durch die Organisation bleibe nicht ohne Einwirkung. Das Friseurgewerbe sei gegenwärtig im Stadium des Niederganges, aber es werde auch einmal reif für die kapitalistische Entwicklung, von der es bisher nicht erfasst sei. Erst dann, wenn statt der vielen Zwergbetriebe wenige Großbetriebe beständen, würden die Gehülfen in ihrer Masse für die Organisation gewonnen werden können.

Aber nicht alles, was berichtet wurde, war unerfreulicher Natur. So ist den zahlreichen Lohnbewegungen in Deutschland ein mehr oder minder großer Erfolg beschieden gewesen. Alle Organisationen konnten berichten, daß die zur Verkürzung der Arbeitszeit eingeleiteten Bewegungen nicht vergeblich waren. In einem Berufe mit solch übermäßig langer Arbeitszeit ist es schon ein hervorragender Erfolg, wenn die Sonntagarbeitszeit um einige Stunden verkürzt wird oder wenn, wie in Ungarn, es der Organisation gelingt, die Arbeitszeit von früh 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends (!) auf die Zeit von 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends zu beschränken. Von dem französischen Delegierten wurde mit Bedauern konstatiert, daß die zahlreich in Paris zuftrommenden ausländischen Friseurgehülfen, die vornehmlich kommen, um die französische Sprache zu erlernen, zwar sich von der dortigen Organisation mit offenen Armen aufnehmen ließen, daß sie aber, sobald sie etwas festen Fuß gefaßt hätten und die Sprache einigermaßen beherrschten, der Organisation wieder den Rücken fehrten. In Desterreich kommt zu den allen Ländern gemeinsamen Schwierigkeiten für die Organisation noch die sprachliche Vermischung hinzu, die in dem Lande mit den schwarz-gelben Grenzgebirgen herrscht.

Zu dem zweiten Punkte der Tagesordnung: Forderungen der Gehülfen an Gesetzgebungen und Arbeitgeber hielt Aliser-Bien das Referat. Er begründete eine längere Resolution, die in ihrem ersten Teile Forderungen enthält, die die Arbeiterschaft ganz allgemein — entsprechend dem sozialdemokratischen Programm und den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse — an die Gesetzgebung stellt, und in ihrem zweiten Teile die für das Friseurgewerbe im besonderen nötigen Forderungen sozialpolitischer Natur und die Forderungen an die Arbeitgeber enthält.

Die Diskussion über das Referat wird den Beginn der Dienstaussprache bilden.

Aus der Partei.

Die Internationale der Jungen Garde.

Anschließend an den Internationalen Sozialistenkongress tagte am Sonntag zu Stuttgart die internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen. Es waren 18 Länder durch 22 Delegierte vertreten. Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Sekretär des Internationalen Jugendverbandes De Ran (Belgien) wurden Dr. Liebknecht (Deutschland) und Bader (Schweiz) zu Vorsitzenden gewählt. Nach den Berichten, welche die Delegierten sodann erstatteten, gehören dem Internationalen Verband 59 000 Mitglieder an, wovon 19 000 Belgien angehören, wo die Organisation der antimilitarischen Jeune garde (Junge Garde) auch unter Soldaten Anhänger wird. In Deutschland hat der politische Verband junger Arbeiter (Sich Mannheim) in 790 Ortsgruppen etwa 4500 Mitglieder, die unpolitische Vereinigung der freien Jugendorganisationen (Sich Berlin) in 15 Vereinen 2300 Mitglieder, davon 1900 allein in Berlin. Desterreich hat 7700 Mitglieder, von denen 4200 dem deutschen, 3500 dem tschechischen Verband angehören.

Genosse De Ran (Belgien) referierte über die Ausgestaltung der internationalen Jugendorganisation, Genosse Alpari (Ungarn) über Lehrlingschutz, Genossin Roland-Holtz (Holland) über Organisation des Bildungswesens, Genosse Keller (Schweden) über Antialkoholismus, Genosse Dr. Liebknecht (Deutschland) über Militarismus.

Sozialdemokratischer Stimmengewinn im Bezirk Meh. Aus Meh wird uns berichtet:

Bei der Bezirkswahl am 25. August haben von 2780 eingeschriebenen Wählern 1580 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Es erhielten der sozialdemokratische Kandidat Genosse Schleicher 402, der Schuhfabrikant Nauyan (Votr. Block) 680, der Rentner Konrad (Zentrum) 357, und der Exgenosse Wdrtman 62 Stimmen. Die niedrigeren Partei hat seit 1903 in diesem Kanton 232 Stimmen gewonnen. Am Sonntag, den 1. September findet Nachwahl zwischen Schleicher und Nauyan statt.

Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Hühls-Homburg-Wingen hielt am Sonntag in Hofheim im Lamus seine Generalversammlung ab. 72 Delegierte aus 42 Orten waren vertreten. Den gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Kaschenbericht ergänzte der Vorsitzende Genosse Hartmann. Bei der Protestbewegung gegen die Fleisch- und Brotverteuerung wurden 55 000 Flugblätter verbreitet und zahlreiche Versammlungen abgehalten. In der Reichstagswahlkandidatur wurden in 51 Orten 81 Wahlversammlungen abgehalten. Dabei kamen 240 000 Flugblätter zur Verbreitung. Die Mitgliederzahl stieg um 846, sie beträgt 2781. Ortskassen wurden 11 neue gegründet, so daß der Kreiswahlbereich aus 58 Zirkularen besteht. Gewerkschaftlich organisiert sind in 60 Orten 6563 Arbeiter, Abonnenten der „Volkstimme“ über 6000. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter stieg von 48 auf 54. — Die Einnahmen und Ausgaben balancieren bei einem Kaschenbestande von 748 M. mit 22 484 M. für die Reichstagswahl wurden 9808 M. angewendet, 1600 M. sind an die Partei und an die Agitationskommission abgeführt, 1782 M. verzinsschuld angelegt.

Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Wessling-Frankfurt a. M., referierte sodann über den Preußen- und Parteitag. Ein Antrag kam zur Annahme, der verlangt, daß periodisch in Broschürenformat gehaltene Flugblätter zur Verteilung kommen, in denen Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion erstattet wird, und die in zweckentsprechender Form die Stellung der Gegner zu den wichtigsten Gesetzesvorlagen behandeln. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Fortune-Hühls, zum Preuchentag Genosse Brähne gewählt. — Ein Antrag des Vorstandes, den monatlichen Beitrag von 20 auf 30 Pfennig zu erhöhen, zeitigte eine sehr lebhafte Debatte. Trotz starker Opposition wurde er schließlich mit 51 gegen 25 Stimmen angenommen. — Die Häufung der Parteiarbeiten im Kreise machte die Frage der Anstellung eines Parteisekretärs akut. Die Generalversammlung stimmte der Anstellung im Prinzip zu, der Vorstand soll eine Vorlage ausarbeiten.

Die Generalversammlung der Sozialdemokratie des Fürstentums Neuchâtel.

Am Sonntag in Gera statt. Aus 29 Orten hatten sich 84 Delegierte eingefunden. Außerdem waren anwesend der Hauptvorstand, die Redaktion der „Neuchâtel Tribune“, die Genossen Görschel-

mann und Güllein als Vertreter für Weimar III, und der Parteisekretär Genosse S. Leber.

Aus dem Jahresbericht — den der Genosse Betterlein erstattete — ist folgendes zu entnehmen: Gegen die Macht der vereinigten Gegner — die mit Zug und Zug, Gewissenszwang, Bedrohung wirtschaftlich abhängiger Existenzen usw. arbeiteten — konnte das Reichstagsmandat nicht gehalten werden. Aber trotzdem haben die sozialdemokratischen Wähler — mit Ausnahme einer verschwindend kleinen Zahl — standgehalten.

Der Verlust hat die Genossen angeeifert zur Verstärkung der Organisation. Die Ortsverwaltungen sind von 23 auf 28 gestiegen. Die Mitglieder haben sich von 2732 auf 3484 vermehrt. Ebenso war die Teilnahme an der Parteitag größer wie im Vorjahre. Auch die Arbeitserube hat Fortschritte gemacht. Zirk. 70 Vertreter sitzen in den einzelnen Orten des Fürstentums als sozialdemokratische Gemeindevertreter in den Kommunalverwaltungen.

Die Einnahmen betragen 18 850,43 M., die Ausgaben 12 658,66 M., so daß ein Kaschenbestand von 4191,77 M. verbleibt. Die „Neuchâtel Tribune“ hat ihre Abonnentenzahl auf über 8000 gebracht und ebenso sind die Einnahmen aus Inseraten gestiegen.

Über die Tätigkeit des Parteisekretariats referierte Genosse Leber. In der Diskussion wurde seine Arbeit allgemein anerkannt und schief beurteilt, daß die Altenburger Genossen — die sich ebenfalls nur anerkennend über das Sekretariat ausgesprochen — ihre Loslösung durchsetzten, ohne mit den Genossen der anderen Wahlkreise nur irgendwie Rücksprache genommen zu haben. Durch eine derartige, eigenmächtige Handlung konnte eventuell das Sekretariat gefährdet werden.

Genosse Wurm, von 1890 bis 1903 Abgeordneter des Kreises, wurde einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt. — Zum deutschen Parteitag in Eisen wurde der Genosse Betterlein als Delegierter gewählt. Ebenso wurde Betterlein wiederum zum Vorsitzenden gewählt und der Genosse Fischer als Kassierer.

Der Wahlkreis Solingen hielt am Sonntag in Dhligs eine von 54 Delegierten besuchte Kreisversammlung ab. Den Rechenschaftsbericht des Kreisamtes und der Volksvereine erstattete der Vorsitzende Schaal-Solingen. Danach sind politisch organisiert 2782 Genossen gegen 2388 im Vorjahre. Die Einnahmen der Volksvereine sind von 7752,19 M. im Vorjahre auf 11 016,29 M., der Kaschenbestand von 2082,52 M. auf 2008,51 M. gestiegen. Die Einnahmen des Kreisamtes sind von 2768,76 M. auf 6060,12 M., der Kaschenbestand von 195,56 M. auf 388, — M. gestiegen. Die Abonnentenziffer der „Verglichen Arbeiterstimme“ hat im Berichtsjahre ebenfalls eine erhebliche Erhöhung, nämlich von 7150 auf 9500 erfahren. Zirk. fünfzig Prozent der Wähler sind demnach Leber des Parteiorgans. Der Kreiswahlfonds weist 462,01 M. Bestand auf. Gewerkschaftlich organisiert sind 12 039 Genossen — 61,5 Proz. der Wahlstimmen, von denen 7039 den Zentralverbänden und rund 5000 dem Solinger Industriearbeiterverband angehören. Sie bringen jährlich rund 300 000 M. für Gewerkschaftszwecke auf. Die Konferenz beschloß einstimmig, bis zum 1. Oktober die Zentralisation der Volksvereine vorzunehmen und wählte ebenso einstimmig zum Parteisekretär den Genossen Aug. Velleri-Wald. Der Bericht über den finanziellen Stand des Parteiorgans lautete sehr günstig, trotz erheblicher Mehrausgaben für Redaktion usw. Zum Parteitag in Eisen wurde Genosse Lhabor-Solingen als von den Volksvereinen mit absoluter Mehrheit gewählt bezeichnet, während zwischen den Genossen Velleri-Wald und Freund-Höhlscheid noch eine Stichwahl entscheiden muß. Neben Anträgen agitatorischer Art wurde nach längerer Debatte eine Resolution angenommen, welche das Kreisamt beauftragt, zur Schlichtung gewerkschaftlicher Differenzen zwischen Metall- und Industriearbeiterverband eine besondere Sitzung einzuberufen.

Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Wühlhausen-Langensalza-Weißene fand am letzten Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Wühlhausen i. Th. statt. Es waren Delegierte erschienen aus Wühlhausen, Langensalza, Treffurt, Tennstedt und Großburschla. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß sich die Zahl der organisierten Parteigenossen gegen das Vorjahr um 110 vermehrt hat, so daß sie jetzt etwa 500 beträgt. In Wühlhausen besteht eine sehr rege Frauenbewegung, die „Gleichheit“ hat dort zirk. 150 Referenten. Leider macht der Abnennentstand des „Volkblatts für Wühlhausen“, des Parteiorgans, im Kreise wenig Fortschritte, weil dieser ausgesprochen ländlich ist. Nur in Langensalza ist die Zahl der Leser ganz bedeutend gestiegen. Von dem bisherigen Reichstagskandidaten, Genossen Max Brunwald-Berlin, lag eine Erklärung vor, daß er um die endgültige Entscheidung von der Kandidatur erliche, da sein jetziger Wohnort vom Kreis zu weit entlegen ist und er ihn deshalb nicht derart intensiv bearbeiten könne, wie es notwendig ist. Genosse Brunwald war schon aus den gleichen Gründen 1905 von der Kandidatur zurückgetreten und hatte bei der letzten Wahl nur kandidiert, weil noch kein Kandidat gefunden war.

Die Kreisleitung wurde beauftragt, erneut Schritte zur Auswahl eines neuen Reichstagskandidaten zu unternehmen. Für den Parteitag in Eisen wurde folgender vom Genossen Markwig eingebracht und begründeter Antrag angenommen:

„Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, die Agitation auf dem Lande intensiver als bisher zu betreiben. Insbesondere hat sich die Ausarbeitung eines Programms über die Agrarfrage als eine Notwendigkeit herausgestellt. Zur besseren Agitation wird es sich empfehlen, daß der Parteivorstand periodisch Flugblätter für die Landbevölkerung herausgibt, deren Verbreitung durch die organisierten Parteigenossen erfolgen kann.“

Als Delegierten zum Essener Parteitag wählte man den Genossen Schäfer-Wühlhausen, als Delegierten zum Preuchischen Parteitag den Genossen Markwig-Wühlhausen.

Eine imposante Trauerkundgebung war die Beerdigung des Genossen Wilhelm Schmidt zu Frankfurt a. M. Sie fand am Sonntagvormittag statt. Im Reichenzug mögen etwa 10—12 000 Genossen von Frankfurt und Umgebung marschieren sein und ebenso viele Personen bildeten Spalier in den Straßen. Aus allen umliegenden Wahlkreisen: Höchst, Wiesbaden, Hanau, Aschaffenburg, Oberhessen usw. waren Delegationen erschienen. Der Parteivorstand war vertreten durch Genossen Müller, die Fraktion durch die Genossen Hoch, Ulrich, Lehmann und Frank, die hessische Landesorganisation durch Genossen Orb. Dem Zuge voran schritten etwa 100 Kranzträger der verschiedenen Organisationen. Namens des sozialdemokratischen Vereins widmete Genosse Brähne dem verstorbenen Freunde einen herzlichen Nachruf. Für die Reichstagsfraktion sprach Genosse Frank, für den Parteivorstand Genosse Müller, für Groß-Berlin Genosse Ernst Worte des Dankes für den treuen Mitkämpfer aus. Genosse Duard widmete namens der Redaktion dem Mitarbeiter und Berater einen tiefempfundenen Nachruf. Hieraus legten die Vertreter der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen am Grabe Kränze nieder. Mit einem Liede des Arbeitergesangsvereins und einem Musikstücke fand die Feier einen würdigen Schluß.

Parteipresse. Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Wiesbaden hat einstimmig beschlossen, vom 1. Oktober ab ein Monatsblatt herauszugeben, das im ganzen Wahlkreise, zunächst unentgeltlich, Verbreitung finden soll. Das Blatt wird den Titel „Wiesbadener Volksbote“ führen. (Redaktion: Wiesbaden, Rühlstraße 15.)



## Internationale Zusammenkunft der sozialdemokratischen Journalisten.

Auf Anregung der italienischen Genossen aus Oesterreich wurde in Stuttgart am Montag, 19. August, eine Zusammenkunft der sozialistischen Journalisten aller Kulturstaaten abgehalten. Die Versammlung war von Journalisten der ganzen Welt zahlreich besucht. Den Vorsitz führten die Genossen Kusterly (Wien) und Allermann (Frankreich). Man erörterte die Frage, auf welche Weise eine innigere Beziehung zwischen den sozialistischen Blättern hergestellt und wie der internationale Nachrichtendienst verbessert werden könnte.

In der Debatte wies Genosse Veus (Deutschland) auf die Notwendigkeit eines internationalen Nachrichtenbureaus hin, und mit Rücksicht auf die sprachlichen Schwierigkeiten, die hierbei hervortreten würden, warf er die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, für die Berichterstattung die Esperanto-Sprache zu benutzen.

Ueber die Sache selbst entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, an der eine Reihe von Rednern teilnahmen.

Genosse Vivante (österreichischer Italiener) schlug vor, man möchte in London, dem Zentrum des europäischen Lebens, eine Zentrale der sozialistischen Presse schaffen und diese sollte die Berichterstattung einrichten.

Genosse Kemez (Bulgarien) gab die Notwendigkeit einer solchen Institution zu, machte aber auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die sich der Durchführung des Planes entgegenstellten. Der Redner schlug vor, es sollte wenigstens in jeder Nation ein Zeitungsbureau geschaffen werden und diese Bureaus sollten ihre Nachrichten austauschen.

Genosse Thiele (Deutschland) verlangt, es möchte den einzelnen Blättern aufgetragen werden, daß sie bis zum Ende des September dieses Jahres dem Internationalen Sekretariat Gutachten darüber einbringen sollten, wie sie sich ein solches internationales Nachrichtenbureau vorstellten. Das Internationale Sekretariat hätte bis zum Ende dieses Jahres allen Blättern die eingelaufenen Vorschläge mitzuteilen und zur Erörterung vorzulegen. Schließlich würde das Internationale Sekretariat zu Beginn des kommenden Jahres eine engere Kommission der Journalisten einberufen, welche die eingelaufenen Anträge zu bearbeiten und auf ihrer Grundlage die Organisation des internationalen Nachrichtenbureaus anzubahnen hätte.

Genosse Wiegen (Holland) gab zur Erörterung, daß für die internationale Berichterstattung am besten vorgesorgt wäre, wenn der „Vorwärts“ sein Nachrichtenwesen vervollständigen wollte; er könnte dann zur Quelle aller Nachrichten über die sozialistische Bewegung im Ausland werden.

Genosse Braun (Ruhland) und Genosse Dr. Liebknecht (Berlin) machen darauf aufmerksam, daß in Berlin eine eigene Korrespondenz zur Vermittlung der Nachrichten aus Ruhland eingerichtet wurde.

Genosse Eisner (Rürnberg) in Uebereinstimmung mit dem Genossen Longuet (Paris) wollen die Sache so eingerichtet wissen, daß jedes größere Blatt in jedem Lande einen Berichterstatler zu unterhalten hätte. Diese könnten nun ein Syndikat bilden, das sich über die ganze Welt ausbreiten würde.

Genosse Pohl (Paris) verlangt, daß man diesen Berichterstatler entgegenkommene und ihnen die Nachrichten ohne irgend welche Beschränkungen zugehen lassen möge.

Da die Versammlung nicht als Körperschaft auftrat, die bestimmte Propositionen aufstellen könnte, sondern bloß zu informativen Zwecken zusammengetreten war, wurde kein förmlicher Beschluß gefaßt. Der Vorsitzende wies auf die Bedeutung hin, die eine erste Zusammenkunft dieser Art für die Entwicklung des internationalen Nachrichtendienstes haben könnte, und hob hervor, daß auf Grund der hier ausgesprochenen Anregungen schon heute alles ins Werk gesetzt werden sollte, was zur Verbesserung des Nachrichtendienstes nach dem augenblicklichen Stande der Dinge ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt werden könnte. Eine künftige Journalistenzusammenkunft werde mit einem reicheren Schatz von Erfahrungen Dauerndes und Befestertes schaffen können.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strassfests der Presse. Genosse Quessel vom „Volksboten“ zu Stettin wurde wegen Verleumdung des Stettiner Rabattparvereins in der Verurteilung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. In der ersten Instanz war er freigesprochen worden.

## Soziales.

### Unfälle im Bergbau.

Das Jahr 1906 hat den Bergknappen wiederum eine Zunahme der Unfälle gebracht. Mit unheimlicher Sicherheit nimmt die Zahl der Unfälle absolut und relativ zu. Eine eindringlichere Demonstration für besseren Bergarbeiterschutz, wie die folgende Tabelle, kann es gar nicht geben. Es betrug die Zahl der

	angemeldeten Unfälle		entschädigungspflichtigen Unfälle	
	überhaupt	auf 1000 <sup>a</sup> vers. Personen	überhaupt	auf 1000 <sup>a</sup> vers. Personen
1886	22 497	65,45	2265	6,59
1887	24 630	71,15	2623	7,58
1888	26 530	74,19	2773	7,75
1889	27 038	72,02	3176	8,49
1890	28 879	72,49	3408	8,54
1891	33 528	79,61	4005	9,51
1892	34 463	81,20	4182	9,85
1893	37 837	89,85	4464	10,90
1894	38 241	89,85	4779	11,20
1895	40 616	94,28	4906	11,39
1896	44 105	98,81	5406	12,11
1897	46 034	98,16	5671	12,09
1898	48 204	97,86	6323	12,77
1899	52 357	100,48	6307	12,10
1900	58 471	103,48	6894	12,19
1901	68 898	118,44	7933	13,06
1902	67 736	112,76	8143	13,55
1903	74 493	120,09	9049	14,00
1904	80 204	124,83	9950	15,49
1905	81 871	126,45	10068	15,55
1906	87 892	127,52	10827	15,71

Ohne Unterbrechung geht es hinauf mit der Unfallsziffer! Nur die Unfälle mit tödlichem Ausgange haben eine kleine Minderung erfahren, sie gingen von 1,91 auf 1,76 pro 1000 Versicherte zurück. Die Verhältnisse bei den angemeldeten Unfällen seit 1886 um 95 Proz., die der entschädigungspflichtigen Unfälle sogar um 138 Proz. gestiegen.

### Eine Wüste preussischer Ausweisungspraxis.

Nach dem Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb des Reichs 1. an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist; 2. an jedem Orte Grundeigentum aller Art zu erwerben; 3. umherziehend oder an dem Orte des Aufenthalts beziehungsweise der Niederlassung, Gewerbe aller Art zu betreiben, unter den für Einheimische geltenden gesetzlichen Bestimmungen. In der Ausübung dieser Befugnisse darf der Deutsche, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz Ausnahmen zuläßt, weder durch die Obrigkeit seiner Heimat, noch durch die Obrigkeit des Ortes, in welchem er sich aufhalten oder niederlassen will, gehindert oder durch lästige Bedingungen beschränkt werden. Insoweit bestrafte

Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörde unterworfen werden können, es dabei kein Bewenden. Solche Personen, welche derartigen Aufenthaltsbeschränkungen in einem Bundesstaate unterliegen, oder welche in einem Bundesstaate innerhalb der letzten 12 Monate wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden sind, kann der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaate von der Landespolizeibehörde verweigert werden. Die besonderen Gesetze und Privilegien einzelner Ortsgemeinden und Bezirke, welche Aufenthaltsbeschränkungen gestatten, werden hiermit aufgehoben. Die Gemeinde ist zur Abweisung eines neu Anziehenden nur dann befugt, wenn sie nachweisen kann, daß derselbe nicht hinreichende Kräfte besitzt, um sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notdürftigsten Lebensunterhalt zu verschaffen, und wenn er solchen weder aus eigenem Vermögen bestreiten kann, noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhält. Den Landesgesetzen bleibt es vorbehalten, diese Befugnis der Gemeinden zu beschränken. Die Verjüngung vor künftiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung. Offenbart sich nach dem Anzuge die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung, bevor der neu Anziehende an dem Aufenthaltsorte einen Unterhaltungswohnort (Heimatort) erworben hat, und weist die Gemeinde nach, daß die Unterstützung aus anderen Gründen, als wegen einer nur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit notwendig geworden ist, so kann die Fortsetzung des Aufenthalts verweigert werden. Die polizeiliche Ausweisung Deutscher aus dem Orte ihres dauernden oder vorübergehenden Aufenthalts in anderen, als in den durch dieses Gesetz vorgesehenen Fällen, ist unzulässig.

Vor einiger Zeit erschien nun im Arbeitersekretariat zu Halle a. S. eine seit sieben Jahren in Halle a. S. wohnhafte Aufwärtin und legte folgende Reiseroute vor:

### Reise-Route.

(Die Stelle des Transports vertretend.)

Nr. 53 des Journals.

I. Bestimmungsort: Birkenfeld bei Hildburghausen.

II. Dauer der Gültigkeit: 2 Tage.

III. Signalement:

1. Namen: F. . . . . J. . . . .

2. Stand: Aufwärtin.

3. Geburtsort: Birkenfeld bei Hildburghausen.

4. Wohnort: bei Hildburghausen.

5. Religion: ev.

6. Jahr und Tag: 37 Jahre.

7. Größe: 1 Meter 54 Zent.

8. Haare: blond.

9. Stirn: frei.

10. Augenbrauen: blond.

11. Augen: blau.

12. Nase: gewöhnlich.

13. Mund: defekt.

14. Zähne: defekt.

15. Bart: —

16. Rinn: oval.

17. Gesichtsfarbe: gesund.

18. Ratur: klein.

20. Besondere Kennzeichen.

IV. Unterschrift der Inhaberin:

F. . . . . J. . . . .

Was hatte nun die Inhaberin der Reiseroute verbrochen? Absolut gar nichts, nur schuldete sie der Heimatgemeinde 15 M. vorausgelagte Unterhaltungskosten für ihr uneheliches Kind. Wegen vorübergehender Arbeitslosigkeit war die Aufwärtin im Frühjahr dieses Jahres nicht in der Lage, diese 15 M. gleich zahlen zu können und deshalb der Zwangspolizei. Obgleich die arme Aufwärtin sieben volle Jahre in Halle a. S. anständig war, obgleich sie bisher den verlangten Unterhaltungsbeitrag stets gezahlt (vom Vater des Kindes erhielt sie nichts) und auch die 15 M. in Kürze zu zahlen versprach, erfolgte die Ausweisung, da der Landrat von Hildburghausen in dortiger Jahresanfang der Aufwärtin eine Stelle als Wärterin im Aufstich gestellt hatte, wofür sie dann die vorausgelagten 15 M. abverdienen sollte. Da es nun nicht jedermanns Sache ist, in einer Jahresanfang in Arbeit zu treten, die Aufwärtin inzwischen auch in Halle a. S. wieder Arbeit gefunden und ein bekannter Genosse ihr die 15 M. vorschickte, so konnte durch sofortige Zahlung die Ausweisung rückgängig gemacht werden.

Im Anschluß hieran soll ausdrücklich bemerkt werden, daß sich in dem Gesetz über die Freizügigkeit keine Bestimmung findet, wonach die arme Aufwärtin hätte ausgewiesen werden können. Nach dem Gesetz vom 31. Dezember 1842 hat die Landespolizei in Preußen zwar das Recht, Sträflinge, welche zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Täter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, auszuweisen; daß man aber eine Person, die ganz 15 Mark für Unterhaltungsgelder des Kindes vorübergehend schuldig geblieben ist, auch ausweisen kann, davon steht hier nichts geschrieben. In einem Ministerial-Erlass vom 14. Dezember 1880 heißt es ausdrücklich, daß Personen, welche eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen imstande sind, in der Regel der Ausweisung nicht verurteilt werden darf. Ausnahmen von der Regel beruhen teils auf Gründen, die sich auf das Kommunalinteresse der betreffenden Gemeinde als solcher beziehen, teils auf allgemeinen polizeilichen Rücksichten. „Verarmt“ im gesetzlichen Sinne war die Aufwärtin aber nicht, ebensowenig war sie eine „bestrafte“ Person. Auch das Gesetz über das Vorkommen sowie das Gesetz über den Unterhaltungswohnort enthält keine Bestimmung, wonach die Aufwärtin hätte ausgewiesen werden können. Ebenso wenig vermögen wir aber in irgend einem anderen Gesetze eine Handhabe für die Ausweisung zu finden.

Das einzige Gesetz, welches eventuell herangezogen werden könnte, würde das Strafgesetzbuch sein. Dort heißt es im § 361, Ziffer 10: „Mit Haft wird bestraft, wer, obgleich er in der Lage ist diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungsspflicht trotz der Anforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittlung der Behörde fremde Güter in Anspruch genommen werden muß.“ Statt der Haft kann auch auf Geldstrafe bis zu 150 M. erkannt werden. Von einer Ausweisung steht aber auch hier nichts geschrieben und somit würde die hiesige Polizeiverwaltung die Aufwärtin, wenn sie die 15 M. nicht so schnell bezahlt und sich geweigert hätte, Halle a. S. zu verlassen, dieselbe schwerlich zwangsweise haben fortbringen können. Da die Aufwärtin nur vorübergehend nicht in der Lage zum Zahlen war, hätte selbstverständlich nach dem Strafgesetzbuch auch nicht einmal Verurteilung eintreten können.

Der Schwindel bei der Wohnungszählung in Rürnberg. Wie wir bereits meldeten, sind die in dem Hause des freiwirtschaftlichen Rathhausorgans, dem „fränkischen Kurier“, belegenen Lager-räume als leerstehende Kleinwohnungen in die Statistik aufgenommen worden. Das Blatt erklärte sich als an der Fälschung unschuldig. Es sind aber bereits weitere Fälschungen in der Wohnungszählung nachgewiesen. In einem Hause hat man eine „leere Kleinwohnung“ aufgenommen und der Hausbesitzer erklärt, bei ihm sei überhaupt keine Wohnung frei gewesen. Man hat nicht nur vermietete Wohnungen als leer, also für Obdach-lose vermietbare Wohnungen „gezählt“, sondern Lokale, die von der Polizei selbst als für menschliche Wohnungen nicht geeignete Räume bezeichnet und deren Vermietung verboten wurde, als leerstehende Kleinwohnungen aufgeführt, um unserm Parteiblatt in Rürnberg zu beweisen, daß es keine Wohnungsnot gibt.

### Ausbeutung jugendlicher Arbeiter.

Wegen je eines Vergehens nach § 135 der Reichs-Gewerbeordnung hatten sich der in Rürnberg wohnende Direktor der Vereinigten Münchener Kienziegel, Johann Reichmann, und der Ziegeleifabrikant Ferrigo Domenico als Angeklagte (Italiener) vor dem Landgericht zu Nürnberg als Verurteilte vor dem Landgericht zu Nürnberg gestellt. Der Landgericht stellte gelegentlich einer Kontrolle des Betriebes fest, daß in der Ziegelei schon seit langer Zeit 4 jugendliche Arbeiter zwischen 13 und 14 Jahren 12 Stunden und länger ausgebeutet wurden. Das Schöffengericht verurteilte den Direktor Reichmann und seinen Affordanten zu je 300 Mark Geldstrafe oder je 30 Tage Gefängnis mit der Begründung, daß angesichts des schon seit Jahren währenden Kampfes der Behörden mit den Affordanten und Ziegeleibesitzern um Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften nur durch hohe Strafen eine nachhaltige Wirkung erwartet werden kann. Da die Verurteilten Vernehmung einlegten, kam die Sache vor der Strafkammer zur Verhandlung. Hier verzapfte der als Sachverständiger vernommene Ziegeleibesitzer Kommerzienrat Weinschütz folgende Beisetz: Die Italiener, die von Jugend auf in Ziegeleien arbeiten, sind derart eingearbeitet, daß ein Erlaß der Italiener durch deutsche Arbeiter nicht angezeigt erscheint. Dem deutschen Arbeiter mühten höhere Löhne bezahlt werden, während die Italiener bei gleicher Arbeit und mit billigen Löhnen begnügen. Die derzeitige Lage der Ziegeleien würde eine Lohnerhöhung nicht vertragen. Das Landgericht ließ sich überzeugen und setzte die Strafe, jedenfalls in der Annahme, daß der Profit der Ziegeleifabrikanten auch hohe Geldstrafen nicht vertragen, auf je 70 M. Geldstrafe herab. Die Verurteilten nahen nicht ein vorläufiges, sondern ein „fabrikfähiges“ Vergehen an; da die beiden Angeklagten dem Unteraffordanten alles überlassen haben, erscheine das Vergehen in einem milderen Maße und könne von einer „erheblichen“ Ausbeutung nicht die Rede sein. So sieht bei uns „Arbeiterchau“ aus.

Welches ist das gesündeste Land? In allen Kulturländern hat in den letzten Jahrzehnten infolge der Fortschritte des Heilwesens und der Volkshygiene eine Abnahme der Sterberate stattgefunden. Sie hat bewirkt, daß bei gleichzeitiger Verminderung der Geburtenziffern der Bevölkerungszuwachs im allgemeinen doch ziemlich stationär geblieben ist. Trotz dieser gleichen Tendenz sind die Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern doch noch sehr verschieden, wie aus folgender Uebersicht hervorgeht:

	Von je 1000 Einwohnern starben		Abnahme in Proz.
	Durchschnitt 1881/85	Durchschnitt 1901/05	
Deutschland . . . . .	25,8	19,9	22,9
England und Wales . . . . .	19,4	16,0	17,5
Frankreich . . . . .	22,2	19,6	11,7
Oesterreich . . . . .	30,2	24,0	20,5
Ungarn . . . . .	32,9	26,2	20,4
Italien . . . . .	27,8	21,8	20,1
Dänemark . . . . .	18,4	14,8	19,6
Belgien . . . . .	20,9	17,1	18,2
Niederlande . . . . .	21,4	16,1	24,8
Neu-Süd-Wales . . . . .	15,7	11,2	28,7
Victoria . . . . .	14,7	12,7	13,6
Süd-Australien . . . . .	14,7	10,8	26,5
Neu-Seeland . . . . .	10,9	9,9	9,2

Die günstigsten Sterblichkeitsverhältnisse weist demnach in Europa Dänemark auf (14,8 pro Tausend), die ungünstigsten Ungarn (26,2), während Deutschland mit 19,9 eine Mittelstellung einnimmt. Weit gesünder als in irgend einem der europäischen Staaten scheint jedoch das Leben in den australischen Kolonien zu sein. Und zwar ist es Neu-Seeland, das mit einer Sterberate von nur 9,9 auf je 1000 Einwohner den Vogel abschießt. Ein in diesem Lande Geborener hat die Aussicht, doppelt so alt wie ein Bewohner Deutschlands und fast dreimal so alt wie ein solcher des schönen Ungarnlandes zu werden. Neu-Seeland darf also als das gesündeste Land der Welt betrachtet werden, wovon alle, die ihr Leben sehr lieb haben, Kenntnis nehmen sollten.

## Aus Industrie und Handel.

### Hohe Holzpreise.

Seit längerer Zeit bewegen sich die Preise bei Waldbäusen in scharfer Weise nach oben. Als Ursache wird das enorme Bedürfnis der Industrie angeführt. Die Ausfuhr der sonst stark ausführenden Länder ist unter der Wirkung des gewachsenen Verbrauchs der betreffenden Inlandsindustrie stark zurückgegangen.

So ist der Import von amerikanischen Holz infolge des großen inneren Konsums, jener von russischem Holz zum Teil im Zusammenhang mit den dortigen politischen Wirren zurückgegangen. Man kann im allgemeinen die Preissteigerung für Waldungen und für Rundholz seit dem Jahre 1900 mit nahezu 100 Proz. annehmen. Besonders hohe Preise wurden für Waldungen in Rumänien und Siebenbürgen gezahlt. So sind für ein Objekt im Osten Siebenbürgens, das im Jahre 1895 noch mit etwa 300 000 Kr. hätte losgeschlagen werden sollen, im Jahre 1905 2 800 000 Kr. geboten worden. Dieses Licitationsergebnis ist aber nicht bestätigt worden, und bei einer kürzlich abgehaltenen neuen Licitations wurde das Objekt, das ein Ausmaß von zirka 3000 Hektar hatte, um nicht weniger als 5 350 000 Kronen verkauft. Ein zweiter Waldblock, der ebenfalls im Osten Siebenbürgens gelegen ist und eine Größe von 2500 Hektar hat, war im Jahre 1895 für einige hunderttausend Kronen erhältlich, wurde aber vor kurzem für 3 200 000 Kronen ausbezogen und zu diesem Preise verkauft. Die Schnittmaterialienpreise sollen, wie erklärt wird, mit dieser Steigerung des Rohmaterials nicht gleichen Schritt halten, wenigstens auch hier die Erhöhung eine bedeutende ist. Diejenigen Holzindustriefirmen, die ihren Bedarf an Rohmaterial auf eine längere Reihe von Jahren noch mit billigem Rundholz gedeckt haben, sehen daher eine günstigen Entwicklung entgegen.

### Ein Tapetenstruß.

Die kürzlich gegründete, mit einem Kapital von 20 700 M. ausgestattete „Tapetenindustrie“ Vorbereitungsgesellschaft m. b. H. hat ihre Arbeiten zur Bildung eines deutschen Tapetenstrußes schon stark betrieben und bereits mehrere kleine Betriebe angekauft. Die berichtet wird, sollen die größeren Unternehmungen, welche sich der Vereinigung anschließen, unter die Leitung eines Zentralvorstandes gestellt werden, der Produktion und Verkauf regelt. Trotzdem aber den Verlauf der Verhandlungen und insbesondere über die finanzielle Ausgestaltung des Unternehmens Stillschweigen beobachtet wird, scheint es doch nach einigen neuerdings bekannt gewordenen Tatsachen nicht so, als ob dem geplanten Truß in den interessierten Kreisen durchweg Sympathien entgegengebracht würden. Man spricht insbesondere davon, daß die Firma G. L. Weine in Hildesheim die Bewegung bekämpfe in Uebereinstimmung mit zwei anderen Großbetrieben. Diese drei „Außenleiter“ dürften auch nach Lage der Verhältnisse schwierig für den Truß zu gewinnen sein; rechnet man doch in ihren Kreisen bereits damit, eine eigene Papierfabrik zu errichten, falls der Truß, dessen finanzieller Ausbau noch nicht vollendet ist, es im Kampf mit diesen Betrieben zuwege bringen sollte, die Papierlieferungen an diese zu unterbinden.

### Stich die „üblichen“ Auffschläge!

Wie von der Preisvereinigung Mitteldeutscher Braunkohlenwerke mitgeteilt wird, ist die dieser Tage durch die Presse gegangene Nachricht, daß innerhalb der Braunkohlenindustrie Preissteigerungen infolge der Kohlenknappheit eintreten, unbegründet. Es treten lediglich die üblichen, in ihrer Höhe unveränderten Winteraufschläge für Bricketts und Rappreife ein. — Das heißt: Dem guten „Michel“ wird, obgleich keine Kohlenknappheit vorhanden ist, auch in diesem Winter das Fell über die Ohren gezogen, wie er's seit Jahren schon gewohnt ist. Diese tröst-



liche Versicherung der Braunkohlenbesitzer wird ihre beruhigende Wirkung nicht verfehlen. Wüchel wird im Winter nur zähneklappernd die kapitalistische Weltordnung loben; aber loben wird er sie!

**Roheisenerzeugung.** Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Juli 1907 insgesamt 1 118 000 Tonnen gegen 1 054 147 Tonnen im Juli 1906 und 1 044 330 Tonnen im Juni dieses Jahres. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für Juli 1906 angegeben worden ist:

Gießereirohisen . . . . .	178 649 (175 006) Tonnen
Bessemerrohisen . . . . .	41 881 (38 204) "
Thomasrohisen . . . . .	730 884 (683 460) "
Stahl- und Spiegeleisen . . . . .	92 216 (78 707) "
und Puddelrohisen . . . . .	66 339 (77 881) "

Der Inlandsverbrauch an Roheisen berechnet sich im Juli auf 1 120 000 Tonnen. Das ist der höchste Verbrauch, der bisher nachgewiesen worden ist.

Der auswärtige Handel der Vereinigten Staaten im Jahre 1906/07 hat sowohl, was die Einfuhr als auch was die Ausfuhr anbelangt, Rekordziffern erreicht. Besonders stark gewachsen sind in dem am 30. Juni 1907 schließenden Jahre die Einfuhren. Sie überstiegen die des vorhergehenden um 208 Millionen Dollar, während die Steigerung der Ausfuhr gegenüber dem Jahre 1905/06 nur 187 Millionen Dollar betrug. Die aktive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten ist demnach gegen das Vorjahr um 71 Millionen Dollar gefallen, beträgt aber immer noch 446 Millionen. Der tatsächliche Umfang des auswärtigen Handels der nordamerikanischen Union ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

	1905/06	1906/07	Steigerung gegen das Vorjahr
	Dollar	Dollar	Dollar
Ausfuhr . . . . .	1 743 864 500	1 890 851 000	136 986 500
Einfuhr . . . . .	1 238 562 400	1 434 401 000	207 838 600
Gesamter auswärtiger Handel . . . . .	2 970 426 900	3 315 252 000	344 825 100
Ueberschuß der Ausfuhr üb. d. Einfuhr	517 302 100	446 450 000	70 852 100

Von Interesse dürfte auch eine Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen und der nichtlandwirtschaftlichen Ausfuhr der Vereinigten Staaten sein. Sie betrug:

	1904/05	1905/06	1906/07
	Dollar	Dollar	Dollar
Landwirtschaftliche	751 459 800	890 678 700	951 634 700
Nichtlandwirtschaftliche	767 101 900	853 285 800	920 216 400

### Herabsetzung der Dampfschiffsfahrpreise.

Die wechende Konjunktur macht sich auch in der Großschiffahrt bemerkbar und zwingt die Gesellschaften zu Preisherabsetzungen. Die New Yorker Vertretung der Compagnie Générale Transatlantique kündigt eine Herabsetzung der Minimalpreise der Kajütepreise erster Klasse in der Fahrt nach Europa an, durch welche die Preisherabsetzungen, die der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-America-Linie beschließen haben, begegnet werden soll. Ein leitender Beamter der White Star Line hat erklärt, seine Gesellschaft werde in wenigen Tagen gleichfalls mit entsprechenden Maßnahmen vorgehen. — Auf verschiedenen französischen Schiffen sind die Kajütepreise bereits um 20 bis 25 Dollar herabgesetzt worden.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Verbrechters,

welches Hoteldiebstahl à la Manolesco in Berlin verübt hatte, wurde gestern aus der Untersuchungshaft der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Wegen wiederholten Verbandsdiebstahls und Betruges mußte sich der angebliche Kaufsekretär Franz Chmuczynski, der Diener Oskar Treibl und der Diener Joseph Witafel verantworten. — Die Angeklagten sind österreichische Staatsangehörige und haben hier verschiedenes das Licht scheuende Dinge hinter sich, durch welche ihnen der Boden unter den Füßen zu heiß wurde. Der erst 19jährige aus Wien gebürtige Treibl ist trotz seiner Jugendlichkeit schon wiederholt wegen Betruges und Diebstahls bestraft, zuletzt ist er wegen widernatürlicher Unzucht, Diebstahls und Erpressung in Wien zu einem Jahre schweren Kerlers verurteilt worden. In der Friedrichstraße in Berlin trafen die drei Burschen wieder zusammen und erachteten sich durch Spaziergänge im Tiergarten, bei denen sie Herrenbekleidungen machten. An dem Abendpompplatz für die professionellen „Strichjungen“, an der Ecke der Friedrich- und Behrenstraße, waren die drei Angeklagten tägliche Stammgäste. Als dieses „Geschäft“ nicht mehr ging, legten sie sich auf den Hoteldiebstahl. In dem Hotel „Mosauer Hof“ logierten sich die Angeklagten unter solchen Namen ein. Witafel gab sich als Damenkommode Liebhaber aus. Eines Nachts schlüpfte er sich in ein Hotelzimmer und bohrte hier einen Schrank an, aus dem sie mehrere wertvolle Kleidungsstücke entwendeten. Ihre Öffnung, in dem Schrank auch die Tageslohnung, die der Geschäftsführer sonst darin aufbewahrt, zu finden, wurde jedoch zu Wasser, da gerade an jenem Tage eine Abrechnung stattgefunden hatte. Die Chmuczynski mit einem gewissen zynischen Gleichmut vor Gericht zugab, habe er nur an jenem Abend die Absicht gehabt, dem Portier Manova „eins auf den Kopf“ zu geben, um ihn dann mit seinen Komplizen anzuräumen, da sie bei ihm zwei gefüllte Geldbeutel gesehen hatten. Geküßelterweise war der Portier, als die Angeklagten ihre Tat ausführen wollten, nicht in seiner Portierloge anwesend, so daß den Dieben die zwei Geldbeutel ohne Anwendung von Gewalt in die Hände fielen. Eine neue Enttäuschung erlebten die Angeklagten, als sie die Geldbeutel öffneten, denn statt des erhofften Geldes enthielten diese nur Biermarken. Da in diesem Hotel nichts mehr „zu holen“ war, siedelten die drei Burschen unter Hinterlassung einer größeren Beschildung nach dem Hotel „Stadt New York“ über. Hier trat Chmuczynski als Oberkellner von Karstedt auf. Seine Begleiter bezeichnete er als seinen Knecht bzw. Diener. Durch sein überaus sicheres Auftreten gelang es dem Herrn „Knecht“ unter allen möglichen falschen Angaben an verschiedenen Stellen, selbst bei dem Hotelportier, einen „Pump“ anzulegen. Infolge der ständigen Gelbnot des angeblichen Offiziers schöpfte man schließlich Verdacht und ließ die drei Schwinder festnehmen. Bei seiner Verhaftung und späteren Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis legte sich Chmuczynski den Namen „Otto Baule“ bei und erst mit Hilfe des dachloskopischen Verfahrens und des Vertikonalen Wechselsystems konnte die Persönlichkeit des Ch. festgestellt werden. Vor Gericht waren die Angeklagten geständig, jedoch nicht aber die Hauptschuld gegenständig zu. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf das überaus gemeingefährliche Treiben der Angeklagten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu 1 1/2 Jahren. Das Gericht hielt es für angebracht, auf geringere Strafen zu erkennen, damit die Angeklagten nur möglichst kurze Zeit den Gefängniszellen zur Last fallen und Kosten verursachen. Zweckmäßiger sei es, sie möglichst bald als lästige Ausländer über die Grenze abzuschieben. Das Urteil lautete deshalb gegen Chmuczynski auf fünf Monate Gefängnis und drei Tage Haft, gegen Treibl auf vier Wochen und gegen Witafel auf vier Monate Gefängnis.

### Ein Streit um die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts.

Vermittelt des Lüchischen Kronenwagens und im jahrbaren Krankenstuhl sitzend ließ sich der gelähmte Handlungsgehilfe Friedrich Angers gestern nach dem Kaufmannsgericht transportieren, um sich vor der dritten Kammer persönlich das Recht zu erkämpfen, seine Klage in Höhe von 45 000 M. gegen die Firma J. Veitlauf vom Kaufmannsgericht entscheiden zu sehen. Vergeblich suchte ihm der

Vorsitzende im Vergleichstermin aufeinanderzusehen versucht, das Kaufmannsgericht sei für so hohe Objekte nicht zuständig. Er bestand vielmehr auf einer Entscheidung der vollbesetzten Kammer, und so führte er gestern in langer Rede den Vorsitzern die Gründe vor Augen, die ihn zu der Ueberzeugung brachten, daß das Kaufmannsgericht doch zuständig sei. Er leitete in den Jahren 1903 bis 1906 für die Beklagte eine Filiale und sollte mit 40 Proz. an dem Nutzen des Filialgeschäftes beteiligt sein. Der Kläger hat während seiner dreijährigen Tätigkeit kein Einkommen aus dem Erträgnissen des Filialgeschäftes gehabt und fordert für den ihm entgangenen Nutzen eine Entschädigung von 45 000 Mark, da er soviel während der Zeit anderweitig hätte verdienen können. Er meint, nur bei solchen Einkünften über 5000 M. ist das Kaufmannsgericht nicht zuständig, die sich aus Gehalt und Lantime zusammensetzen. Er habe aber weder Gehalt noch Lantime bezogen, habe im Gegenteil drei Jahre ohne alle Entschädigung gearbeitet.

Auch die Kammerentscheidung ging dahin, daß der Kläger wegen Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts abzuweisen sei. Wenn der Kläger auf jede Entlohnung für seine Arbeitsleistung verzichtet, so ist er kein Handlungsgehilfe, denn einen Handlungsgehilfen ohne Entschädigung gibt es nicht. Damit, daß er 15 000 M. pro Jahr Schadenersatz verlangt, ist sein Einkommen über 5000 M. normiert. Wie sich diese 5000 M. zusammensetzen, ob aus Gehalt, Provision, Lantime usw., das ist ganz gleichgültig. Das Kaufmannsgericht ist somit nicht zuständig, er müsse vielmehr seine Ansprüche beim Landgericht geltend machen.

### Eine Engländerin.

Wegen fahrlässiger Tötung ist am 29. Mai vom Landgericht I in München die Krankenpflegerin Sabette Sailer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie hat mehr Säuglinge in ihre Anstalt aufgenommen, nämlich zwölf, als Saugapparate vorhanden waren, so daß mehrere Säuglinge denselben Schmutz usw. benutzen mußten. Ungenügende Sauberkeit war auch vorhanden. Acht Säuglinge starben. Der Tod von diesen wird ihr zur Last gelegt. Sie hat den Arzt zu spät gerufen und es an Pflege und Reinlichkeit fehlen lassen. — Die Revision der Angeklagten, welche den subjektiven Tatbestand nicht als festgestellt bezeichnete und Widersprüche im Urteile behauptete, wurde vom Reichsgericht verworfen.

## Versammlungen.

### Eine Protestversammlung.

der Handlungsgehilfen fand am Montagabend in den Rittersälen statt. Der Herr Kommerzienrat Duxke vor dem Kaufmannsgericht hieß das Thema, welches Georg Lido in einem Vortrage vor den zahlreich erschienenen kaufmännischen Angestellten behandelte. Den Vortragslesern ist der Prolog, über den unter dem Titel „Die Sklaventriebe der Konkurrenzklause“ vor einigen Tagen berichtet wurde, bekannt. Die Verächtigung des Herrn Duxke, die gestern im „Vorwärts“ erschien, war auch der Protestversammlung zugegangen und wurde von dem Redner verlesen. Lido machte darauf aufmerksam, daß durch die „Verächtigung“ an den vorliegenden Tatsachen nichts geändert werde. Wenn der Angestellte Lido jetzt 145 M. Gehalt bezog, wie Duxke behauptet, so hat er doch mit 115 M. die Konkurrenzklause schon unterschreiben müssen. Der Verlauf des Prozesses, der zu der Verurteilung des armen Angestellten zur Zahlung der Strafe von 500 M. führte, wurde von dem Vortragenden kritisch beleuchtet. Durch den Befehl, den die Ausführungen des Redners fanden, zeigte sich der allgemeine Unwille über das Verhalten des Herrn Duxke, der in rücksichtsloser Weise auf seinem Schein bestand, trotzdem das Kaufmannsgericht alles verurteilte, ihn zu bewegen, von seiner hohen Forderung etwas nachzulassen. In der Diskussion trat ein ehemaliger Angestellter von Duxke auf, und schilderte, wie wenig er auf Entgegenkommen oder Rücksicht von Seiten der Firma rechnen konnte, als er glaubte, Anspruch darauf zu haben. Ein anderer Redner erklärte, daß die Verhältnisse in der Schraubenfabrik von Duxke noch viel zu wünschen übrig lassen.

Die folgende Resolution wurde der Versammlung unterbreitet: „Die am 26. August 1907 in den Rittersälen tagende öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung gibt ihrer Entrüstung über das Verhalten des Kommerzienrats Duxke Ausdruck, der als Großunternehmer und freisinniger Stadterordneter sich nicht scheute, einen Ober-Expediten mit 115 M. pro Monat anzustellen, sich von ihm eine Konkurrenzklause für 500 Mark konventionell zu unterschreiben zu lassen und aus rücksichtslosste den mittellosen Angestellten zur Zahlung zu zwingen. — Die Versammlung weist die Forderung nachdrücklich auf diesen Fall hin als einen neuen Beweis für die Notwendigkeit der vollständigen Festschließung der Konkurrenzklause. — Die Versammelten sind der Ansicht, daß die entscheidenden Verfügungen des Kaufmannsgerichts bei genügender sozialer Einsicht selbst unter den bestehenden Bestimmungen zu einem dem wirtschaftlich schwachen Angestellten günstigeren Urteil hätten kommen müssen. Die Versammelten werden bei den kommenden Kaufmannswahlen nur für solche Kandidaten eintreten, deren Organisationszugehörigkeit eine Stellungnahme der Weisheit, wie in den Fällen Duxke, Wertheim usw. ausschließt. — Als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung des schmachvollen Unrechts der Konkurrenzklause und anderer Uebergriffe der Prinzipale ist eine starke Organisation der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen zu empfehlen, die unentwegt die Interessen der Angestellten wahrnimmt, wie dies allein in Zentralverbänden der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands der Fall ist. Die Anwesenden verpflichten sich, für diesen Verband nach Kräften zu agitieren.“

Mit allen gegen zwei Stimmen wurde die Resolution angenommen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am 20. August im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der zweite Vorsitzende Gerber mit, daß durch eine Aussprache sämtlicher Funktionäre der Zahlstelle festgelegt wurde, daß die in der vorigen Versammlung vollzogene Wahl der Vertreter zur Gewerkschaftskommission, angenommen die des Kollegen H. Anke, als gültig anzusehen ist. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Einführung des Staffelbeitrags und Bekämpfung des Lokalbeitrags, gab Dytomski einen Ueberblick über die Entwicklung des Beitragswesens innerhalb der Organisation. Bis zum Jahre 1885 wurden im Buchbinderfachverein Berlins 15 Pf. Wochenbeitrag erhoben, danach bis 1893 20 Pf. In diesem Jahre trat an Stelle des Verbandes von Fachvereinen, die, soweit es ihnen möglich war, eine Unterstützung an Zureichende leisteten, der Zentralverband. Die Verbandsbeiträge wurden auf 25 Pf. für die männlichen, 15 Pf. für die weiblichen Mitglieder festgesetzt und gleichzeitig wurde die allgemeine Arbeitslosenunterstützung eingeführt. 1897 wurden die Beiträge auf 35 und 15 Pf. festgesetzt und 1904 wurden sie auf 45 und 20 Pf. erhöht. Hand in Hand damit kamen Verbesserungen des Unterstützungswezens. Der Verbandstag von 1907 hat nun die Einführung von Staffelbeiträgen beschlossen, und zwar in 4 Klassen. Die 1. und 2. Klasse mit 20 und 30 Pf. Beitrag ist für die weiblichen Mitglieder, aber auch für Hilfsarbeiter, die nicht mehr als 15 Mark verdienen, bestimmt, die 3. und 4. Klasse mit 50 und 60 Pf. Beitrag für die männlichen Mitglieder. Im übrigen ist es den Mitgliedern freigestellt, in welcher Beitragsklasse sie zahlen wollen, doch hängt es von der Beitragshöhe ab, welche Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sie beanspruchen können, weshalb es in ihrem persönlichen Interesse liegt, die höhere

Klasse zu wählen. Als Lokalaufschlag zum Verbandsbeitrag werden in Berlin jetzt 15 Pf. von den männlichen, und 10 Pf. von den weiblichen Mitgliedern erhoben. Im Rahmen der Verwaltung und der kombinierten Delegiertenversammlung schlug der Redner vor, den Lokalaufschlag auf 10 Pf. und 5 Pf. herabzusetzen. — Den Ausführungen des Redners entsprechend, wurde nach kurzer Debatte folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung empfiehlt allen Mitgliedern der Zahlstelle Berlin folgendes:

Bei Einführung der Staffelbeiträge liegt es im Interesse der Organisation wie auch der Mitglieder, in die höchsten Beitragsklassen einzutreten, und zwar für die männlichen Mitglieder in die 4., und für die weiblichen in die 2. Klasse zu steuern. Der Unterschied bei der Arbeitslosen- sowie bei der Krankenunterstützung ist ein so großer, daß eine Schädigung der Mitglieder eintritt, wenn sie diesen Vorbehalt nicht befolgen.

Zur Kräftigung der Lokalkasse beschließt die Generalversammlung, für die 4. und 8. Klasse 10 Pf., für die 2. und 1. Klasse 5 Pf. Lokalbeitrag zu erheben. Die Anmeldung in die einzelnen Beitragsklassen hat in den Beiträgen bei den Vertrauensleuten, für die einzelnen zahlenden Mitglieder im Bureau, Engelauer 15, Zimmer 21, bis spätestens den 15. September zu erfolgen.“

Darauf wurde der Geschäfts- und Kassenbericht vom zweiten Quartal vorgelegt. Der Bevollmächtigte Klar führte u. a. aus, daß am 1. Mai ungefähr 1400 Mitglieder demonstrierten, wogegen es vor 2 Jahren kaum 600 waren. Der Beschluß zur Kasse ging bekanntlich dahin, dem Unternehmertum nicht wieder, wie im vorigen Jahre, einen Angriffspunkt zu bieten. Doch gleichwohl die Beteiligung so stark war, zeigt, wie sehr der Gedanke der Kasse Wurzel gefaßt hat. Im übrigen wurde im verfloffenen Quartal das Interesse der Zahlstelle zu einem großen Teil durch den Verbandstag in Anspruch genommen. — In den verschiedenen Branchen wurde eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. In der Buchbinderbranche mußte mit einer Reihe von Firmen, besonders wegen Lohnunterschieden, verhandelt werden. In der Steinbranche ist der Tarifvertrag von beiden Seiten gelündigt worden, doch ist die Kündigung der Arbeitgeber den Arbeitnehmern noch nicht zugestimmt. Die Firma Weihenborn suchte noch immer die Bestimmung über den Durchschnittslohn zu umgehen und mußte erst durch einen Schiedspruch zur Durchführung des Tarifvertrags veranlaßt werden. In der Kontobuchbranche ist es die Firma Heuer in der Kochstraße, die ihre Verpflichtung zur Innehaltung des Tarifvertrags dieser Branche offenbar noch nicht begriffen hat und auch einen Vertrauensmann nachregelt. In der Kartonbranche sollen Ende August Besprechungen mit der Arbeitgeberorganisation über die Schaffung eines allgemeinen Tarifvertrags stattfinden. — Der Geschäftsbetrieb war in den meisten Branchen ein flauer. Die Zahlstelle hatte am Quartalschluß 2939 männliche und 2982 weibliche Mitglieder, also im ganzen 5921 Mitglieder.

Die Abrechnung, die der Kassierer Dytomski vorlegte, schließt für die Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 24 989,21 M. An die Verbandskasse wurden 6275 M. gesandt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen, samt dem alten Bestand von 21 908,53 M., 25 807,07 M., die Ausgaben 6695,18 M., so daß der Bestand sich auf 29 111,89 M. erhöhte.

Der Bericht des Arbeitsnachweisleiters Rieger zeigt, daß die Arbeitslosigkeit im verfloffenen Quartal sich stark geltend machte. Es meldeten sich 667 männliche Arbeitslose und für sie wurden 392 Stellen gemeldet, von denen 288 besetzt wurden. Weibliche Arbeitslose meldeten sich 609, verlangt wurden 684 Arbeiterinnen, in Arbeit gebracht 343. Doch ein so großer Teil, besonders der Stellen für Arbeiterinnen, nicht besetzt wurden, hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß die betreffenden Unternehmer nicht tarifmäßig zahlen wollten.

Die Generalversammlung erteilte der gesamten Ortsverwaltung nach kurzer sachlicher Diskussion Decharge. — In den Bauvorstand wurde Wilhelm Jacob und als Revisoren die Kollegen Wilhelm Spigner und Franz Schmidt gewählt.

**Metallarbeiter-Verband.** Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am Montag im Palast-Theater tagte, wurde vom Vorsitzenden Handke mit einem Hinweis auf die Verschmelzung des Verbandes der Graveure und Zifeleure mit dem Metallarbeiter-Verbande eröffnet. Die Graveure und Zifeleure, welche heute zum erstenmal an einer Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes teilnahmen, hieß der Vorsitzende herzlich willkommen. — Der Versammlung lag die Kassenabrechnung vom 2. Quartal vor. Dieselbe weist für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe die Summe von 873 178,57 M. auf. Unter den Ausgaben finden sich folgende Posten: Reisegeld 7547 M., Unterhaltung beim Umzug 8095 M., bei Krankheit 105 902 M., bei Arbeitslosigkeit 115 830 M., bei Streiks 31 612 M., bei Mahnregelungen 27 212 M., in Notfällen 2510 M., Sterbegeld 2010 M., Rechtschutz 11 013 M. Die Abrechnung der Lokalkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 331 724,05 M. An Unterhaltungen wurden gezahlt an Durchreisende 678 M., in Notfällen 50 M., bei Streiks 11 273 M., bei Mahnregelungen 7010 M. — Zu der Erörterung bemerkte der Kassierer Dening, die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung seien im 2. Quartal zu einer ungewöhnlichen Höhe angestiegen. Das komme daher, weil viele Kollegen infolge des Streiks im Baugewerbe arbeitslos geworden seien. Auch im laufenden Quartal werde sich das Bild nicht günstiger gestalten.

Es erfolgten nun einige Neuwahlen zur Ortsverwaltung. Einstimmig wiedergewählt wurden Handke als zweiter Bevollmächtigter, Dening als erster Kassierer, Stobiac als Weisiger. Die Wahl der Revisoren wird, weil mehr Kandidaten vorgeschlagen wurden als zu wählen sind, in den Bezirksversammlungen erfolgen. Zur Verschmelzung mit dem Verband der Graveure und Zifeleure teilte Handke mit, daß von den 700 Berliner Mitgliedern dieses Verbandes die meisten ihren Uebertritt zum Metallarbeiterverband, der bis zum 1. Oktober erfolgen muß, bereits vollzogen haben. Die bisherigen Angestellten des Verbandes der Graveure und Zifeleure sind gemäß der Vereinbarung, als Angestellte des Metallarbeiterverbandes zu übernehmen. Der bisherige Vorsitzende der Graveure ist im Bauvorstand des Metallarbeiterverbandes angestellt. Der bisherige zweite Angestellte der Graveure, F. u. o., wird für eine Anstellung in der Berliner Verwaltung in Vorschlag gebracht. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesem Vorschlage einverstanden.

### Lehr- und Tischlerklub „Mehr Licht“. Heute Abend Vortrag bei Snapp, Grünhaldestraße.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebungs, Abteilung Tempelhof. Mittwoch, 28. August abends 8 Uhr im Wilhelmshof, Berlinerstr. 9, Abteilungsversammlung. Gäste willkommen.

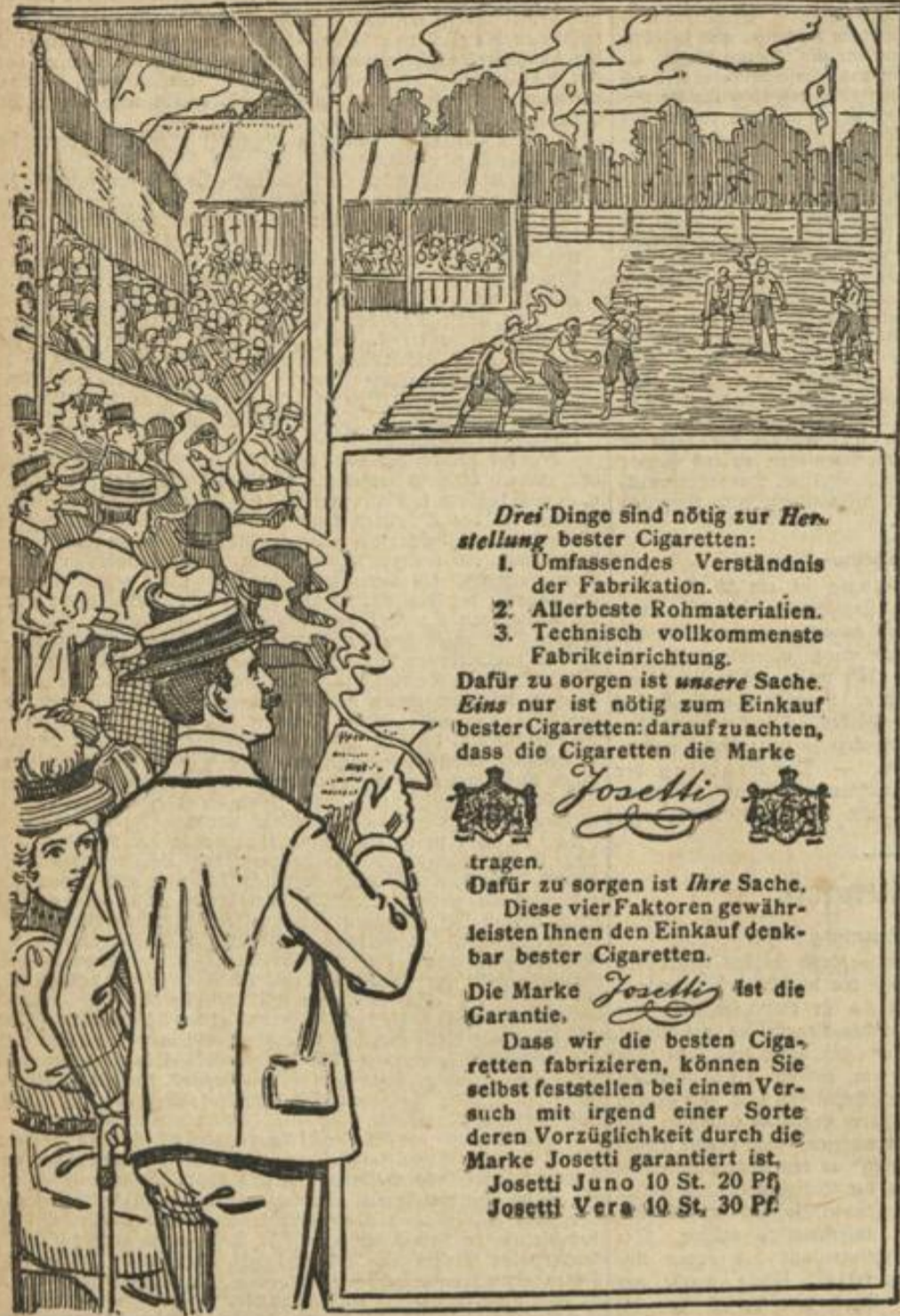
### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	26. 8.	25. 8.	26. 8.	25. 8.	
Remel, Elbe	196	- 9	Dabel, Spandau	114	+ 6
Wegel, Havel	104	+ 1	Katzenow	146	0
Wegel, Elbe	78	- 2	Spree, Spremberg	92	0
Ober, Havel	182	- 6	Reckow	196	- 1
Krossen	127	- 5	Weser, Minden	- 84	+ 1
Frankfurt	136	- 1	Minden	- 6	- 1
Wartde, Schumme	44	- 2	Rhein, Waldshut	-	-
Landberg	38	- 2	Rau	929	- 7
Rehe, Rordamm	25	0	Röh	-	-
Elbe, Lüttenberg	- 2	- 6	Redar, Gellbromm	39	+ 8
Barby	105	- 5	Rain, Berthelm	-	-
Magdeburg	112	- 2	Rosel, Teier	-	-
Saale, Großg.	85	+ 6			

+ bedeutet Waß, - Fall, - ? Unterpegel.

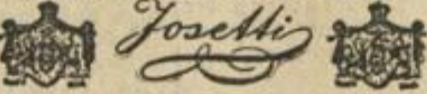




**Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:**

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist **unsere Sache**.  
Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen.  
Dafür zu sorgen ist **Ihre Sache**.  
Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke **Josetti** ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke **Josetti** garantiert ist.  
Josetti Juno 10 St. 20 Pf.  
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.

# Es gibt nur einen einzigen

Malzkaffee, der das bekannte Kneipp-Bild trägt, welches Reinheit, Bekömmlichkeit und kaffeeähnlichen Wohlgeschmack garantiert.

Diesen Malzkaffee kennen Sie nicht, bis Sie mit dem

## echten Kathreiner

bekannt geworden sind.

Wer einmal **Kathreiner** gekostet hat, wird sich schnell an den guten Geschmack gewöhnen und ihn dann lieb gewinnen.

**Kathreiners Malzkaffee** wird nur

in staubfreien, feuchtigkeitdichten Paketen

verkauft, **niemals lose** ausgewogen!

59/4

### Verkäufe.

**Leppische militärischen Fabrik** Niederlage Große Frankfurterstraße 9, partier. kein Laden. Mauerhof. +1  
**Steppdecken** billig! Großes Frankfurterstraße 9, partier. +1  
**Wardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, partier. kein Laden. Mauerhof. +1  
**Fahrräder**, Teilzahlungen. Invalidenstr. 20, Stallgerstraße 40. \*  
**Herrenfahrzeuge**, Damenfahrzeuge, wie neu, 45,00. Holz. Blumenstraße 36b. 2515R\*  
**Leppische** (Lehrlinge) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischer Brunn, Dackelstraße 4, Bahndorf. 2611R\*  
**Federbetten**, Stand 11,00, große 18,00. Wäsche, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren, Künzige Sportbillig Hand-Lehnhäuser, Kärntnerplatz 7. 2648R\*  
**Wandbilderhaus**: Herrmannplatz 16/3. Vollständig konzipiertes Leppische! Jedermann empfehlenswerte Einfuhrartikel! Extrablätter Bettdecken, Aussteuerwäsche, Leinwände, Brautbetten, Bettmattenset, Bettwäsche, Bettlinnen, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Händerverkäufe, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Schmuckwaren, Festgeschenke, hoch-elegante, sportbillige Ladentanzsäule, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Sonntag ebenfalls geöffnet. +116\*  
**Wohngüterkäufe**: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leppische, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportbillig, Lude, Oranienstraße 131.  
**Wohngüter**, Operngläser, Reizeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Gitarren, Silber, Leppische, Sportbillig, Lude, Oranienstraße 131.  
**Wannin**, gebrauchtes, vorzüglich, billig! verlässlich! Bückerstraße 33, I. Hof. +7\*  
**Fahrräder**, National, Qualitätsmarke. Kleine Abzahlung. Rosenhallerstraße 19. 2219R\*  
**Gangbares Restaurant** zu verkaufen. Näheres Wahlwerderstraße 10, Restaurant.  
**Wohngüter**, Einrichtungen, Möbel, Wäsche, Bogen, Gewichte, Annen, Drehtrollen, Labentische, Regale, billig! Wohmannstraße 27. \*  
**10,00**, Dreibett, Unterbett, Kissen, roteja Dreibett. Handliche Andreasstraße 38. 2641R\*  
**Dreibett**, zwei Dreibett, zwei Kissen, weißelisch, 18,00. Aussteuer-Damastbezüge, große Laten 1,00. Handliche Andreasstraße 38. \*  
**Damenredertisch**, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Freischwinger, Regulator 9,00. Handliche Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet.

**Steppdecken** Sportbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 90. 2167R\*  
**Nischenposten** Leppische, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 15 Part. Eine Partie mit kleinen Bedefernern Sportbillig. Leppichhaus Emil Weßberg, Oranienstraße 158. 5396R\*  
**Möbelfachende!** Nach wie vor nur Grüner Weg 81\* vollständige Einrichtungen, enorm reiche Auswahl, Sofas, Truhen, Bettstellen, reelle Matratzen, bekannt billigst, genau Hausnummer 81\* achten! Dornstraße.  
**Nähmaschinen**, Roble höchste Verfertigung, alle erfindlichen Systeme. Kleinste Abzahlung. Gruba, Rosenhallerstraße 19, Filiale: Spornstraße 26. 2220R  
**Wände Baumaterialien**, gebraucht und neue, wie: Kaminböden, Bretter, Latzen, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl billigst. Tafelstraße 2 (am Hermannplatz). 1961R\*  
**Zeifengeschäft**, gut gehend, fruchtbar! sofort billig. Näheres Kärntnerplatz 7. 2530R  
**Parierlokal**, Vereine, viel Vertikalsitzungen, Fabriklieferung, sichere Existenz, verlässlich. Näheres Kärntnerplatz 7. +133  
**Möbel** verkauft umständlicher an Privats abends 7-9 Uhr, am Kärntnerplatz 3. 2548R  
**Wäschefabrik** 38,00, Schallola 20,00, bestellbar, Matratze 15,00, Pallhagenstraße 23, Tepezierer. 82/9  
**Zigaretten**, Zigaretten für Restaurationen, Händler billigst nur Deutsche Straße, Ecke Kommandantenstraße.  
**Kissen**, große, billig, Fortstraße 40, Sigarenladen. 2530R  
**Möbel** verlässlich! Amsterdamerstraße 16, vorn III Hof. +23  
**Kolonialwarengeschäft** für Frau passend. Sportbillig! Postamt 34.  
**Kleines** lauberes Kolonialwaren-Geschäft mit Ware 750 Part. Becken, Simphonstraße 24. +143  
**Arbeiterlokal**, lester Hand zehn Jahre, Miete 1400, schöne Wohnung, guter Ausblick, wegen Uebernahme großer Ede verkauft. Auskunst Leubersstraße 3, Restaurant. 62/2  
**Chiffeschäft** verkauft für jeden Preis, Neudeckerstraße 7. +141  
**Wannanzüge** und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Hands von 2,50, sowie für luxuriöse Figuren. Neue Garbende zu namend billigen Preisen, aus Handlichen verlässliche Sachen! Kauf man am billigsten bei Ros. Pulachstraße 14. 2545R\*  
**Pittauer** Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1-6, Warkauerstraße 67, Wackerstraße 111. 2544R  
**Restaurant**, Zentrum, ohne Wirttagstisch, 26 Halbe Biersch, zehn Halbe Biersch, Miete 1200, verlässlich, 2500. Näheres Radle, Neue Jakobstraße 1. 2944R

### Verschiedenes.

**Kranzstraße** 50 Möbel, Spiegel, Volkstheater Sportbillig, Möbelpecher Saalfeld. 2547R\*  
**Vorn die Mutter** Sprache bederfchen! Erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsprobe wöchentlich genügt. Gesellige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.  
**Patentanwalt** Wessel, Wirtshausstraße 94a. 2553R\*  
**Patentsachen** erledigt erfahrener Angenieur. Kulanze Zahlungsweise. Referenz aus Partei und Gewerkschaft. D. Duse bei Gerard, Niederlagstraße 2 I. 265/5

### Vermietungen.

**Wohnungen.**  
**Schöne** billige Wohnungen Solbinderstraße 32/34. 2644R\*  
**Wohlbekannt** 63/64 (Bahnhof Hermannstraße) sofort und 1. Oktober 1 und 2 Stuben, Küche, Balkon. \*  
**Cubenarderstraße** 36/38 sofort und 1. Oktober schöne, billige Wohnungen. 2440R\*  
**Zimmer.**  
**Möbliertes** Zimmer, 1-2 Personen, herrliche Aussicht, Baumkultenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b  
**Schlafstellen.**  
**Möbliertes** Schlafstelle, Damen, Vorzügen, Gräberstraße 5 II. Hof. +145  
**Möbliertes** Schlafstelle (separat), Näher, Köpenickerstraße 22. 2538R  
**Freundliche** möbliertes Schlafstelle vermietet! Höflich. Barnimstraße 48, vorn IV. 2543R  
**Schlafstelle** für Herrn, Blüme Winkelmann, Admiralsstr. 21, vorn IV.  
**Möbliertes** lauberes Schlafstelle für Herrn, Schütz, Prenzlauerallee 23.  
**Herrnlokal**, Monat 7,00, Wochenzahlung frei, Rastanienallee 129, Seitenflügel IV. +52  
**Mietsgesuche.**  
**Zuche** zum 1. September einfach möbliertes Zimmer. Nicht im Norden. R. Dietrich, Köpenickerstraße Nr. 28. +7\*  
**Junger** Mann sucht kleines möbliertes Zimmer im Süden unter K. L. 110 Postamt 16. 2552R

### Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
**Zuverlässiger** Mann, 32, Kunsthandwerker, gute Handschrift, keine Arbeit (Heute), schon hohe Gehaltsbezüge vermittelt, sucht sofort, mit guten Zeugnissen, Skaution, irgend welche dauernde Stellung. Offerten unter D. 2, Expedition des „Vorwärts“. 2531R  
**Ordentlicher** Handwerker, Töpfer, sucht Stellung gleichviel welcher Branche. Offerten H. V., Postamt 39. 2550R  
**Stenograph** und Maschinenreiber sucht Nebenbeschäftigung. Georg Müller, Wisdgerstraße 3 IV.  
**Stüber** Stübchenbiederer bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Müller, Pulachstraße 27. 1468R  
**Stellenangebote.**  
**Bauschlosser**, selbständige, verlangt Plume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. +128\*  
**Pianarbeiter**, kinderlos, Wohnung auf dem Platz, möglichst aus der Platenbranche, sofort gesucht. Offerten F. M. Halensee, Postamt.  
**Zagerhalter** sowie Wirtschaftlerin (Kochfrau) für größere Kantine zum 1. Oktober gesucht. Offerten mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen unter D. B. G. Postamt 19. 2539R  
**Tüchtige** Klempner und Mechaniker auf chemisch-bakteriologische Apparate finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Offerten unter A. 100, Postamt 96. 2532R  
**Zum 1. Oktober 1907** wird für den 7. (Schleswig-holsteinischen Reichstags-)Wahlkreis ein erfahrener

**Goldarbeiter** verlangt Lange, Reudenburgerstraße 20. 2537R  
**Hausierer** und Hausiererinnen können mit 7,50 täglich 5,00 verdienen. Waidol-Vertrieb, An der Spandauer Brücke 14. 2536R  
**Mechaniker** verlangt Piano-mechanik-Fabrik Glendahnstraße 21.  
**Lehrling** (Bergelber) verlangt Goldbleichfabrik Bückerstraße 35.  
**Stellungslose** Kaufleute finden hohen Verdienst. Lindenstraße 26, II oder Schöneberg, Ebersstraße 66, I Hof, vormittags. 2549R  
**Tüchtiger** Verkäufer mit Skaution für Zigarrenhändler, Nähe Oberliger Bahnhof, gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter E. 2, Expedition dieser Zeitung erbeten. 2535R  
**Maschinenmacher** suchen Hans Golt u. Co., Silberarmenfabrik, Alexandrinenstraße 105/106. 62/1  
**Tüchtige** Drechselhölzer für Kronenfabrik verlangt E. Wankel u. Co., Brandenburgstraße 60. 239/20  
**Botenfrauen** finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Al-Roadt 138. 62/4\*  
**Junger** Mädchen tagsüber verlangt Baermann, Bruchstraße 50. +122  
**Altkleidchen** findet gute Stellung bei Schneider, Sauergerstraße 3.  
**Wollene** Damenhosen-Näherinnen. Road, Schwedenstraße 13. +98

### Damen oder Herren,

Rebegewandte [205/1\*] welche Bekleidung bei hoher Provision gesucht. Dresden 1. Postschließfach 1.

### ParteiSekretär gesucht.

Das Anfangsgehalt beträgt 2400 M. pro Jahr, steigend jährlich um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 3000 M. Die Anstellung erfolgt auf Kündigung und im Übrigen nach den Bestimmungen des Vereins „Arbeiterpresse“. Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit sind an nachstehende Adresse zu richten und müssen bis spätestens 9. September 1907 eingegangen sein.  
**Der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreis.**  
 3. A.: W. Poller, Kiel, Weidenburgstr. 15.  
 Für die am 1. Oktober 1907 als Kopfbild in Pforzheim erscheinende Parteizeitung

**Gstbahn-Park**  
 Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71  
**Hermann Imbs.**  
 Täglich:  
**Großes Konzert,**  
**Theater- und Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
 Von der Reise zurück. 61/19  
 Trauuarzt Dr. A. Pinkuß,  
 Potsdamerstr. 40.

**Steinarbeiter Berlin II.**  
 Die Firma „Deutsche Stein-Industrie A.-G. vom Schleicher“, Lehrterstr. 27/30, ist **gesperrt**. 180/17\*  
 Die Erbsverwaltung.  
 D h u g e m a h, Vorsitzender.

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**  
**Zentrum:**  
 Frits Hufe, Rauerstr. 69.  
 H. Hahnisch, Auguststr. 50.  
**Westen:**  
 G. Schmidt, Bülowstr. 52.  
**Osten:**  
 W. Mann, Petersburgerplatz 4.  
 R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.  
 Gustav Vogel, Kopenickerstr. 83.  
**Nordosten:**  
 S. Jucht, Reilstr. 42.  
 J. Neul, Barnimstr. 42.  
**Norden:**  
 G. Raskke, Adenstr. 36.  
 F. Trapp, Steintorstr. 10.  
 Karl Mars, Lyngenerstr. 123.  
 Karl Weiche, Ruzarschkestr. 49.  
 S. Dechard, Ruzarschkestr. 24.  
 G. Vogel, Lützowstr. 37.  
 A. Tich, Wwalldenstr. 124.  
**Nordwesten:**  
 Karl Anders, Salzweberstr. 8.  
 W. Schroll, Goltzowstr. 23.  
**Südwesten:**  
 G. Werner, Gneisenaustr. 72.  
 G. Schröder, Hagelbergerstr. 27.  
**Süden:**  
 St. Frits, Prützenstr. 31.  
 G. Gutschmidt, Kottbuscher Damm 8.  
**Südosten:**  
 Paul Böhm, Lützowstr. 14/15.  
 P. Horich, Engelstr. 15.  
**Charlottenburg:**  
 G. Schanberg, Seifenheimerstr. 1.  
**Friedrichsberg:**  
 C. Zeisel, Kronprinzenstr. 50.  
**Rixdorf:**  
 W. Heinrich, Redaerstr. 7.  
 Courad, Hermannstr. 50.  
**Rammelsburg:**  
 A. Rosenkrantz, Alt-Dogshagen 66.  
**Schöneberg:**  
 W. H. Bäumer, Martin-Lutherstr. 51.  
**Welsensee:**  
 R. Fuhrmann, Sedanstr. 105.  
 Jul. Schiller, König-Chauffee 39a.  
**Reinickendorf:**  
 P. Gurisch, Broomingstr. 108.  
**Treptow:**  
 R. Gramenz, Kiebelstr. 412.



Berliner Nachrichten.

Kinderarbeit in Badeanstalten der Stadt Berlin.

Unter dem Bedienungspersonal der Badeanstalten unserer Stadtgemeinde befindet sich auch eine Anzahl noch schulpflichtiger Kinder. Den Besuchern des Schwimmbassins werden die Spinde, in denen sie ihre Kleidung verwahren, durch Galeriedurchgänge zu- und aufgeschlossen. Diese Jungen, die übrigens mitunter auch in den Brausebädern Dienst tun müssen, werden bezahlt wie Kinder. Wenn sie aber töricht die Kinder handeln, dann wird ihnen das angerechnet, wie wenn sie Erwachsene wären. Und ohne Gnade fliegen sie hinaus.

Aus der Badeanstalt an der Wäldstraße ist kürzlich ein Galeriedurchgang plötzlich entlassen worden, nachdem er fast zehn Monate hindurch dort beschäftigt worden war. Was hatte er verbrochen? Der Verwalter der Anstalt, Magistratssekretär Weigel, hat dem bei ihm antragenden Vater verschiedene Gründe für die Entlassung angegeben. Vor allem habe es ihn verdroffen, daß in dem Spinde, das in der Anstalt dem Jungen zu eigenem Gebrauch zugewiesen worden war, eine stülch anliegende Leinwand gefunden worden sei. Es sei anzunehmen, daß der Junge diese Wäsche sogar in der Anstalt während seines Dienstes gesehen habe. Auch habe man in seinem Spind Geld gefunden, das offenbar aus den nicht an die Eltern abgelieferten Trinkgeldern herrühre. Hierzu sind uns folgende Angaben gemacht worden: G. lieferte regelmäßig den größeren Teil seiner Trinkgelder an die Eltern ab, einen kleineren Teil behielt er mit ihrem Wissen zurück. Dieses Geld verwahrte er in der Anstalt. Ein anderer Teil der Trinkgelder wurde von ihm ohne Wissen der Eltern zurückgehalten, und hierfür kaufte er sich Leinwand. Einiges davon war allerdings nicht für einen schulpflichtigen Jungen geeignet. Aber uns will bei all dem nicht einleuchten, wo da gleich ein Grund zur Entlassung hergenommen werden kann. Von weiteren Verfehlungen, die der Herr Verwalter dem Galeriedurchgang angedeutet haben könnte, ist uns nur noch eine genannt worden. G. hat mal einen Jungen, einen Schüler seiner Klasse, aus Gefälligkeit länger baden lassen, als die Vorschrift es erlaubt. Nun soll natürlich dem Verwalter nicht bestritten werden, daß er von dem Bedienungspersonal seiner Anstalt jederzeit vollste Zuverlässigkeit fordern muß. Wir können uns sehr wohl denken, daß ein Junge, der zu irgendwelchen Heimlichkeiten neigt, einem sehr peinlichen Anstaltsvorsteher schon nicht mehr vertrauenswürdig genug erscheint. Indes, der Herr Verwalter hat gegenüber seinem Personal nicht nur Rechte, sondern auch gewisse Pflichten. Gegenüber den noch schulpflichtigen Durchgängen hat er vor allem die Pflicht, durch Beschaffung ausreichender Aufsicht möglichst jede Ungehörigkeit von vornherein zu verhüten.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß die Galeriedurchgänge durch ihre Beschäftigung dem Elternhause fast vollständig entzogen werden, so daß von hier aus kaum noch ein pädagogischer Einfluß auf sie ausgeübt werden kann. Will man wissen, wie lange die Arbeitszeit solcher Durchgänge dauert? Wir haben uns von G. sein Lohnbuch vorlegen lassen. Seine Arbeitszeit betrug pro Arbeitstag zum Beispiel im Mai durchschnittlich 6 1/2 Stunden, im Juni durchschnittlich 6 1/2 Stunden, im Juli durchschnittlich 8 1/2 Stunden. An Wochentagen begann der Dienst nachmittags meist um 4 oder 5 Uhr, manchmal auch schon um 2 Uhr; er endete abends um 8, um 9, um 1 1/2, um 10, ja um 1 1/2 Uhr. Wochentags: es handelt sich bei diesen Galeriedurchgängen um Jungen, die noch die Schule besuchen, die also am Vormittag ihre fünf Stunden Unterricht zu absolvieren haben und dann zu Hause ihre Schulaufgaben anfertigen sollen! An Sonntagen mußte G. im Winter früh um 1 1/2, im Herbst und Frühjahr um 7, im Sommer um 8 antreten. Der Dienst dauerte dann bis 1 1/2, bis 2, ja bis 1 1/2 Uhr. Wenn der Dienst am Sonnabend um 1 1/2 Uhr abends endete und am Sonntag um 6 Uhr früh begann, dann blieben für die Nachtruhe knapp 7 1/2 Stunden! Noch schlimmer wurden die Jungen vor den großen Festen, sowie in den Ferien ausgenutzt. Zu Pfingsten hatte G. am Freitag, Sonnabend, Sonntag folgenden Dienst: am Freitag 12-2 und 4-10, sind 8 Stunden; am Sonnabend 6-12 und 1-1 1/2, sind 15 1/2 Stunden; am Sonntag 6-11, sind 7 Stunden. In den Sommerferien begann der Dienst fast Tag für Tag morgens um 6. Die letzten sieben Tage, die G. in der Anstalt Dienst tun durfte, sind im Lohnbuch mit folgenden Arbeitszeiten verzeichnet: Mittwoch 6-1 1/2, 10-12, sind 10 Stunden; Donnerstag 6-1 1/2, 10-12, sind 10 1/2 Stunden; Freitag 6-2 und 4-1 1/2, sind 13 1/2 Stunden; Sonnabend 12-2 und 4-1 1/2, sind 8 1/2 Stunden; Sonntag 6-1 1/2, sind 7 1/2 Stunden; Montag 6-1 1/2, 10-12, sind 10 1/2 Stunden; Dienstag 6-1 1/2, 10-12, sind 10 1/2 Stunden; macht in sieben Tagen 71 Stunden Arbeitszeit.

Der Verwalter der Anstalt, der einen schulpflichtigen Jungen in so unerhörter, geradezu ungeheurer Weise ausnützte, hat es nicht einmal für nötig gehalten, sich zunächst mit dem Vater in Verbindung zu setzen, als der Junge „über die Stränge geschlagen“ hatte. Er hat den Jungen, um den die Eltern sich während seines Dienstes gar nicht kümmern konnten, kurzerhand entlassen. Er ist sonst kein schlechter Junge, in der Schule hat er regelmäßig die besten Zeugnisse gekriegt (wir haben sie sämtlich gesehen), er ist dort fast stets Erster seiner Klasse gewesen und ist das auch jetzt noch. Wen trifft die Schuld, daß er als Galeriedurchgang „Anlauf zur Unzufriedenheit“ gab? Sie trifft die Anstalt selber, die ihn durch eine skandalös lange Arbeitszeit, wie sie kaum noch einem Erwachsenen zugemutet wird, dem Einfluß der Eltern entzog.

Sparfassenjammer. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat jetzt ihren Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1906/07 veröffentlicht. Ueber den Geschäftserfolg dieses Zeitraumes (April 1906 bis März 1907) wurden im „Vorwärts“ bereits vor einer Reihe von Wochen die Hauptzahlen mitgeteilt. Man erfah aus ihnen, daß das Rechnungsjahr 1906/07 eine Minderung der Einzahlungen und gleichzeitig eine Mehrung der Rückzahlungen gebracht hatte. Eingezahlt wurden im vorletzten Rechnungsjahr noch 63 419 011 Mark, im letzten nur 61 262 970 Mark, zurückgezahlt wurden im vorletzten Rechnungsjahr nur 59 861 538 Mark, im letzten aber 63 844 297 Mark. Im letzten Jahr ging der Betrag der Rückzahlungen sogar über den der Einzahlungen hinaus. Wir wiederholen: man muß um volle vier Jahrzehnte zurückschauen, um bei der Sparkasse der Stadt Berlin etwas Ähnliches zu finden.

Die von uns mehrfach ausgesprochene Vermutung, daß zahlreiche kleine Kapitalisten ihr Geld der Sparkasse entzogen haben, weil sie jetzt anderswo mehr Zinsen kriegen können, wird in dem Verwaltungsbericht bestätigt. Der Bericht sagt, die Mehrung der Rückzahlungen sei „in der Hauptsache wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß viele Sparere ihre Einlagen zurückzogen, um sie vorteilhafter in Wertpapieren oder bei Banken mit höherem Zinsfuß anzulegen“. Die „Freisinnige Zeitung“ tut, wie wenn sie das immer noch nicht so recht glauben könnte. Sie nennt diese Auslegung „willkürlich und gesucht“. Das Freisinnblatt möchte nämlich seinen Lesern nicht den Wahn nehmen, daß es hauptsächlich die Arbeiterbevölkerung sei, durch deren mehr oder minder reichliche Sparersparnisse der Geschäftsverkehr der Sparkasse anschlagenmäßig beeinflusst werde.

Die Tätigkeit der Schiedsmänner. Nach den Mitteilungen des Landgerichts I sind die Schiedsmänner der Stadt Berlin im Jahre 1905 in 11 883 Fällen zur Schlichtung von Streitigkeiten angerufen worden. In 204 Fällen handelte es sich um bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, von denen 122 (41,8 Proz.) durch Vergleich vor

dem Schiedsmann erledigt wurden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wegen Verleumdung und Körperverletzung wurden die hiesigen Schiedsmänner in 11 589 Fällen in Anspruch genommen. Bei diesen Streitfällen gelang es den Schiedsmännern nur 2628 Vergleiche (22,7 Proz.) herbeizuführen. Insgesamt wurden bei den 11 883 schiedsmännlichen Vergleichsverhandlungen 2750 (23,14 Proz.) Vergleiche zwischen den streitenden Parteien geschlossen.

Die Oranienbrücke hat durch die vier eigenartigen Beleuchtungskörper großen Stiles eine ausgezeichnete Beleuchtung erhalten. Die Ansichtsfächer und die Architekturglieder der 28 Meter breiten Brücke sind aus Kirchheimer Mischkalk hergestellt. Ueber den bogenförmig geschweiften Pfeilern, welche die Anschläge an die alten Ufermauern herstellen, erheben sich mächtige Aufbauten für vier mächtige bronzene Laternen. Unabhängig von diesen sind an den vier Endpunkten der Pfahlfächer die vier gegen 20 Meter hohen eigenartigen, aus Quadern aufgetragenen Obelisken für die Beleuchtungskörper aufgestellt, welche weithin sichtbar dem Pfahle ein eigenartiges Gepräge verleihen und ihm nimmermehr einen Pfahl in der Reihe unserer schönsten Anlagen verleihen, während er früher zu jenen zählte, die von keiner Seite aus eine Wirkung auf den Beschauer hervorriefen.

Die Eröffnung des neuen Ringes der Straßenbahn ist jetzt endgültig auf nächsten Sonntag, den 1. September, festgesetzt worden. Er erhält die Bezeichnung 5. Ring. Er geht von der Breitenstraße in Panow durch diese und die Berlinerstraße d. h. die Schönhauser Allee, die Alte Schönhauser-, Münz-, Alexanderstraße, Alexanderplatz, Jannowitzbrücke, Brücken-, Köpenicker-, Adalbertstraße, Kottbusser Tor, Admiral-, Grimm-, Fichte-, Gartenstraße, Kaiser Friedrichsplatz, Sneydenau-, Post-, Göben-, Kallas-, Goldstraße, Grunewald-, Berlinerstraße, Brandenburgische-, Wilmersdorfer-, Berlinerstraße, Luisenplatz, Tauroggen-, Köpenicker-, Kaiserin Augusta-Allee, Beußelstraße, Turm-, Mathenower-, Fereberger-, Rennstraße, Weddingplatz, Reinickendorfer-, Pant- bis zur Wabstraße. Der neue Ring geht durch die Gebiete der Gemeinden Panow, Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf und Charlottenburg. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 20 Pf. Teilstrecken zu 15 Pf. sind folgende: Panow-Wilmersdorf, Wabesbergerstraße; Ringbahnhof Schönhauser Allee-Wilmersdorf, Uhlendstraße; Alexanderplatz-Charlottenburg, Luisenplatz; Kottbusser Tor-Moabit, Huttenstraße; Welle-Allianzplatz-Mathenowerstraße; Wilmersdorf, Wabesbergerstraße-Gesundbrunnen. Teilstrecken zu 10 Pf. werden: Pantow-Winterfeldplatz; Ringbahnhof Schönhauser Allee-Wilmersdorf, Wabesbergerstraße; Alexanderplatz-Wilmersdorf, Uhlendstraße; Kottbusser Tor-Kurfürstendamm; Welle-Allianzplatz-Charlottenburg, Luisenplatz; Winterfeldplatz-Moabit, Huttenstraße; Wilmersdorf, Wabesbergerstraße-Kriminalgericht; Kurfürstendamm-Weddingplatz; Luisenplatz-Gesundbrunnen.

Das Kammergericht hatte Dienstag japanischen Besuch. Es erschienen der Direktor im japanischen Justizministerium, der Präsident des japanischen Oberlandesgerichts sowie das juristische Mitglied der japanischen Botschaft zu Berlin. Nach einer feierlichen Vorstellung des Senatspräsidenten wohnten die Gäste der Verhandlung zweier Strafsachen bei.

Arbeitswille Messerhelden. Von Strolchen umringt und mit Messern bearbeitet wurden am Sonnabend die Genossen Hartmann, Horn und Blumenthal. Dieselben sahen nach Schluß des Bureau beim Glase Bier im Lokal des Genossen Paasche, Charitstraße 3 zusammen. An einem anderen Tische saßen fünf Personen, anscheinend Bauarbeiter, und wie später auf der Polizeiwache festgestellt wurde, Arbeitswille von den Bouten in der Charit. Als es zum Bezahlen kam, sträubten sich die Leute die verabsorgten Getränke zu bezahlen. Nachdem sie den Wirt in der pöbelhaftesten Weise beleidigt hatten, wurde ihnen das Lokal verwiesen. An der Tür drehte sich einer der Wurschen um und schlug dem Genossen Paasche, welcher eine Zigarre im Munde hatte, mit der Faust zweimal ins Gesicht, während ein anderer einen Stuhl aus dem Lokal zog und damit zum Schlag ausholte. Nun sprangen die drei oben genannten Genossen herbei. Im Nu waren sie von den Strolchen umringt und mit Messern bearbeitet. Der Stroh, den Blumenthal erhielt, glitt zum Glück an der in der linken Westentasche befindlichen Plechblase ab, während der Genosse Hartmann durch mehrere Messerhiebe derartig verletzt wurde, daß er in der Charit genötigt und verbanden werden mußte. Dem Genossen Horn wurde das Jodett total zerissen. Es gelang, zwei von diesen nützlichen Elementen zu verhaften. Auf der Polizeiwache glaubten die Wurschen dadurch einen Freibrief auf ihre Geldtanten zu erhalten, daß sie erklärten, sie seien ehrliche, arbeitswille Arbeiter und ließen sich nicht von denen im Verband ausbeuten, sie wären nicht im Verband. Sie wußten also genau, in welchem Hause sie waren, woraus zu entnehmen ist, daß sie den Streit absichtlich herbeiführten. Die Genossen haben gegen die Messerhelden Anzeige erstattet.

Eine Familie an Fleischvergiftung erkrankt. In der vergangenen Nacht ist die Familie des Portiers Marks, Mantuffelstraße 107, wegen Fleischvergiftung nach dem Wehmann-Krankenhaus gebracht worden. Am Sonnabend hatte Frau A. in der Markthalle in der Eisenbahnstraße ein Viertel Pfund Spidgans gekauft und beim Abendessen wurde das Fleisch von der Familie verzehrt. Am Tage darauf stellten sich bei dem Manne, bei der Frau und bei den drei Töchtern im Alter von 12-16 Jahren Brechdurchfälle ein. In der vergangenen Nacht hat sich der Zustand der vier letzten Erkrankten derartig verschlechtert, daß sie sämtlich in Krankenwagen nach dem Wehmann-Krankenhaus gebracht werden mußten. M., der nur eine Kleinigkeit von dem Fleische gegessen hatte, ist auf dem Wege der Besserung. Ein vierjähriges Mädchen, das von der Spidgans gar nichts bekommen, befindet sich wohl.

Verarme Zeit haben die Einwohner des Hauses Letzter 4 unter allerhand Haus- und besonders Bodendiebstählen zu leiden gehabt; das Mißtrauen der Mieter untereinander war beinahe unerträglich geworden. Nunmehr ist es den Vermählungen der Kriminalpolizei gelungen, die Diebe durch eine unvermutete Hausdurchsuchung in dem im selben Hause wohnenden Eheleuten Olfsheski festzusetzen. Die Beamten beschlagnahmten nicht nur im Hause gestohlene Sachen, sondern auch eine Partie Kartons mit Woll-, Handschuhen, Socken usw. Selbst ein aus der Schule kommendes 11-jähriges Mädchen mußte ein im Hause gestohlenes Kleid auf Anordnung eines Beamten sofort ausziehen.

Zur Erhaltung des Freibades am Wannsee war zu Montagabend eine öffentliche Versammlung nach dem „Königshof“, Wilowstraße, einberufen worden, um dort einen Verein zu gründen. Nach äußerst lebhafter Erörterung wurde ein Verein unter dem Namen „Berliner Freibäder-Verein“ ins Leben gerufen. Als provisorischer Vorstand wurde zum ersten Vorsitzenden Oberleutnant Baron v. Arnim und zum Ehrenvorsitzenden Prof. Vegas gewählt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Jahr mindestens 1 M. Der Verein will sich hauptsächlich die Pflege des Freibades im Einklang mit den zuständigen Behörden angelegen sein lassen. Ferner soll zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine Strandwache und zur Vermeidung von Unfällen eine Rettungssituation begründet werden. Weiter sind Bedürfnisanstalten sowie die Anschaffung von Papierkörben, Rettungsbooten, Ankleideräumen usw. vorgesehen. In vier Wochen sollen in einer neuen Versammlung die Statuten vorgelegt werden.

Beim Befahren eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens schwer zu Schaden gekommen ist Montagabend gegen 10 Uhr der in der Vorkenstr. 12 wohnende 26 Jahre alte Schlosser Eichenbach. Zur genannten Zeit versuchte der junge Mann in der Hubertus-Allee einen Motorwagen der Straßenbahnlinie A (Richtung Potsdamer Platz) während der Fahrt zu besteigen, glitt ab und stürzte zu Boden. Er geriet unter den Schuttrahmen des Anhängewagens, dessen vorderes Stützband über den Schlosser hinwegging. Mit Hilfe von Fahrgästen und Straßenpassanten wurde der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage, die umso gefährlicher war, als er zwischen den Rädern des Wagens lag, befreit. Ein unter den Fahrgästen anwesender Arzt leistete Eichenbach die erste Hilfe. Der Schlosser, der zwei stark blutende Wunden am Kopfe und innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach der Königl. Klinik in der Riegelstraße übergeführt.

Ein Bootsunfall ereignete sich vorgestern nachmittags auf dem Müggelsee. Vor dem Restaurant „Lad Bellevue“ wurde ein kleines Ruderboot, in welchem sich vier Personen befanden, von der Segeljacht „Electra“ übersegelt. Das kleine Fahrzeug schlug um und die Insassen stürzten sämtlich in das Wasser. Einer der Bootsinsassen vermochte sich an dem Boot festzuklammern, während es den übrigen drei Verunglückten nur mit Aufbietung aller Kräfte gelang, sich über Wasser zu halten. Glücklicherweise war der Vorfall am Ufer beobachtet worden und dem Inhaber der Motorboot-Zentrale „Müggelsee“ gelang es auch, alle vier Personen zu retten. Ein zweiter Bootsunfall trug sich auf dem Tegeler See zu. Der Insasse eines Segelbootes hing sein Fahrzeug an den letzten Rahn eines Schleppzuges an, um sich ziehen zu lassen. Während der Fahrt verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Fluten. Der des Schwimmens nicht kundige, ein Berliner Kaufmann, wäre zweifellos ertrunken, wenn nicht im Augenblick der höchsten Gefahr die Insassen eines in der Nähe weilenden Ruderbootes Hilfe gebracht hätten. Diesen gelang es, den mit den Wellen kämpfenden in ihr Fahrzeug zu bringen, ehe er ernstlichen Schaden erlitten.

Ein Eisersucht erlitt in der vorvergangenen Nacht der 30 Jahre alte Arbeiter Oskar Ploen seine 43 Jahre alte Wirtin, die eheverlassene Arbeiterin Friederike Hoppe, in deren im Vorderhause Adlerstr. 65 vier Treppen belegene Wohnung und erhängte sich selbst. Das Motiv ist Eisersucht. Der Tod war bei Auffindung der Leichen seit einigen Stunden eingetreten. Die Leichen wurden nach dem Schauhaus gebracht.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern nachmittags in der Spandauerstraße ereignet. An der Ecke der Kaiser Wilhelmstraße war der Schläglermeister Emil Brüdner aus der Weferstraße 108 einem Straßenbahnwagen nachgelaufen, um ihn noch zu erreichen. In der Eile beachtete er nicht das Herannahen eines Automobils. Er wurde von dem Kraftwagen seitlich angefahren und die Räder gingen ihm über die Brust hinweg. Ein Schuttmann brachte den Verunglückten nach der Unfallstation in der Brüderstraße, wo der Arzt einen Schädelbruch und schwere Kopfverletzungen feststellte. Anscheinend hat er auch innere Verletzungen davongetragen.

Verwundener ist seit dem 3. Juli die unerschlickte Gertrud Hammerstein, geboren am 23. Januar 1891 zu Berlin, aus der elterlichen Wohnung, Wörtherstr. 40, und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt. Sie ist 1,55 Meter groß, schlank, hat schwarzes Haar und schwarze Augen, ziemlich starke, etwas zusammengehängene Augenbrauen, gesunde Zähne und große schlanke Hände. Die Gesichtsfarbe ist frisch, zart, bräunlich. Bekleidet war sie bei ihrem Fortgange mit einem Matrosenhut aus dunkelrotem Strohflecht mit römischen Bande, blauem Chebrotrod in Falten gesteppt, marineblauer Bluse mit weißen Rüschen, schwarzen Schmuckstiefeln, schwarz und rot geringelten Strümpfen und dunkelgrünem Saffo. Die Vermisste hat eine nicht abgegebene Postkarte an Frau klein Almut von Hohenstein, Potsdamerstr. 181, die aber nicht ermittelt ist, zurückgelassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Person mit dem Verschwinden der Vermissten in Verbindung steht, werden gebeten, ihre Bahnumgebungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 5216 IV./14. 07 mitzuteilen.

Zu rekonozieren. Am 23. d. M. wurde die Leiche eines unbekannt, ungefähr 30 Jahre alten, anscheinend dem Arbeiterhande angehörenden Mannes im Tiergarten am Gartenuser aus dem Landwehrkanal gelandet und nach dem Leichenhauhaus geschafft. Die Leiche kann ungefähr acht Tage im Wasser gelegen haben, ist circa 1,68 Meter groß, hat blondes Haar und blonden Schnurrbart, war mit braunrotem Jackett und Weste, graulieferter Hose, Sporthemd und Umlegekragen, schwarzem Schlupf und schwarzen Jagdstiefeln bekleidet. Mitteilung über die Personlichkeit nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu Nr. 6734 IV./41. 07 entgegen.

Der Arbeiter-Steinographenbund, Mitgliedschaft Berlin, veranstaltet wiederum einige Kurse, in denen intelligenten Arbeitern Gelegenheit zum unentgeltlichen Erlernen der Krenschien Steinographie geboten wird. Lehrmittel werden gegen Zahlung von 2 M. geliefert. Unterrichtsdauer 10 Stunden. Anmeldungen sind zu richten an Max Hennig, Wiesenstr. 6 IV bei Herrmann. Lehrkurse sind bereits eingerichtet bei Grapentin, Salfgaterstr. 102 und Fischer, Bergmannstraße, Ecke Welle-Allianzstraße, Donnerstags von 1/2 9 Uhr abends.

Dem Berliner Aquarium sind dieser Tage außer verschiedenen Sendungen von Meerestieren durch Gönner und Freunde des Instituts eine Anzahl Tiere aus den Klassen der Vögel und Reptilien zugegangen, die in die Bestände der letzteren ergänzend eingreifen. Die Papageienansammlung wurde vermehrt um mehrere Exemplare aus den Gruppen der Sittiche und Akadus. Außerdem wurde ein Exemplar der Puffreiter, der gesuchten, auch in unseren afrikanischen Gebieten vorkommenden Giftschlange, die wegen ihrer Größe und Gefährlichkeit bei Ansiedlern und Eingeborenen in gleicher Weise verhasst ist, überwiesen. Eine ganz besondere Beachtung verdienen die vor wenigen Wochen hier angelangten zwei brasilianischen Bürg- oder Vogelspinne, die durch ihren 6 oder 8 Zentimeter langen, schön samtbraun behaarten Körper und die mächtigen Gliedmaßen auffallen. Die größere der beiden hat nun während der letzten Tage, und zwar scheint sie hauptsächlich nachts tätig zu sein, in einer Ecke ihres Glaskäfigs — im ersten linksseitigen Glasbaue der Reptiliengalerie — ein ebenso kunstvolles wie äußerst dichtes und prächtiges, seidenerartig glänzendes Gewebe geschaffen, hinter dem sie sich aufhält. Obgleich seit Jahrzehnten schon derartige Spinnentiere im Aquarium zu sehen waren, betätigte sich doch noch keines in dieser Kunstfertigkeit, durch die die Tiere ein Gebilde erzeugen, das zur Herstellung von „Spinnwebseide“ verwendet werden kann.

Im Zoologischen Garten ist die kürzlich beschaffte Gahol-Kuh jetzt dem prächtigen alten Gahol-Stier zugesellt worden, und dieses seltene hindische Bildniederpaar bildet das entsprechende Gegenstück zu dem vorderindischen Gaur, von dem der Garten ebenfalls einen stattlichen Stier nebst Kuh besitzt. Während wir in dem riesigen, massigen Gahol-Stier so recht das Urbild roher Kraft erblicken, ist das weibliche Stück gewissermaßen die verkleinerte und beinahe ins Tierliche übertriebene Ausgabe ihres Herrn Gemahls, mit dem die Kuh in der tiefdunklen Körperfarbe, den weissen Weinen, der breiten Stirn und den nach der Seite wagrecht absteigenden kurzen Hörnern sonst vollkommen übereinstimmt. Sie ist eine sehr wertvolle Ergänzung des reichhaltigen Kinderbestandes, der jetzt 38 Exemplare in 13 verschiedenen Arten umfaßt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße gelangt heute, Mittwoch, der Vortrag „Von der Jagdbeute zum



**Wahmann**, der die schönsten Gebirgspartien Bayerns und zugleich die Königschlösser durch prächtige farbige photographische Aufnahmen in vollendetster Darstellung bildlich veranschaulicht, zur Wiederholung und wird am Sonnabend noch einmal gehalten werden. Am Donnerstag wird der Vortrag „Im Lande der Witternachsionne“ und am Freitag der Vortrag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ wiederholt. Die Urania-Sternwarte in der Invalidenstrasse ist abends von 7 1/4 bis 11 Uhr dem Publikum geöffnet. Zu beobachten ist Mars, Saturn, Doppelsterne und Sternhaufen.

Durch Revolververhütung tödlich verwundet wurde gestern Abend auf einem Neubau in der verlängerten Huttenstraße ein Bauarbeiter, der mit dem dort beschäftigten Bauwächter in Streitigkeiten geraten war. Im Verlauf des Streites gerieten die beiden in Handgemein, bei dem der Wächter auf den Bauarbeiter drei Schüsse abgab. In die Schläfe getroffen, wurde der Schwerverletzte nach der Unfallstation in der Huttenstraße gebracht. Bald sammelten sich am Tatorte erregte Menschenmassen an, die sich erst nach der Verhaftung des Revolverhelden durch die Charlottenburger Polizei zerstreuten.

Ein neuer Zirkus Neuz soll im Herzen Berlins in der Nähe des Alexanderplatzes errichtet werden. Ein Konfession hat sich bereits gebildet, an dessen Spitze ein Mitglied der Familie Neuz steht, und es handelt sich eigentlich nur noch um die Erlangung der behördlichen Konzession, um die Zirkusgründung auszuführen. Das Konfession will die gegenwärtig über die ganze Welt zerstreuten Mitglieder der Familie Neuz, die zum größten Teil noch der zirkusförmigen Kunst huldigen, vereinigen, um so die alten Traditionen der Neuz wieder aufleben zu lassen. Während der Sommermonate soll der Zirkus den großen wandernden Zirkusgesellschaften Salomonst, Veletov und anderen zur Verfügung stehen.

**Feuerwehrbericht.** Gestern früh kam in einem Keller am Behanienufer 5 Feuer aus, das vom 5. Juge auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Stroh u. a. war durch Unvorsichtigkeit in Brand geraten. Nach 2 Uhr stand in der Wölkertstr. 3 eine Kutsche in Flammen. Mit Erfolg wurde am Belleallianceplatz 5 bei einem Schwertkanten ein Sauerstoffapparat zum Einatmen von Sauerstoff benutzt. Auf dem Egerplatz an der Schwedterstraße brannte wieder einmal ein Baum und auf dem Ostbahnhof an der Brombergerstraße ein Waggon mit Kesselföhen. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Dresdenerstr. 41/42 alarmiert, wo die Wehr aber nicht in Tätigkeit kam. Ein Spann der Wehr ging infolge Scheuens der Pferde durch. Leider erlitt dabei ein Feuermann Quetschungen durch einen Zusammenstoß zweier Fahrzeuge.

## Vorort-Nachrichten.

Die Zustände an der Nordbahn

besuchte in einer am Montagabend stattgefundenen Versammlung des Verkehrsvereins Professor Dr. Herchner. Ein Vertreter der Gemeinde Stolpe teilte mit, daß dort am letzten Sonntag um ein Haar ein schweres Unglück geschehen wäre. Die Schranke sei am dortigen Uebergang geschlossen worden, als noch eine Frau mit einem Kinderwagen hinübergefahren sei. Die Frau sei noch unter der Schranke durchgekommen, der Wagen mit dem Kinde sei aber von dem Hebebaum getroffen worden, so daß der Wagen auf den Schienen geblieben sei. Kaum hätte die Frau unter Aufsichtung aller Kräfte die Schranke hochgehoben und den Wagen vorgezogen, da sei ein Schnellzug vorübergefahren. Am Wittenauer Weg befindet sich an der Riveaukreuzung ein „Uebergang“, der automatisch von der Station Wittenau bedient wird. Als vor einigen Tagen der Aufsichtsrat mit anderen Herren im Automotor die Stelle passierte, flog plötzlich die Schranke herab als der Kraftwagen langsam über die Schienen fuhr. Einer der Herren rief den Hebebaum sofort hoch, und kaum war der Wagen über den Gleisen, als ein Schnellzug durchsauste. An derselben Stelle wurde dieser Tage ein Kind von der plötzlich sich öffnenden Schranke in die Höhe geworfen und nur durch die Weisheitsgegenwart einiger Männer gerettet. Der Uebergang bei Wittenau wurde am Sonntag innerhalb einer Stunde von 287 Personen passiert, die ihn alle selber öffneten, weil die Schranke automatisch 5 Minuten vor dem Eintreffen eines Zuges geschlossen wird. Da in dieser Stunde 18 Züge und 2 Lokomotiven die Stelle passierten, konnte von den Beamten die Schranke überhaupt nicht geöffnet werden.

Einige andere Diskussionsredner befaßten sich über die Anlegemöglichkeiten im Zugverkehr an der Nordbahn. Am letzten Montag hatte der Zug ab 6.25 von Hermsdorf, der viele Arbeiter nach Berlin bringt, wie fast täglich 10 Minuten, der Zug ab 1.12 mittags von Rosenhagen, der besonders von kaufmännischen Angestellten benutzt wird, 10 Minuten Verspätung. Durch den Fernverkehr würden die Vorzüge vollständig beseitigt. Der Fernverkehr habe sich in den letzten Jahren um das Siebenfache gesteigert. Es sei schon gerügt worden, daß auf der Nordbahn von 2.25 bis 3.15 kein Vorortzug mehr abgelassen werden könne. Jetzt sei es auch am Nachmittag nicht mehr möglich, zwischen 5.20 und 6.10 Vorortzüge verkehren zu lassen. Die Versammlung beauftragte den Minister sofort in einer Petition auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen.

### Pichtenberg.

Am Dienstag fand im „Schwarzen Adler“ die gut besuchte Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der erste Vorsitzende, Genosse Brühl des verstorbenen Genossen Johann Vogel. Alsdann gab Genosse Brühl den Bericht des Vorstandes sowie der erste Kassierer, Genosse Linke den Kassenbericht. Der Wahlverein hat einen Mitgliederbestand von 1770. Einer Einnahme von 2064,43 M. stand eine Ausgabe von 1913,80 M. entgegen, so daß ein Ueberschuß von 140,63 M. verbleibt. Nachdem die Obliste der Bibliothekskommission, Lokal- und Zeitungskommission einen kurzen Bericht. Auf den Bericht der Zeitungskommission folgte eine längere Debatte, welche durch Schlußantrag beendet wurde. Den Bericht von der Verband-Generalversammlung gab Genosse Kupfer, während der Bericht von der Kreis-Generalversammlung vom Genossen Karl Schulze gegeben wurde. Die Neuwahl der Zeitungskommission ergab die Wahl der Genossen W. Schulz, Hebold und Jaffe. Die Listenwahl der Delegierten zur Verband-Generalversammlung von Groß-Berlin sowie zur Kreis-Generalversammlung ergab die Wahl folgender Genossen: Brühl, Spickermann, Linke, Elias, Liebermann, Kupfer, Graf, Richards, W. Schulz, Jaffe, Heine, Levy, K. Schulze, W. Schmitz, Prellwitz, Giese, Genesler, Dallmann, Eydam, Heinzig, Gromadeki. Ersatzdelegierte die Genossen Baumgarten und Großmann.

### Hildorf.

Ein Baumfall hat sich am Montagabend gegen 8 Uhr auf dem Neubau von Joseph, Ed. Jäger- und Berlinerstraße ereignet. Beim Ausstellen der Eigentümer löste sich plötzlich eine Schraube, wodurch derselbe herunter und dem Arbeiter Joch auf den Kopf fiel. Der Bedauernswerte mußte, da er erhebliche Verletzungen am Kopf und Arm erhalten hatte, nach Anlegung von Rotverbands auf der Unfallstation in der Steinwegstraße in das Hildorfer Krankenhaus gebracht werden. Nur einem glücklichen Zufall ist es zuzuschreiben, daß nicht mehr Arbeiter verunglückten.

Nahrungsmittel und an anderer Stelle haben den 33jährigen Arbeiter Franz Lehmann, Derybergstr. 21, in den Tod getrieben. Infolge seines krankhaften Zustandes war es dem Bedauernswerten nicht möglich gewesen, Arbeit zu erhalten, und die Not stellte sich immer schmerzlicher bei ihm ein. In der Verzweiflung griff der Karmite zum Gift. Er ergrünte sich im Meißner und als seine Frau die Tot entdeckte, war der Lebensnabe bereits tot.

Am Sonnabend, den 21. d. Mts., abends gegen 7 Uhr, ist ein Taschentuch mit Geld gefunden worden. Dasselbe ist abzuholen beim Genossen Dörwald, Wilmannsstr. 14.

### Steglitz.

Ein Automobilunfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich am Montag in der siebenten Abendstunde an der Ecke der Kaiser-Allee und Schloßstraße. Die 23jährige Gertrud Wiese, die bei ihren Eltern in der Jahnstraße wohnte, war beim Ueberqueren des Bahrdammes an der erwähnten Kreuzung zwischen ein Geschäftsfuhrwerk und einen Straßenbahnwagen geraten. Bei dem Versuch, sich auf den schreienden Bürgersteig zu retten, wurde sie von einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Geschäftsfuhrwerk eines Warenhauses umgerissen und eine ganze Strecke mitgeschleift. Das bedauernswerte junge Mädchen zog sich bei dem Unfall so schwere innere Verletzungen zu, daß es bald darauf an den Folgen starb.

### Charlottenburg.

Entschuldig zugerichtet wurde Montagabend die zehnjährige Tochter Elisabeth des Dr. Wendelssohn aus der Fasanenstr. 28 bei dem Sturz in ein Schaufenster. Die Kleine hatte in der Joachimshalerstraße auf dem Bürgersteig gespielt und lief dabei blindlings in die große Schaufenster Scheibe des Kaufmanns Heintz, Joachimshalerstraße 24, hinein. Die Scheibe wurde vollständig zertrümmert und durch die zusammenstürzenden Scherben wurde die Kleine furchbar zugerichtet. Blutüberströmt wurde sie nach der Rettungswache gebracht, wo sie die ersten Rotverbands erhielt. Die Kniekehle war dem unglücklichen Kinde fast vollständig zerschmettert worden.

### Schöneberg.

Bei der Armenverwaltung der Stadt Schöneberg können sich Schöneberger Frauen, welche städtische Pflegekinder in Pflege nehmen wollen, in den Nachmittagsstunden zwischen 1—3 Uhr melden. Der Pflegegeldsatz für Kinder im 1. Lebensjahre beträgt 21 M., im 2. 18 M., vom 3.—6. 15 M. und vom 7.—14. Lebensjahre 12 M. — Neben dem Pflegegelde wird auf Antrag die erforderliche Wäsche und Kleidung sowie in Krankenfällen freie ärztliche Behandlung, Arzneien, Bandagen usw. und Stärkemittel gewährt.

### Friedenau.

Ein zweiter schwerer Automobilunfall hat sich Montag Abend vor dem Ausstellungslande der „Danula“ zugetragen. Der Kaufmann Göbel aus der Berlinerstraße wurde beim Verlassen der Ausstellung von einem Droschkenautomobil umgefahren und schwer verletzt nach der Sanitätswache in Friedenau gebracht.

### Wilmerdorf.

Die Genehmigung der von Wilmerdorf geplanten Automobil-Domibuslinien, die teils durch den Tiergarten, teils durch die Potsdamerstraße geführt werden sollten, ist von der Aufsichtsbehörde verweigert worden, und zwar mit dem Hinweis, daß die Leitung von Kraftomnibussen durch den Tiergarten, über den Komperplatz, durch die Potsdamerstraße usw. auch anderen Unternehmern hat abgelehnt werden müssen.

### Groß-Lichterfelde.

Infolge eines Krampfanfalls die Treppe herabgestürzt und schwer verletzt worden ist am Montag das 25 Jahre alte Dienstmädchen Wilhelmine Schüller, welches bei dem Bädermeister Polenz in der Wilhelmstr. 1 in Stellung ist. Beim Frühstückertragen erlitt das Mädchen im Hause Bismarckstraße plötzlich einen Krampfanfall und stürzte die Treppe hinunter, wo sie benimmungslos liegen blieb. Die Verunglückte wurde, nachdem sie auf der Unfallstation die erste Hilfe erhalten hatte, nach dem Kreiskrankenhause übergeführt, wo der Arzt eine schwere Verletzung des Rückgrats feststellte. Der Zustand der Bedauernswerten ist sehr bedenklich.

Das Opfer einer schweren Gasvergiftung wäre vorgestern bei nahe der praktische Arzt Dr. Wallo aus Groß-Lichterfelde geworden. Herr W. nahm in seiner Wohnung ein Bad und stieg dabei infolge Unvorsichtigkeit an den Gashahn, so daß sich dieser öffnete. Das lange Ausbleiben Wallos und das aus dem Baderraum dringende schwere Röhren ließen Frau W. nichts Gutes ahnen. Sie ließ die Tür einschlagen und fand ihren Gatten leblos in der Badewanne liegend. Mehrere sofort hinzugerufene Ärzte stellten mit Sauerstoffapparat Wiederbelebungversuche an, die nach mehrstündigen Bemühungen auch von Erfolg gekrönt waren.

### Neu-Zittau (Kreis Weesow).

In den Schulvorstand ist von der hiesigen Gemeindevertretung als stellvertretendes Mitglied unser Parteigenosse Wierczorek vor einiger Zeit gewählt worden. In diesen Tagen ist uns unserem Genossen durch den Gemeindevorsteher die Nachricht zugegangen, daß seine Wahl von dem Kreisinspektor nicht bestätigt worden ist. — Da Gründe für diese Nichtbestätigung nicht angegeben sind, wird es sich die Gemeindevertretung wohl zur Aufgabe machen müssen, den Gemeindevorsteher um nähere Angaben darüber zu ersuchen.

### Adlershof.

Zweierlei Recht, lautete das Thema, über das Genosse Geny-Perlin in einer gut besuchten Volksversammlung referierte. Die Ausführungen des Redners richteten sich namentlich gegen das Verhalten der Kommunalbehörden den Arbeiter-Turnvereinen gegenüber. Auch in Adlershof hat die Schuldeputation die Eingabe des Arbeiter-Turnvereins um Ueberlassung der Schulturnhalle zur Abhaltung eines Schanturnens abschlägig beschieden, während dem Deutschen Turnverein die Halle schon jahrelang ohne weiteres überlassen ist. Die Arbeiterschaft müßte hiergegen energisch Protest erheben und den Verein in der Forderung beharrlich Angelegenheiten von Gründen wegen der Vorenthaltung der Schulturnhalle unterstützen. Die beste Gelegenheit hierzu bietet die Gemeindevertretung. Einige Redner beteiligten sich an der Diskussion in zustimmender Weise. Ein Redner meinte, die Kommunalbehörden müßten mehr Konsequenz zeigen und von der Arbeiterschaft, der sie Gemeindegebäude vorenthalten, auch keine Steuern fordern. Beschlossen wurde, unsere Genossen in der Gemeindevertretung aufzufordern, in der nächsten Sitzung die Schuldeputation zu interpellieren.

Das Schauturnen findet am 8. September 1907 in Wölssteins Lustgarten statt.

### Friedrichsfelde.

Eine vergessene Kanalisationsleitung. Bei stärkeren Regenfällen war die Berlinerstraße immer überflutet; mitunter glich dieselbe stromschnellen einem See, so daß die Elektrische bis an die Knieen im Wasser fuhr. Auch die tiefer gelegenen Grundstücke litten in derartigen Fällen voll Wasser. Eine Abhilfe dieses Uebelstandes schien vorderhand nicht möglich, da die vorhandenen Rohrleitungen der Entwässerungsgesellschaften nicht groß genug waren, das Wasser aufzunehmen. Diese Entwässerungsgesellschaft ist eine Vereinigung von Hausbesitzern, welche gemeinsam die Entwässerungsanlage zur Aufnahme der Wirtschaftswässer ihrer Grundstücke bauen ließ. Anfang der neunziger Jahre wurden die breiten und tiefen Chausseegräben durch die Chausseeverwaltung beseitigt. (Damals war die Straße noch Eigentum des Fiskus.) An Stelle der Gräben wurden Rohrleitungen gelegt, welche das Straßenwasser nach dem Rieselgraben führten. Einige Jahre später übernahm die Gemeinde die innerhalb des Dries liegende Chausseestrecke als Gemeindestraße gegen eine entsprechende Abfindungssumme. Unglaublicherweise geriet nun diese wichtige Entwässerungsanlage in Vergessenheit, bis vor einigen Tagen ein Wagon in einem Revisionschacht einbrach, welcher ganz mit Erde bedeckt war. Jetzt wurde seitens der Verwaltung auch herausgefunden, daß mehrere solche Einfallsschächte vorhanden sein müssen. Die Rohrleitung war natürlich vollständig verstopft, so daß die Feuerwehr zu Hilfe gerufen werden mußte, die mit Schlauch und Strahlrohr erst etwas Luft in die bis obenhin mit Sand gefüllten Röhre machte, so daß eine weitere Reinigung erfolgen konnte. Die Vergeßlichkeit ist wiederum ein Beitrag zu der früheren Handhabung der Verwaltungsgeschäfte, aber auch ein Beitrag für die Gewissenhaftigkeit der früheren Gemeindeglieder, welche sich oftmals damit drückten, der Gemeinde 25 Jahre und länger ehrenamtlich gedient zu haben.

Die Abnahme der Schmutzwasserkanalisation schiebt sich vorwärts, doch ist eine Inbetriebnahme zum 1. Oktober unmöglich. Die Abnahme geschieht durch den Bauat a. D. Kicemann sehr eingehend. Die Hauptwierigkeit lag in Streitigkeiten mit Vorbesitzern des Rieselgutes Mischhofe, doch dürften diese auch jetzt ihrem Ende entgegengehen.

### Pankow.

Der „Herr Straßenbahnsekretär“ und seine Mitarbeiterin. Ein eigenartiges Abenteuer hatte am Montag das Dienstmädchen Ida Anoop, das hier bei einem Herrn Ringel angestellt ist, zu bestehen. Vor einigen Tagen hatte das junge Mädchen die Bekanntschaft eines Mannes gemacht, der sich als Sekretär bei der Großen Berliner Straßenbahn vorstellte. Vorgestern waren die beiden in einer Konditorei zusammengetroffen und der angeblühte Sekretär hatte noch ein junges Mädchen mitgebracht, das er als seine Schwester vorstellte. Während er nun das Dienstmädchen in ein Gespräch zog, stahl er ihm aus der Jackettasche die Wohnungsschlüssel und überreichte sie unbemerkt der „Schwester“. Diese entfernte sich bald darauf und verübte mit Hilfe der gestohlenen Schlüssel einen Einbruchdiebstahl in der Wohnung der Herrschaft der A. Nach einiger Zeit lehrte sie wieder mit einem Paket nach der Konditorei zurück. Dem Dienstmädchen kam die Sache verdächtig vor und als es aus dem Paket den Zipfel eines blauen Kleides, das mit demjenigen ihrer Herrin große Ähnlichkeit hatte, hervorlugen sah, wurde ihm plötzlich klar, daß man sie hintergangen hatte. Sie rief jetzt um Hilfe und die beiden „Geschwister“ ergriffen die Flucht. Die „Schwester“ des „Sekretärs“ konnte festgenommen werden, während es dem letzteren gelang zu entkommen.

### Potsdam.

Das Gewerkschaftskartell hält jetzt seine regelmäßigen Sitzungen jeden Freitag im Monate abwechselnd bei Kadenthin und im Viktoriagarten ab. Die nächste Sitzung ist am Mittwoch, den 28. d. M. bei Kadenthin. Die Gewerkschaften, die noch im Besitze der Sammellisten für die Tabalarbeiter sind, wollen dort abrechnen.

Gefahr! Sonnabend gegen 6 Uhr unternahm ein Herr und eine Dame vom Schillerpark Bootspaziergang auf dem Havel. Die starke Bode brachte das Boot zum Lenieren und die Insassen särgten ins Wasser. Ein Segelboot, das den Unfall bemerkt hatte, kam zu Hilfe und rettete die erschöpften Segler, die sich an die Bordante geklammert hatten. Das verunglückte Segelboot wurde später abgeschleppt.

### Spandau.

Ein eigenartiger Betriebsunfall ereignete sich heute in aller Frühe in dem Betriebe der belamten Feld- und Kleinbahn-Aktiengesellschaft Drenth u. Koppel. Als der Maschinist Harze 6.30 Uhr morgens die Maschinerie vermittelst eines 1 Meter langen sogenannten Klenkers in Gang setzen wollte, wurde ihm durch die Expansionskraft des bereits vorhandenen und nun plötzlich ausströmenden Dampfes der Klenker entzissen und schlug mit solcher Wucht auf den Schädel des Unglücklichen, daß dieser mit einer 20 Zentimeter langen kassenden Schädelwunde blutüberströmt zu Boden sank. Der Unglückliche wurde in bewußtlosen Zustande sofort nach dem Krankenhaus geschafft, wo außer einigen Rippenbrüchen eine schwere Verletzung des Gehirns festgestellt wurde. Trotzdem hoffen die Ärzte, den Bedauernswerten am Leben zu erhalten.

## Aus der Frauenbewegung.

**Sänglingspflege.** In der „Heimarbeiterin“ Nr. 8, dem Organ der christlichen Heimarbeiterinnenbewegung, lesen wir folgende Notiz:

„Ein nachahmendes Beispiel sozial empfindender Mütterchaftspflege gab Kommerzienrat R. Vofsi in R.-Glabbad. Die verheirateten Arbeiterinnen seiner Baumwollspinnerei erhalten von der Firma im Falle ihrer Wiederkehr nach Bezug des sechs-wöchigen Krankengeldes noch für weitere drei Monate täglich 2 M. unter der Verpflichtung, in dieser Zeit nicht in einer Fabrik zu arbeiten, sondern zu Hause ihr Kind selbst zu pflegen und wozu möglich auch zu stillen.“

Den guten Christinnen mag es ja ein Herzengruß sein, daß ein Kommerzienrat von der Hülle seines Reichtums, der ihm aus der Beschäftigung „seiner“ Arbeiter erwachsen ist, Unterstützung an Wöchnerinnen aus seinem Betriebe auszusparen läßt. Wir wollen gewiß auch nicht in Abrede stellen, daß dieses Beispiel nachahmenswert ist, doch meinen wir, man sollte diese Unterstützung nicht abhängig machen von der standesamtlich bescheinigten Ehebarkeit der jungen Mutter. Wir sind der Meinung, daß in den meisten Fällen sich die lebige Mutter in größerer Not befindet als die verheiratete. Sie weiß nur zu oft nicht, wohin mit dem Kinde, um dem Broterwerb nachzugehen zu können. Die bange Sorge verfolgt sie schon während der Schwangerschaft und ist ihre treue Begleiterin auch in späterer Zeit. Sie kann nur ungenügend für die Pflege des Kindes sorgen, zumal der Vater sich sehr häufig seinen Pflichten entzieht. Der Erfolg ist, daß die unehelichen Kinder in weit größerer Anzahl im zartesten Kindesalter sterben als die ehelich geborenen. Die „sozial“ tätigen Christinnen sollten sich das selbst sagen, doch stecken sie leider noch so tief in ihrer ephorischen bürgerlichen Moral, daß sie gar nicht daran denken, der Notiz von einer so edlen Handlungsweise noch einen Kommentar beizugeben.

Christus tröstete Magdalena und hob sie zu sich empor, er beschützte die Ehebrecherin gegen die Hölle. Und seine Bekenner von heute?

Da sind wir Wilden doch die besseren Menschen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Wilhelmsruh.** Donnerstag, den 20. August, 8 1/2 Uhr, bei Barth: Vortrag, Frau Jahrentwald: „Die Stellung der Frau im Klassenkampf“.

## Vermischtes.

Einem schweren Verbrechen ist man in Bremen auf die Spur gekommen. Einige Arbeiter bemerkten am Montag bei dem Schuppen 3 des Werftbahnhofes in der Weser einen treibenden menschlichen Körper. Als man ihn herausfischte, bot sich den Leuten ein graufiger Knäuel. Der Knäuel war oberhalb des Zwerchfelles glatt in zwei Hälften geteilt: Kopf und Arme waren mit glatten Schnitten vom Oberkörper getrennt. Die von dem schaurigsten Funde benachrichtigte Kriminalpolizei entwickelte sofort eine fieberhafte Tätigkeit, um den Mörder — denn um ein Verbrechen konnte es sich nur handeln — zu ermitteln. In verhältnismäßig kurzer Zeit glückte es auch, den Mörder hinter Schloß und Riegel zu bringen. Der Verhaftete ist der 29 Jahre alte, aus Dohertwig gebürtige Gärtner Vohl, der in Bremen einen Blumenladen inne hat. Der Ermordete wurde als der 29jährige Gärtner Lantau aus Kaiserslautern, ein Kollege des Vohl, festgestellt; Lantau war Witweninhaber der Blumenhandlung. Nach dem Geständnis des Mörders ist dieser in seinem Laden mit seinem Kollegen über geschäftliche Angelegenheiten in Streit geraten, in dessen Verlauf er den Lantau durch einen Revolverstich in die Schläfe tötete. Die Leiche hat er sodann in seinem Keller mit einem Messer zerkleinert, den Knäuel nachts in die Weser geworfen und einen Teil der Gliedmaßen in einem Paket als Handgepäck auf dem Bahnhofe aufgestellt, wo es beschlagnahmt wurde. Vohl will in der Erregung und aus Notwehr gehandelt haben; er wurde dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.



**Syrischer Wahnwitz.** In Hannover sah man gestern nachmittag, wie und von dort gemeldet wird, kurz vor zwei Uhr an der kleinen Walle eine aufgeregte Frau umherlaufen, die einen Arbeiter nach dem Hofzug des Kaisers fragte. Als ein Zug in Sicht kam, stürzte die Frau durch die Gasse und warf sich vor den Zug. Kopf und Beine wurden vom Körper abgetrennt. Der Verlehnzug hielt sofort. Einige Minuten später fuhr der Hofzug des Kaisers über die Unfallstelle.

**Die Cholera in Russland.** In Astrachan sind 100 neue Cholerafälle, im ganzen bisher 280, davon 103 tödlich verlaufene, in Kowgorod, Fern sowie in verschiedenen Dörfern des Gouvernements Kowgorod je zwei Fälle vorgekommen.

**Eine japanische Stadt vernichtet.** In Hakodate ist gestern früh eine große Feuersbrunst ausgebrochen; fast drei Viertel der ganzen Stadt ist eingeebnet. Die Konsulate, mit Ausnahme des amerikanischen, sind niedergebrannt. Hakodate ist eine Stadt auf der Insel Jesso und zählt 60 000 Einwohner.

**Die Springskui in Japan.** Die Berichte aus Tokio über die Springskui zeigen, daß der angerichtete Schaden größer ist, als man angenommen hatte. Die Hokkaido- und die Zentralbahn sind an mehr als 20 Stellen schwer beschädigt. Man glaubt, daß die im Budget für Ausbesserungen vorgesehenen Beträge nicht ausreichen werden, um die Ausgaben zu decken. Der Schaden an Privatigentum wird auf mehrere Millionen geschätzt.

**Ein Familien-drama.** Wegen unglücklicher Familienverhältnisse hat der Privatbeamte Wadaj in Krak seine vierjährige Tochter, seine Schwiegermutter und einen Bekannten, der zufällig zugegen war, durch Revolvererschüsse lebensgefährlich verletzt.

**Eingegangene Druckschriften.**

**Erscheinungen der Universal-Bibliothek.** Nr. 4021, 4022, 4023, 4024, 4025, 4026, 4027, 4028, 4029, 4030, 4031, 4032, 4033, 4034, 4035, 4036, 4037, 4038, 4039, 4040, 4041, 4042, 4043, 4044, 4045, 4046, 4047, 4048, 4049, 4050, 4051, 4052, 4053, 4054, 4055, 4056, 4057, 4058, 4059, 4060, 4061, 4062, 4063, 4064, 4065, 4066, 4067, 4068, 4069, 4070, 4071, 4072, 4073, 4074, 4075, 4076, 4077, 4078, 4079, 4080, 4081, 4082, 4083, 4084, 4085, 4086, 4087, 4088, 4089, 4090, 4091, 4092, 4093, 4094, 4095, 4096, 4097, 4098, 4099, 4100, 4101, 4102, 4103, 4104, 4105, 4106, 4107, 4108, 4109, 4110, 4111, 4112, 4113, 4114, 4115, 4116, 4117, 4118, 4119, 4120, 4121, 4122, 4123, 4124, 4125, 4126, 4127, 4128, 4129, 4130, 4131, 4132, 4133, 4134, 4135, 4136, 4137, 4138, 4139, 4140, 4141, 4142, 4143, 4144, 4145, 4146, 4147, 4148, 4149, 4150, 4151, 4152, 4153, 4154, 4155, 4156, 4157, 4158, 4159, 4160, 4161, 4162, 4163, 4164, 4165, 4166, 4167, 4168, 4169, 4170, 4171, 4172, 4173, 4174, 4175, 4176, 4177, 4178, 4179, 4180, 4181, 4182, 4183, 4184, 4185, 4186, 4187, 4188, 4189, 4190, 4191, 4192, 4193, 4194, 4195, 4196, 4197, 4198, 4199, 4200, 4201, 4202, 4203, 4204, 4205, 4206, 4207, 4208, 4209, 4210, 4211, 4212, 4213, 4214, 4215, 4216, 4217, 4218, 4219, 4220, 4221, 4222, 4223, 4224, 4225, 4226, 4227, 4228, 4229, 4230, 4231, 4232, 4233, 4234, 4235, 4236, 4237, 4238, 4239, 4240, 4241, 4242, 4243, 4244, 4245, 4246, 4247, 4248, 4249, 4250, 4251, 4252, 4253, 4254, 4255, 4256, 4257, 4258, 4259, 4260, 4261, 4262, 4263, 4264, 4265, 4266, 4267, 4268, 4269, 4270, 4271, 4272, 4273, 4274, 4275, 4276, 4277, 4278, 4279, 4280, 4281, 4282, 4283, 4284, 4285, 4286, 4287, 4288, 4289, 4290, 4291, 4292, 4293, 4294, 4295, 4296, 4297, 4298, 4299, 4300, 4301, 4302, 4303, 4304, 4305, 4306, 4307, 4308, 4309, 4310, 4311, 4312, 4313, 4314, 4315, 4316, 4317, 4318, 4319, 4320, 4321, 4322, 4323, 4324, 4325, 4326, 4327, 4328, 4329, 4330, 4331, 4332, 4333, 4334, 4335, 4336, 4337, 4338, 4339, 4340, 4341, 4342, 4343, 4344, 4345, 4346, 4347, 4348, 4349, 4350, 4351, 4352, 4353, 4354, 4355, 4356, 4357, 4358, 4359, 4360, 4361, 4362, 4363, 4364, 4365, 4366, 4367, 4368, 4369, 4370, 4371, 4372, 4373, 4374, 4375, 4376, 4377, 4378, 4379, 4380, 4381, 4382, 4383, 4384, 4385, 4386, 4387, 4388, 4389, 4390, 4391, 4392, 4393, 4394, 4395, 4396, 4397, 4398, 4399, 4400, 4401, 4402, 4403, 4404, 4405, 4406, 4407, 4408, 4409, 4410, 4411, 4412, 4413, 4414, 4415, 4416, 4417, 4418, 4419, 4420, 4421, 4422, 4423, 4424, 4425, 4426, 4427, 4428, 4429, 4430, 4431, 4432, 4433, 4434, 4435, 4436, 4437, 4438, 4439, 4440, 4441, 4442, 4443, 4444, 4445, 4446, 4447, 4448, 4449, 4450, 4451, 4452, 4453, 4454, 4455, 4456, 4457, 4458, 4459, 4460, 4461, 4462, 4463, 4464, 4465, 4466, 4467, 4468, 4469, 4470, 4471, 4472, 4473, 4474, 4475, 4476, 4477, 4478, 4479, 4480, 4481, 4482, 4483, 4484, 4485, 4486, 4487, 4488, 4489, 4490, 4491, 4492, 4493, 4494, 4495, 4496, 4497, 4498, 4499, 4500, 4501, 4502, 4503, 4504, 4505, 4506, 4507, 4508, 4509, 4510, 4511, 4512, 4513, 4514, 4515, 4516, 4517, 4518, 4519, 4520, 4521, 4522, 4523, 4524, 4525, 4526, 4527, 4528, 4529, 4530, 4531, 4532, 4533, 4534, 4535, 4536, 4537, 4538, 4539, 4540, 4541, 4542, 4543, 4544, 4545, 4546, 4547, 4548, 4549, 4550, 4551, 4552, 4553, 4554, 4555, 4556, 4557, 4558, 4559, 4560, 4561, 4562, 4563, 4564, 4565, 4566, 4567, 4568, 4569, 4570, 4571, 4572, 4573, 4574, 4575, 4576, 4577, 4578, 4579, 4580, 4581, 4582, 4583, 4584, 4585, 4586, 4587, 4588, 4589, 4590, 4591, 4592, 4593, 4594, 4595, 4596, 4597, 4598, 4599, 4600, 4601, 4602, 4603, 4604, 4605, 4606, 4607, 4608, 4609, 4610, 4611, 4612, 4613, 4614, 4615, 4616, 4617, 4618, 4619, 4620, 4621, 4622, 4623, 4624, 4625, 4626, 4627, 4628, 4629, 4630, 4631, 4632, 4633, 4634, 4635, 4636, 4637, 4638, 4639, 4640, 4641, 4642, 4643, 4644, 4645, 4646, 4647, 4648, 4649, 4650, 4651, 4652, 4653, 4654, 4655, 4656, 4657, 4658, 4659, 4660, 4661, 4662, 4663, 4664, 4665, 4666, 4667, 4668, 4669, 4670, 4671, 4672, 4673, 4674, 4675, 4676, 4677, 4678, 4679, 4680, 4681, 4682, 4683, 4684, 4685, 4686, 4687, 4688, 4689, 4690, 4691, 4692, 4693, 4694, 4695, 4696, 4697, 4698, 4699, 4700, 4701, 4702, 4703, 4704, 4705, 4706, 4707, 4708, 4709, 4710, 4711, 4712, 4713, 4714, 4715, 4716, 4717, 4718, 4719, 4720, 4721, 4722, 4723, 4724, 4725, 4726, 4727, 4728, 4729, 4730, 4731, 4732, 4733, 4734, 4735, 4736, 4737, 4738, 4739, 4740, 4741, 4742, 4743, 4744, 4745, 4746, 4747, 4748, 4749, 4750, 4751, 4752, 4753, 4754, 4755, 4756, 4757, 4758, 4759, 4760, 4761, 4762, 4763, 4764, 4765, 4766, 4767, 4768, 4769, 4770, 4771, 4772, 4773, 4774, 4775, 4776, 4777, 4778, 4779, 4780, 4781, 4782, 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788, 4789, 4790, 4791, 4792, 4793, 4794, 4795, 4796, 4797, 4798, 4799, 4800, 4801, 4802, 4803, 4804, 4805, 4806, 4807, 4808, 4809, 4810, 4811, 4812, 4813, 4814, 4815, 4816, 4817, 4818, 4819, 4820, 4821, 4822, 4823, 4824, 4825, 4826, 4827, 4828, 4829, 4830, 4831, 4832, 4833, 4834, 4835, 4836, 4837, 4838, 4839, 4840, 4841, 4842, 4843, 4844, 4845, 4846, 4847, 4848, 4849, 4850, 4851, 4852, 4853, 4854, 4855, 4856, 4857, 4858, 4859, 4860, 4861, 4862, 4863, 4864, 4865, 4866, 4867, 4868, 4869, 4870, 4871, 4872, 4873, 4874, 4875, 4876, 4877, 4878, 4879, 4880, 4881, 4882, 4883, 4884, 4885, 4886, 4887, 4888, 4889, 4890, 4891, 4892, 4893, 4894, 4895, 4896, 4897, 4898, 4899, 4900, 4901, 4902, 4903, 4904, 4905, 4906, 4907, 4908, 4909, 4910, 4911, 4912, 4913, 4914, 4915, 4916, 4917, 4918, 4919, 4920, 4921, 4922, 4923, 4924, 4925, 4926, 4927, 4928, 4929, 4930, 4931, 4932, 4933, 4934, 4935, 4936, 4937, 4938, 4939, 4940, 4941, 4942, 4943, 4944, 4945, 4946, 4947, 4948, 4949, 4950, 4951, 4952, 4953, 4954, 4955, 4956, 4957, 4958, 4959, 4960, 4961, 4962, 4963, 4964, 4965, 4966, 4967, 4968, 4969, 4970, 4971, 4972, 4973, 4974, 4975, 4976, 4977, 4978, 4979, 4980, 4981, 4982, 4983, 4984, 4985, 4986, 4987, 4988, 4989, 4990, 4991, 4992, 4993, 4994, 4995, 4996, 4997, 4998, 4999, 5000.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Anfang 4, eine Treppel (Sandelsstraße) Sprechstunde, Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentags von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Vorname und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Ullige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**N. 108.** Sie können gegen den Anwalt auf der Kammerstraße des Amtsgerichts Mitte, Neue Friedrichstraße, auf Schadenersatz klagen; doch ist der Erfolg sehr zweifelhaft, da sich nicht wird feststellen lassen, daß Ihre Beratung Erfolg gehabt hätte. — **G. N. 7364.** Ihre Frau kann die Zwangsversteigerungssache beantragen. — **G. N. 100.** 1. Der Vertrag läuft am 1. September und löst sich ab, wenn nicht im Vertrage etwas anderes steht. 2. Der 1. September gehört noch zum Vertrage. 3. Sie können jeden Tag per sofort kündigen, auch vor dem 1. September. 4. Sie können den Vertrag jederzeit auflösen. — **Alexander 1000.** 1. Die Heirat kann von der Militärbehörde überhaupt nicht verhindert

oder sonstige Beeinträchtigung werden. Sie können jederzeit heiraten. 2. Bis zum vollendeten 24. Lebensjahre. — **G. N. 100.** Rein. — **G. N. 320.** 1. Rein. 2. Rein. — **G. N. 83.** Klagen Sie auf Herausgabe des Fahrabes auf der Gerichtshoferei des Amtsgerichts, in dessen Besitz Brandt wohnt. — **G. N. 33.** 1. Sie müssen den Hund sofort bei der Polizei als zugelaufen anzeigen. Der Hund wird Ihr Eigentum erst ein Jahr nach der Anzeige bei der Polizei, wenn der wahre Eigentümer sich bis dahin nicht gemeldet hat. 2. Rein. — **VI. 70.** Können Sie in die „Vorwärts“-Sprechstunde. — **R. N. 38.** 1. Ja. 2. Schreiben an den Gericht genügt nicht. Sie müßten sich an den Vorstand des Kindes wenden. Wenn Sie im Termin nicht erscheinen, können Sie verurteilt werden bis zur Leistung des Kindes. 3. Ja. Aber darüber, ob er angenommen wird, hat nur der Vorstand zu entscheiden. 4. Rein, da er nach dem 1. Januar 1900 geboren ist. **G. N. 10.** Johannisthal. 1. Mit zweifelsfrei; zur Verantwortung ist genaue Kenntnis aller mündlichen Überreden mit dem Baunternehmer erforderlich. Können Sie in die „Vorwärts“-Sprechstunde. 2. Ja. Regelmäßig ist nur, ob Sie oder der Baunternehmer die Anmeldung machen müssen. — **M. N. 10.** Rein.

**Witterungsüberblick vom 27. August 1907, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur
Frankfurt	765	SW	1	13	Hamburg	762	SW	1	11
Berlin	765	SW	1	12	Stettin	765	SW	1	15
Frankfurt	765	SW	1	12	Aachen	765	SW	1	10
Frankfurt	765	SW	1	15	Paris	765	SW	1	13

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. August 1907.**  
Bei mäßigen westlichen Winden nur geringe Temperaturveränderung; trübe und regnerisch.  
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**

**Mittwoch, den 28. August.**  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Kgl. Opernhaus.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Kgl. Schauspielhaus.** Götter von Verdingen. (Anfang 7 Uhr.)  
**Neues kgl. Opernhaus.** Orpheus in der Unterwelt.  
**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Kammertheater.** Frühlingsschwärmer. (Anfang 8 Uhr.)  
**Berliner.** Die langenden Mädchen. Lesung. Die Wildente. (Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.)  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Die Zaubersche.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Räubertheater.) Geflossen.  
**Schiller Charlottenburg.** Götter von Verdingen.  
**Neues Schauspielhaus.** Raffes.  
**Neues.** Der Dieb.  
**Romische Oper.** Carmen.  
**Westen.** Die lustige Witwe.  
**Lustspielhaus.** Auf dem See.  
**Zentral.** Das Tagebuch einer Verlorenen.  
**Alte.** Die Stimme der Unmündigen.  
**Reichshallen.** Haben Sie nichts zu verzeihen?  
**Trianon.** Fräulein Josette — meine Frau.  
**Thalia.** Ihr Sechster. (Anfang 8 Uhr.)  
**Bernhard Rote.** Der große Unbekannte. (Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.)  
**Kasmitz.** 4<sup>1/2</sup> Uhr: Eine neue Heirat in Italien. Verbotene Wege.  
**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.  
**Apollo.** Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.  
**Walpalla.** Spezialitäten.  
**Gebr. Herrnsfeld.** Madame Big. (Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.)  
**Wass.** Bernardi. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Anne Dancrey.  
**Prater.** Stille Weiber.  
**Figaro.** Paris. — Die Klause. — Unter dem Bett.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Carl Haberland.** Spezialitäten.  
**Urania.** Tantenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.  
**Ferdinand Bonn.**  
**Berliner Theater.**  
Mittwoch, 28. August, abends 8 Uhr:  
**Die tanzenden Mädchen.**  
Detektiv-Romäne in 4 Aufzügen von Ferdinand Bonn.  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lustige Witwe.**  
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.  
**Lustspielhaus.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Susarenfieber.**  
**Residenz-Theater.** 8 Uhr  
Direktion: Richard Alexander.  
Mittwoch, 28. August:  
Haben Sie nichts zu verzeihen?  
Schwank in 3 Akten von Maurice Dennequin und Pierre Veber.  
**Zentral-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Tagebuch einer Verlorenen.**

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
Invalidenstr. 57-62; Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7<sup>1/2</sup> bis 11 Uhr abds.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab nachm. 5 Uhr:  
Großes  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Luisen-Theater**

Reichenbergerstr. 34.  
Freitag, den 30. August:  
**Eröffnungs-Vorstellung.**  
**Turandot.**  
Sonnabend: Turandot.  
Sonntag nachm.: Das Rätsel seiner Uhr. Abends: Turandot.  
Montag zum erstenmal: Gebildete Menschen.

**Metropol-Theater**

Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

**Apollo Theater**

**Beste Woche!**  
Das kolossale Augustprogramm. U. a.:  
8<sup>1/2</sup> Uhr: Humsti-Bumsti.  
9<sup>1/2</sup> Uhr: Schenk Bros., zwei Berliner Jungen.  
10 Uhr: Hartstein.

**Passage-Theater.**

Jeden Abend 8 Uhr:  
Der große Verwandlungskünstler Arturo  
**Bernardi**  
! und das neue!  
großartig  
**August-Programm.**  
14 Attraktionen 14.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 10.  
Abends 9<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Der Lebensretter**  
oder: Wohlan trägt Zinsen.  
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten.  
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.  
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.  
Donnerst.: Benefiz. d. Schauspielers.

**Prater-Theater.**

Kastanien-Allee 79.  
**Der Tanzteufel.**  
Spezialitäten 1. Ranges.  
Auftreten der Löwenbrut  
Tilly Böbe mit ihren drei Löwen.  
**Konzert und Ball.**  
Anfang 4<sup>1/2</sup> Uhr.

**Schiller-Theater.**

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**  
Rorwilt-Theater.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Populäre Vorstellung d. halb. Preisen:  
**Die Zaubersche.**  
Große Oper von W. A. Mozart.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Populäre Vorstellung d. halb. Preisen:  
**Der Freischütz.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Abendstück Heinrich Büchel:  
**Der Troubadour.**  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Wiedereröffnung  
(an Goethes Geburtstag)  
Zum ersten Male:  
**Götter von Verdingen.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von  
Wolfgang Goethe.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Götter von Verdingen.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Der Herr Senator.**

**Diez' Spezialitäten - Theater.**

Landsberger Allee 76-79.  
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttrich.  
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal. Ob Regen!  
Nielen-Lachterfolg.  
**Landsberger Allee auf Stelzen.**  
The Reros, konfurrenzlos  
Reußel.  
Heinz Heuer, prolongiert.  
Dazu das neue brillante August-Programm.  
Anf. 3 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

**Systematische Aushungerung**

des deutschen Volkes durch die falsche Wirtschaftspolitik. Schlafen die Regierungen, sind sie blind und taub? Gibt es in Deutschland einen Reichstag? Wozu sind die Volksvertreter gewählt? Existieren Handelskammern? Warum rührt sich die Presse nicht? Kennen diese Faktoren immer noch nicht die Tragweite der Vorgänge, die Größe der Gefahr?  
**Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft** ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebendasselbst Flugschriften und Prospekte.

**Max Kliems Sommer-Theater**

Gartenstraße 13/15.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste.  
Jeden Donnerstag: Götter-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

**Schweizergarten**

Am Königsplatz. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
**Neue Spezialitäten.**  
**Kinematograph und Ball.**  
**Freier Damentanz.**  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Das schwimmende Theater kommt!**

**Walhalla-Variete-Garten**

Reinholdstraße 10/12, Hagenstr. 20.  
Neue Spezialitäten.  
Dressierte Bären.  
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

**Theater an der Spree**

Schönhaferstraße 68.  
Vorstellung:  
Sonnabend, den 31. August:  
**Eröffnungs-Vorstellung:**  
**Der Altienbürger.**  
Gesangsstücke von D. Kallif.  
(Josefine Dora, Heinz Gorden, Marie Grimm-Güldenbofer usw.)

**Deutsche Armee, Marine u. Kolonial-Ausstellung**

Wannsee-Bhf. Friedenau.  
**Heute:**  
50 Pfennige.  
**Konzerte.**  
Vergnügungen.  
Gr. Attraktionen.

**Neue Welt**

Gartenstraße 108-114.  
Mittwoch, den 28. August 1907:  
**Lehtes**  
**Kinder-Fest**  
Kinderbelustigungen jeder Art.  
Gratidberufung:  
I. Klasse: 1 silberne Damenschür.  
1 silberne Gerrenschür.  
**Groß. Doppel-Konzert.**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Tanz-Réunion.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

**Volksgarten-Theater.**



**Gebr. Herrnfeld-Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr.  
Billetverkauf 11-2 Uhr.  
Täglich: Die Novität  
**Madame Wig-Way**  
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. L. Ital.  
Dazu die Separat-Affäre  
**Es lebe das Nachtleben!**  
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
„Das Lied der Liebe“ und das „Anekdoten-Couplet“ aus der Operetten-Burleske „Mad. Wig-Way“ sind im Theater sowie in allen Musikalienhandlg. zu haben.  
**Kasino-Theater.**  
Loffringstr. 37. Anfang 8 Uhr.  
Sonntags, den 31. August:  
**Eröffnungs-Vorstellung.**  
**Die wilde Jagd.**  
Ludwig Fulda.  
Vorher das Eröffnungs-Programm.

**Braatz' Amerikanischer Affen-Zirkus**  
a la Brockmann.  
Am Prenzlauer Tor.  
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Ausserdem Sonntags, Feiertags, Mittwochs u. Sonnabends nachm. 4 Uhr:  
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.  
  
**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Riesen-Auswahl!**  
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüll-Bettdecken etc.  
Einzelne Fenster spottbillig!  
mit ca. 600 Abbildungen  
**Pracht-Katalog gratis und franko.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.  
Donnerstag, den 29. August, abends 8 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Köpenick und Friedrichshagen  
im Lokale von Moll, Köpenick, Grünauerstraße 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Adolf Stern: „Die alte und neue Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
147/15  
Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, verstarb an Bauchfellentzündung unser lieber Sohn  
**Karl Roski**  
im Alter von 15 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Petrus Roski und Frau.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Rigdori, Emserstr. 47, aus statt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
3. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse  
**Karl Schischke**  
(Bezirkt 159)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Rigdori, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung der Genossen ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Charlottenburg.  
Donnerstag, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung und Bericht von der Aussperrung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht der Kollegen.  
93/5  
Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben und verehrten Vaters  
**Erwin Fehlberg**  
lagen wir allen Kollegen und Freunden, insbesondere dem Gesangsverein „Goldbrausen“ und den Stammesgenossen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Charlotte Fehlberg und Familie Käster.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Mass**, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband**, Oranienburger Strasse 4, I.

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, 25. d. M., abends 10 1/2 Uhr, verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Reichstagsformier  
**Heinrich Kube**  
im Alter von 64 Jahren an Herzschlag.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Rühlmerstr. 16 aus nach dem Dankeskirchhof statt. 298/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand des Allgemeinen deutsch. Metallarbeiterverbandes Verein Berlin und Umgegend.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg. Bernspracher Str. 8.  
Frankfurter Chaussee 5.  
Heute, Mittwoch, den 28. August:  
**Letztes Auftreten**  
der **Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.  
Dienstag, 3. Sept.: Außergewöhnliche Künstlervorstellung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Mittwoch, 28. August, abends 8 1/2 Uhr, in Freyers Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 29:  
**Gesamtvertrauensmänner - Versammlung**  
für sämtliche Branchen und Bezirke.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Internationalen Holzarbeiter- und Sozialistkongress. Referent Th. Glocke. 93/4  
2. Werkstattstreiks und Differenzen.  
Vertrauensmännertarife nebst Mitgliederbuch legitimiert! - Jede Werkstatt muß vertreten sein!  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berliner Wahlkreises.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 25. August verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Heinrich Kube,**  
Rühlmerstr. 16.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Dankeskirchhof in Reinholdsdorf-Bezirk, Blankenburger Str. 265/20  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**NEUES TONKÜNSTLER-ORCHESTER**  
Alte Jakobstr. 65, I. DIRIGENT: FRANZ HOLLFELDER Alte Jakobstr. 65, I  
Konservatorium für alle Zweige der Musik  
Musik in jeder Besetzung • Bestellungen zeitig erb.  
**Restaurant „Hungrierer Wolf“** Strausberg II.  
Gezerrlich an Wald und Wasser gelegen. - Tanzsaal, Regelpbahn, Rasseckeläge.  
Es laden die geachteten Musikanten, Vereine und Radfahrer ergebenst ein  
Paul Carow.

Donnerstag, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung der Stellmacher**  
im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12:  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Hermann Weyl über: Die Proletarierkrankheit, ihre Ursache und Verhütung. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Wiedereröffnung der Zeichenschule? 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Die Branchenkommission.

Am 25. August verschied nach kurzem Krankenlager der Schrift-leher [25515]  
**Roderich Haenelt.**  
Wir verkleben an demselben ein altes treues Verbandsmitglied und lieben Kollegen und werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Griede seiner Wiche!  
Die Kollegen von Hermann Schmidts Buch- und Kunstdruckerei.  
G. m. S. S.

**Phänomen-Zigaretten**  
Nach Ägyptischer Art hergestellt.  
Zigaretten feinste Handarbeit.  
  
Zigarettenfabrik „NAMKORI“

**Einsetzer.**  
Freitag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstraße No. 17:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht. 2. Bericht über die Dampfparthe. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.  
Die Kommission.

**Genossinnen! Genossen!**  
Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr:  
**Öeffentliche Versammlung**  
im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung von der Internationalen Frauenkonferenz und vom Internationalen Kongress. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitage in Essen und zur Brandenburger Konferenz.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Vertrauensperson.

**Sanssouci,** Kolibuser Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sonntags, Montags, Donnerstags:  
**Hoffmanns Nordd Sänger**  
u. Tanzkränzchen.  
Sonntags Beginn 5, mochentags 8 Uhr.

  
**Kaufhaus Max Mannheim**  
Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse  
**Schluss Donnerstag Abend.**  
Restbestände der Läger sollen vor der Uebergabe zu **Spottpreisen** ausverkauft werden.  
Ausserdem  
**10 Prozent Rabatt oder doppelte Rabattmarken.**